



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Dr. Markus Söder und Franz Löffler.

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags:

Zukunft des Sozialstaats

„Für die Bezirke sind der Fachkräftemangel sowie die Frage der Finanzierung der sozialen Leistungen die beiden derzeit größten Herausforderungen“, unterstrich Präsident Franz Löffler auf der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags im oberfränkischen Bindlach. Er forderte „eine ehrliche Debatte darüber, was für eine gute Versorgung für Menschen mit Unterstützungsbedarf wirklich notwendig ist. Dabei müssen wir klar trennen zwischen must-have und nice-to-have.“

Immer öfter müssten Gruppen oder ganze Stationen geschlossen werden, da das erforderliche Personal nicht zur Verfügung steht, stellte der Bezirkstagspräsident im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder fest. Hier wünsche er sich von der Politik vor allem mehr Flexibilität bei den ordnungsrechtlichen Vorgaben und den Personalschlüsseln.

Angebote werden zurückgefahren

Diese teils sehr starren Vorgaben zum Personaleinsatz in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen, aber auch im Krankenhausbereich hätten zur Folge, dass Angebote zurückgefahren und Plätze gestrichen werden müssen, weil Fachkraftquoten aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal nicht erfüllt werden können. „Es geht hier nicht um eine schlechtere Versorgung der betroffenen Menschen, sondern um eine

bedarfsorientierte Betreuung. Und dafür brauchen die Einrichtungen die Möglichkeit, Personal gegebenenfalls flexibel ein-



V.l.: Dr. Florian Janik, Markus Pannermayr, Dr. Thomas Jung, Markus Loth und Bernd Buckenhofer.

Bayerischer Städtetag in Erlangen:

Forderungskatalog zur Landtagswahl

Der Appell war unüberhörbar: Der Bayerische Städtetag fordert von Landes- und Bundespolitik die Erkenntnis, dass die Kommunen die Fülle der ihnen zugewiesenen Aufgaben und Standards so nicht mehr bewältigen können. Das Staatswesen müsse sich wieder stärker auf die Erledigung der wesentlichen Aufgaben konzentrieren, unterstrich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, im Rahmen der Jahrestagung in Erlangen.

Mehrere unterschiedliche Krisen verschärfen sich aus seiner Sicht derzeit gegenseitig, Probleme vermischen sich, die Unsicherheiten nähmen zu. Dies mache den Menschen Sorge und beschäftige die Politik auf allen Ebenen, betonte der ebenso wie seine beiden Stellvertreter wiedergewählte Verbandschef vor knapp 400 Delegierten und Gästen aus der Europa-, Bundes- und Landespolitik.

„Vieles von dem, was in der Welt passiert, steht letztlich zur Lösung auf kommunaler Ebene an. Die Menschen waren ge-

setzen zu können“, so der Verbandschef.

Neben einem groß angelegten Aktionsprogramm zur Gewinnung neuer Fachkräfte für Psychiatrie und Somatik, brauche es auch beschleunigte Anerkennungsverfahren für Fachkräfte aus dem Ausland sowie ein umfassendes Entbürokratisierungsprogramm im Krankenhausbereich. „Wir müssen dringend dafür sorgen, dass unsere medizinischen Fachkräfte wieder mehr am Patienten arbeiten und weniger am Computer. Hier müssen wir in Zukunft unser Potential besser ausschöpfen können. Dafür brauchen wir mehr Flexibilisierung und mehr Entbürokratisierung“, erklärte der Präsident.

Inflation und Preissteigerungen

Löffler zufolge machen auch Inflation und Preissteigerungen keinen Halt vor den Angeboten für Menschen mit Behinderung, Pflegebedarf oder psychischen Erkrankungen. Mögliche Stellschrauben sieht er beispielsweise im Bereich der Pflege. Von den fast 580.000 pflegebedürftigen Menschen in Bayern werden rund 80 Prozent zu Hause versorgt. Die häusliche Pflege wird in etwa zur Hälfte allein von Angehörigen erbracht. Hier müsse man ansetzen. Denn stel-

Fortsetzung auf Seite 4)



Matthias Dießl zum Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern gewählt

Auf Vorschlag aller drei kommunalen Spitzenverbände wurde Landrat Matthias Dießl zum Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern gewählt. Die Amtszeit beginnt am 1. Januar 2024. Damit endet seine Amtszeit als Landrat zum 31. Dezember 2023. „Die Entscheidung für diese herausfordernde Aufgabe auf bayerischer Ebene ist mir nicht leicht gefallen. Der Landkreis Fürth liegt mir sehr am Herzen und meine Aufgabe als Landrat fülle ich mit großer Freude und Leidenschaft für die Menschen vor Ort aus“, so Landrat Matthias Dießl. Wie er betont, sei es gemeinsam in den vergangenen 15 Jahren gelungen, den Landkreis zukunftsfähig aufzustellen und dabei auch die Fundamente für große Projekte in den nächsten Jahren zu legen. „Allerdings ermöglicht diese überraschend auf mich zugekommene Perspektive der beruflichen Entwicklung, dass ich meine Erfahrungen aus meiner Tätigkeit bei der Sparkasse mit denen als Landrat wunderbar in der neuen Aufgabe kombinieren kann. Es geht darum, die bayerische Sparkassenorganisation für die Zukunft gut aufzustellen. Diesen Auftrag traut mir der Verbandsverwaltungsrat der bayerischen Sparkassen zu. Ich freue mich über dieses ausgesprochene Vertrauen und stelle mich deshalb gerne dieser neuen Aufgabe“, so Dießl. Unser Bild zeigt v.l.: Sabine Sitter, Landrätin Landkreis Main-Spessart, Thomas Karmasin, Landrat Landkreis Fürstentfeldbruck und Präsident des Bayerischen Landkreistags, Thomas Eberth, Landrat Landkreis Würzburg, Christian Schuchardt, Oberbürgermeister Stadt Würzburg, Matthias Dießl, Landrat Landkreis Fürth und ab Januar 2024 neuer Präsident des Bayerischen Sparkassenverbands, Dr. Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbands und ab Januar 2024 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Stefan Proßer, Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbands und Walter Strohmaier, Vorstand Sparkasse Niederbayern-Mitte und Bundesobmann der deutschen Sparkassen. Einen ausführlichen Bericht über den Bayerischen Sparkassentag 2023 veröffentlichen wir in GZ 17.

Bundesverfassungsgericht:

Stopp für Habecks Heizungsgesetz

Das Bundesverfassungsgericht hat die geplante Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Bundestag in einem Eilverfahren gestoppt. Damit gab das Bundesverfassungsgericht der Klage des CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann statt, wonach die Abgeordneten nicht genügend Zeit gehabt hätten, sich mit der Gesetzesvorlage zu beschäftigen. Die Bayerische Staatsregierung begrüßt die Entscheidung. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger spricht von „fehlender politischer Einsicht der Ampel“.

Nach Aiwangers Worten „muss das Heizungsgesetz jetzt von der Ampel zurückgezogen und eingestampft werden wie damals die verfehlt Gasumlage. Die Auswirkungen auf das Eigentum der Bürger ist unkalkulierbar, Millionen von Häusern werden plötzlich entwertet und zu einem unbezahlbaren Sanierungsfall für die Besitzer. Die politisch verursachten Milliardenkosten werden zum Problem auch für den Staatshaushalt, wenn wie versprochen die Kosten massiv mit Steuergeld bezuschusst werden sollen.“

Viele neue Ölheizungen

Allein die Debatte um das missglückte Heizungsgesetz hat Aiwanger zufolge bisher dazu geführt, dass aktuell so viele neue Ölheizungen eingebaut werden, wie schon lange nicht mehr und Wärmepumpen heute teilweise 10.000 Euro teurer sind als vor der Heizungsdebatte. Gehe man vernünftig und mit weniger staatlichem Zwang an

die Sache heran, erreiche man mit weniger Geld einen größeren Nutzen für die Umwelt. Dazu fehle aber der Ampel die politische Einsicht, so der Minister. Das geplante Durchpeitschen derart weitreichender Entscheidungen ohne vernünftige Einbindung der Öffentlichkeit und des Parlaments zeige auch das mangelnde Demokratiever-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Für unseren Rathauskater Pino ist das Einfamilienhaus die Burg des Mittelstandes, die ursprünglichsie Wohnform überhaupt. Für ihn hat das mit Bürgerlichkeit zu tun, mit Stolz auf das mit Arbeit geschaffene Eigentum und mit einer freiheitlichen Gesellschaft, die Privatheit und Individualität dem Kollektivismus vorzieht.

Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Krankenhausreform: Widerspruch aus Bayern	2
Gesundheits- und Pflegepolitik im Blickpunkt	2
Bayern als attraktives Zielland für Fachkräfte	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KP-Veranstaltung des Jahres	3
BdSt ehrt unbestechliche Diener des Staates	3
Regiobranche stemmt sich gemeinsam gegen die Krisen	3
Verleihung des Heimatpreises Südbayern	5
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	6
Kommunale Energie- und Verkehrsthemen	7-12
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Friedhof	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Krankenhausreform:

Widerspruch aus Bayern

Nach langem Ringen haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte für eine Krankenhausreform geeinigt. 14 Bundesländer stimmten für den gemeinsamen Beschluss, lediglich Bayern votierte dagegen, während sich Schleswig-Holstein enthielt. Über den Sommer soll jetzt ein Gesetzentwurf erarbeitet werden. In Kraft treten soll die Reform Anfang 2024.

Unter anderem ist geplant, das Vergütungssystem mit Fallpauschalen zu ändern, um die Krankenhäuser vom finanziellen Druck zu entlasten, immer mehr Fälle zu behandeln. Sie sollen künftig einen großen Anteil der Vergütung schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten erhalten. Die Reform könnte jedoch zur Folge haben, dass schwierige Behandlungen in ländlichen Kreiskrankenhäusern nicht mehr möglich wären. Unklar ist auch das Ausmaß der befürchteten Krankenhausschließungen.

Zentrale Punkte strittig

Als „unzureichend“ kritisierte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek die beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung: „Eine Krankenhausreform ist sehr wichtig – deshalb hat sich Bayern intensiv für eine sinnvolle Lösung eingesetzt, die alle mittragen können. Aber der Bund war in zentralen Punkten nicht zum Einlenken bereit. Deshalb konnte ich den Eckpunkten von Bundesgesundheitsminister Lauterbach nicht zustimmen.“

Ausdrücklich verwies der Minister darauf, die bayerische Gegenstimme sei „keine Verweigerungshaltung, sondern ein Ausdruck eines demokratischen Widerspruchs, dass wir in der Sache noch nicht übereinstimmen“. Gleichwohl zeigte er sich

überzeugt, „dass wir eine Krankenhausreform brauchen, und klar ist auch, dass das Ergebnis in wesentlichen Passagen die Handschrift Bayerns trägt. Jetzt werden wir prüfen, wie Bayern sich in den weiteren Gesetzgebungsprozess konstruktiv einbringen kann.“

Verfassungsmäßige Planungshoheit

Wie Holetschek erläuterte, habe er bereits vor den Verhandlungen darauf hingewiesen, dass die verfassungsmäßig festgelegte Planungshoheit der Länder gewahrt bleiben muss. Die Länder müssten weiter gestalten können, welche Krankenhausversorgung regional am sinnvollsten ist. Jedoch seien in dem Punkt möglicher Ausnahmeregelungen für die Länder und bei der Berücksichtigung von Kooperationslösungen und Verbundmodelle die Aussagen des Bundes noch zu vage.

Der Minister bekräftigte: „Natürlich geht es auch Bayern um die Qualität der Versorgung und die Weiterentwicklung dieser Qualität. Kern des Ganzen ist aber auch eine flächendeckende Versorgungssicherheit. Völlig unklar ist meines Erachtens weiterhin, welche Qualitätsvoraussetzungen die Bundesregierung bei den Leistungsgruppen ansetzen will.“

Holetschek zufolge sieht sich Bayern als Anwalt für die flächendeckende Krankenhausversorgung – von der wohnortnahen Grundversorgung bis zur Spitzenmedizin. „Ein kurzer Weg ins nächste Krankenhaus ist auch ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Ich denke da zum Beispiel an unser ausgezeichnetes und deutschlandweit beispielloses Schlaganfallnetzwerk in Bayern. Dieses Netzwerk rettet Leben. Und das Netzwerk lebt von den Normal- und Regelversorgern.“

Bund steht in der Finanzierungsverantwortung

Der Minister erwartet, dass der Bund sich auf seine Finanzierungsverantwortung besinnt und ein kaltes Kliniksterben verhindert. „Die Finanzierung der Betriebskosten reicht schon jetzt absehbar für 2024 nicht. Da muss der Bund nachlegen, und GMK-Beschlüsse mit 16:0 dazu sprechen eine klare Sprache.“ Ein weiterer wichtiger Punkt für die weiteren Beratungen sei, dass Lauterbach Transparenz schaffen muss, was diese Reform bedeutet. „Bevor über das Gesetz abgestimmt werden kann, muss klar sein, welche Folgen das in der Fläche haben wird. Das vermissen ich trotz mehrfacher Aufforderung bis heute.“

„Zwei-Klassen-Medizin“ befürchtet

Aus Sicht von Ministerpräsident Dr. Markus Söder führt die Reform zu einer „Zwei-Klassen-Medizin“, da die medizinische Versorgung im ländlichen Raum nicht mehr finanziell gefördert werde und damit nicht mehr hochwertig sei. Demgegenüber investiere Bayern „massiv“ in seine Krankenhäuser (siehe Ministerratsbericht auf dieser Seite).

„Der Bund und 14 Länder haben sich auf wortreiche Unverbindlichkeit geeinigt und der Bundesgesundheitsminister verkauft dies als Revolution. Die Eckpunkte legen sich in den

wenigsten Fragen fest und bleiben besonders im Hinblick auf die notwendige finanzielle Ausstattung zum Ausgleich aktueller Finanzierungspässe, aber auch zur Umsetzung der Reform, unverbindlich“, monierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, in einem ersten Kommentar zum Eckpunktepapier. Einziger positiver Aspekt sei die Anerkennung der Krankenhausplanung als Länderaufgabe.

„Das Eckpunktepapier vermittelt den Eindruck, dass die notwendigen Krankenhäuser, die wir für die Versorgung der Menschen in der Fläche brauchen, vor der Insolvenz gerettet würden. Gleichzeitig soll es auf der Erlöseseite für die Krankenkassen aber nicht teurer werden. Offen bleibt zudem die Definition eines ‚notwendigen‘ Krankenhauses. Welche Konsequenzen dies für die Existenz der kleineren Krankenhäuser in der Fläche hat, ist noch nicht abschätzbar“, unterstrich Karmasin.

Versorgungssicherheit flächendeckend sichern

Mehrfach hätten die bayerischen Landrätinnen und Landräte, so der Verbandschef, ihre Unterstützung für eine Reform des Gesundheitswesens mit Fokus auf eine strukturübergreifende Versorgung bekräftigt. „Der Erhalt unserer Krankenhäuser in der Fläche ist für die ambulante und notärztliche Versorgung, die Ausbildung des Pflegepersonals und die Weiterbildung der Ärzte zentral. Wir brauchen eine Reform, welche erreichbare qualitativ hochwertige Krankenhäuser sichert, um im Zusammenwirken mit einer bedarfsgerechten ambulanten Struktur von Haus- und Fachärzten eine umfassende medizinische Ver-

Bayerischer Ministerrat:

Gesundheits- und Pflegepolitik im Blickpunkt

Um die Krankenhausversorgung im Freistaat zu verbessern, hat das Kabinett grünes Licht für 13 neue Bauvorhaben gegeben. Mit diesen Projekten werden zusätzliche Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 646 Mio. Euro angestoßen. Nach Angaben von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker belegt der Freistaat bei der Förderung von Krankenhausinvestitionen im Ländervergleich seit Jahren regelmäßig Spitzenpositionen. Ziel sei es, die Fördermittel für die Krankenhausinvestition auch in Zeiten steigender Baupreise weiterhin bedarfsgerecht zu gestalten.

Füracker zufolge berücksichtigen die neuen Bauvorhaben die plurale Trägerstruktur in Bayern und eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung. Die beschlossenen Investitionsmaßnahmen trügen wesentlich dazu bei, die Qualität der stationären Versorgung im Freistaat weiter zu verbessern. Herausragende Projekte sind der dritte Bauabschnitt des Gesamtausbaus am Klinikum Traunstein (57,1 Mio. Euro), Erweiterung- und Neubaumaßnahmen an der Kinderklinik Dritter Orden Passau (12,6 Mio. Euro), der erste Bauabschnitt der Strukturverbesserung am Klinikum Neumarkt (8,6 Mio. Euro), der zweite Bauabschnitt der Sanierung am Sana Klinikum Hof (53,3 Mio. Euro), der Neubau des Notfallzentrums am Klinikum Nürnberg-Betriebsstätte Süd (252,6 Mio. Euro) sowie der erste Bauabschnitt der Neustrukturierung der Orthopädie an der Klinik König-Ludwig-Haus Würzburg (24,7 Mio. Euro).

Zusammen mit den laufenden Vorhaben sind für die bayerischen Kliniken damit insgesamt Investitionsfördermittel mit einem Gesamtvolumen von über 4,6 Mrd. Euro zur Finanzierung aktueller Bauprojekte ein-

sorgung der Bevölkerung anbieten zu können. Dazu bedarf es neben kurzfristiger Finanzhilfen vor allem einer Analyse der Auswirkungen der angedachten Reformschritte auf die bayerische Krankenhausstruktur, die der Bund aber entgegen seiner Zusicherungen ebenfalls noch nicht vorgelegt hat.“

„Etwas verwunderlich“ empfindet Karmasin „die Euphorie der Befürworter des Eckpunktepapiers“. „Wenn man sich ansieht, was wir mit unserer deutschen Gründlichkeit aus dem System der DRG-Fallpauschalen in den vergangenen 20 Jahren gemacht haben, stimmt einen die Detailliertheit der Eckpunkte sorgenvoll.“

Verwaltungsaufwand würde steigen

Eingangs werde von Entbürokratisierung als einem zentralen Ziel der Krankenhausreform gesprochen. Auf den weiteren Seiten folgten dann aber zahlreiche Ankündigungen und Vorgaben zur Planung und Prüfung, die den Verwaltungsaufwand in den Krankenhäusern nicht absenkten, sondern sicher noch einmal erhöhen werden, betonte der Landkreistagspräsident. „Wenn etwa bei den örtlichen Budgetverhandlungen zukünftig neben den abgesenkten DRG-Fallpauschalen und den Pflegebudgets auch das vorab festgelegte Vorhaltebudget mitberücksichtigt werden muss, wird das Geschäft für die Verhandler der Kassen und der Krankenhäuser sicher noch komplizierter. Auch das vorgeschlagene Transparenzgesetz zur Verbesserung der Patienteninformation wird nicht ohne Verwaltungsaufwand vollzogen werden können. Patienten mit planbaren Leistungen vertrauen im Alltag auf die Einschätzung ihres niedergelassenen Arztes, welches Krankenhaus geeignet ist. Im Notfall wird sich dagegen niemand vor der Einweisung Qualitätsberichte ansehen. Aufwand und Nut-

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Schwierigkeiten mit Personal meistern

19. September 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister, hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 - 12:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

zen stehen hier nicht im richtigen Verhältnis!“

Die Zeit drängt

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, gegenüber dpa betonte, werde es Jahre dauern, bis die Reform greift. So viel Zeit hätten aber viele Krankenhäuser nicht. Deshalb sei es ein schlechtes Signal, dass die Verstärkung von Bund und Ländern die extrem gestiegenen Kosten der Kliniken durch höhere Energiepreise, Inflation und Personalkosten überhaupt nicht berücksichtigt. „Wenn die Krankenhäuser mit einer Zwischenlösung nicht schnell frisches Geld bekommen, werden etliche die Reform nicht mehr erleben. Dann wird es zu unkoordinierten Krankenhausschließungen kommen, die mit der Reform eigentlich verhindert werden sollen“, prognostizierte Dedy. **DK**

Bayern als attraktives Zielland für Fachkräfte

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. begrüßte auf ihrem Kongress „Vorsprung Bayern: Gezielte Zuwanderung“ die Initiativen der Bundesregierung zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte und wirbt weiter für eine gezielte Zuwanderung. „Ohne die gezielte Anwerbung von Personal aus dem Ausland werden wir den eklatanten Mangel an Fach- und Arbeitskräften in unserem Land nicht in den Griff bekommen. Zuwanderung ist ein wichtiger ergänzender Schritt neben der heimischen Fachkräftesicherung. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials infolge des sukzessiven Renteneintritts der Baby-Boomer-Generation ist ein Wachstums- und Wohlstandshemmnis. Bayern muss zum attraktiven Zielland für Arbeits- und Fachkräfte werden. Das kürzlich verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz war hier ein richtiger Schritt“, sagte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossard.

„Gezielte Anwerbung bedeutet für uns aber auch, dass es zu einer Zuwanderung in Arbeit und nicht in die Sozialsysteme kommt. Eine mögliche Zielregion der Anwerbung ist der Westbalkan, hier hat die vbw kürzlich eine Repräsentanz in Albanien gegründet. Diese hilft uns bei der Fachkräftesicherung, fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit und stärkt die berufliche Bildung und Weiterbildung der albanischen Arbeits- und Fachkräfte“, so Brossard.

Für Bayern hat der Fachkräftemangel laut vbw auch an Brisanz gewonnen, weil die Binnenzuwanderung allmählich ausgeschöpft ist. Zudem hält Brossard eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes für unabdingbar. **□**

Anerkennungsverfahren für Pflegefachkräfte aus dem Ausland beschleunigt. Die ersten Anträge sind bereits eingegangen.

4. Der Freistaat unterstützt Pflegeeinrichtungen bei der Schaffung attraktiver Arbeits- und Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch das Modellprojekt für Springerkonzepte, das 2023/24 mit 7,5 Mio. Euro gefördert wird.

5. Zudem setzt sich Bayern für eine umfassende Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung ein. Ziel sind Vereinfachung und Flexibilisierung des Leistungsrechts inklusive Aufhebung der Sektorengrenzen im Leistungsrecht. Dies erleichtert die Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen statt an Abrechnungsmöglichkeiten. **DK**

men bei kleineren Krankenhäusern im ländlichen Raum mit einem Volumen von 100 Mio. Euro über fünf Jahre.

Eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahrzehnte sei es auch, die pflegerische Versorgung im Freistaat zu stärken, so Holetschek. Mit folgendem Fünf-Punkte-Plan stelle Bayern die Weichen und handle lösungsorientiert:

Fünf-Punkte-Plan

1. Der Freistaat fördert mit der Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern.“ moderne Versorgungsstrukturen in der Langzeitpflege und unterstützt ambulante Pflegedienste durch einen Handlungsleitfaden dabei, personelle Ressourcen besser zu nutzen. Für das Jahr 2023 stellt die Staatsregierung rund 114,9 Mio. Euro für den Ausbau des stationären Angebotes zur Verfügung und zusätzlich 20 Mio. Euro für die Förderung personenzentrierter Angebote in den Kommunen. Zudem baut Bayern gerade eine Börse für pflegerische Angebote auf, die Anfang 2024 in den Echtbetrieb gehen soll.

2. Bayern intensiviert die Öffentlichkeitsarbeit für den Pflegeberuf, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung der Kampagne NEUEPFLEGE.bayern, mit der bereits rund 43 Mio. Menschen in den Zielgruppen erreicht werden konnten.

3. Mit der Fast Lane für ausländische Fachkräfte werden die

Bund der Steuerzahler in Bayern verleiht höchste Auszeichnungen 2023:

Unbestechliche Diener des Staates

Augsburg – Wo könnte das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Staat besser geehrt werden als im Augsburger Rokokofestsaal des Schaezler-Palais? Ein Geschenk ihres Augsburger Bürgers Baron von Schaezler an seine Stadt. Durch die Schenkung seiner Wälder sicherte er auch gleich den zukünftigen Unterhalt des Stadtpalais. Eben jene Voraussicht und planvolles Handeln im Umgang mit Finanzen würdigte Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler Bayern, in seiner Begrüßung der Preisträger, der Laudatoren und der Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur. **Sparlöwe und Kreativpreis sind die höchsten Auszeichnungen, die der Bund der Steuerzahler in Bayern zu vergeben hat.**

Rolf von Hohenhau wird nicht müde das Anliegen des Steuerzahlerbundes zu betonen: Es ist geliebtes Geld – Geld, das 46 Millionen Steuerzahler und Steu-

erinnen in den Blick genommen werden. [...] erst mit angemessenen Einnahmen ist ein Staat handlungsfähig. Nur mit Geld kann Politik gestalten.“ Deshalb prüf-



V.l. Wolfgang Eidel, Goldschmied, Dr. Christof Trepesch, Christoph Hillenbrand, Prinz Luitpold von Bayern, Rolf von Hohenhau Bild: CB

erzählerinnen über ihre Steuern dem Staat zur guten und planvollen Verwendung überlassen. Die Steuerschätzung für 2023 für Bund, Länder und Gemeinden beträgt 920,6 Mrd. Euro. Dieses Geld der Bürgerinnen und Bürger gilt es mit Respekt und finanzpolitischer Weitsicht einzusetzen.

Sparlöwe für Christoph Hillenbrand

Laudator Dr. Günther Beckstein, Ministerpräsident a.D., würdigte Christoph Hillenbrand, Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH), in zweifacher Hinsicht, als unbestechlichen Diener des Bayerischen Staates und als Kollegen aus seiner Zeit als Innenminister. Beckstein beschreibt Hillenbrand als kompetent, sachorientiert und der Aufgabe des ORHs eine sichere Finanzbasis Bayern zu erhalten unbedingt verschrieben.

Beckstein sieht in Hillenbrand die Idealbesetzung für dieses Amt. Der Franke zitierte gar die schwäbische Hausfrau, um zu verdeutlichen, dass sparsames Wirtschaften weder Geiz noch die Gefährdung der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen bedeutet. Diesem Auftrag werde Hillenbrand mehr als gerecht.

Der Oberste Finanzkontrolleur Hillenbrand nahm Preis und Lob in Vertretung der rund 250 im Geschäftsbereich des ORH-Tätigen sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der fünf bayerischen Rechnungsprüfungsämter an. „Wir scheinen unsere Arbeit ganz gut gemacht zu haben. Danke für die lobende Verleihungsbegründung und das einstimmige Votum (des Verwaltungsrates des BdSt in Bayern, Anm.d.Verf.)“

Hillenbrand betonte in seiner Dankesrede die Unabhängigkeit des ORH von Politik und Verwaltung, die es auf Grundlage des Haushaltsrechtes zu kontrollieren gilt und die daraus resultierende tiefdemokratische Aufgabe des ORH. „Unser unabhängiger Blick in das Staatsäckel und die zu Zahlen geronnene Politik stellt sicher, dass Themen und Fakten klar benannt und öffentlich diskutiert werden. Das ist unser Beitrag zur Demokratie.“

Hervorzuheben ist, dass der 46. Preisträger des Sparlöwen betont, dass nicht nur die Kontrolle der Ausgaben hinsichtlich eines sparsamen, klugen und gerechten Einsatzes der Steuergelder zu den Aufgaben des ORH gehört: „Auch die Einnahmen müs-

sein Haus auch, ob Steuern gerecht erhoben werden.

Kreativpreis für Dr. Christof Trepesch

Zwei Männer wurden ausgezeichnet, die nicht nur den gleichen Vornamen tragen, die nicht nur Koryphäen in ihrem Metier sind, sondern die auch Brüder im Geiste ihrer Aufgabe sind. Beide sehen ihre Arbeit als wesentlichen Beitrag zu unserer Demo-

kratie. Steuerzahler-Präsident Hohenhau zog in seiner Laudatio auf den Kreativpreisträger Dr. Christof Trepesch den Hut vor dessen Leistung, dass das Augsburger Museumsleben weit über Bayern hinaus beachtet wird. Und dies trotz beständig klammer Finanzlage der Kommune. „Ohne Trepesch wäre die Kulturlandschaft Augsburgs ärmer.“ Trepesch, 2004 aus dem Saarland kommend, sei es gelungen, mehr als fünf Millionen Euro zusätzlich in den Augsburger Kulturbetrieb fließen zu lassen und so bedeutende Erwerbungen von Kulturgütern für die Stadt zu finanzieren und zu organisieren. „Dies gehört nicht zur Pflichterfüllung eines Museumsdirektors“, so von Hohenhau. „Engagierte Verwaltungen, da möchte ich die gesamte Mannschaft der Städtischen Museen einschließen, können mehr leisten, als das Budget einer Kommune und die Entscheidungen der Kommunalpolitiker hergeben.“

Dr. Trepesch bedankte sich explizit für den Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler im Namen der 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Augsburger Kunstsammlungen und Museen. Der Museumsdirektor lobte insbesondere die ‚Ermöglichungsverwaltung‘ der Kunstsammlungen unter der Leitung von Kerstin Lidl. Trepesch betonte, dass die erfolgreiche Drittmittelaquise jedoch nicht so verstanden werden dürfe, dass der städtische Eigenanteil an der Museumsarbeit immer weiter reduziert werden kann. Er verteidigte leidenschaftlich den Wert von Kultur für unsere Gesellschaft: Kultur sei keine „freiwillige Leistung“, Kultur sei genauso wichtig wie Informatik, „Kultur ist Teil unserer Identität, sie trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.“ Christof Trepesch sieht sich – ebenso wie Christoph Hillenbrand – in der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. „Wer an Kultur spart, negiert und beeinträchtigt unsere eigene Zukunft, die Zukunft der kommenden Generationen.“ CB

Regiobranche stemmt sich gemeinsam gegen die Krisen

Über 200 Teilnehmende beim Bundestreffen der Regionalbewegung Allianzen zur Stärkung resilienter Regionen

Anlässlich des 11. Bundestreffens der Regionalbewegung versammelte sich die Regiobranche Ende Juni am Fuße der Zugspitze. Über 200 Akteure von regionalen Initiativen, Organisationen, Dörfern und Lebensmittel-Handwerksverbänden, sowie aus Politik und Wissenschaft waren der Einladung des Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V. (BRB) ins oberbayerische Farchant gefolgt und diskutierten mit rund 60 namhaften Referentinnen und Referenten die aktuellen Herausforderungen zum Thema „Regional im Zeichen von Klimawandel und Daseinsvorsorge“.

Drei Tage lang bot das Bundestreffen der Regionalbewegung in zahlreichen Programmpunkten und attraktiven Formaten umfangreiche und kompetente Wissensvermittlung sowie konstruktiven Austausch und Kulinarik rund um das Thema Regionalität. „Ein Heimspiel für uns“, freute sich Dr. Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien in Bayern: „60 Prozent der in Bayern produzierten Lebensmittel werden im eigenen Land vermarktet“, berichtete er in seinem Festvortrag und dankte der Regionalbewegung in gleichem Zug für ihren unermüdlichen Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie die bäuerliche Landwirtschaft.

Prekäre Lage der Regionalvermarkter

Die Veranstaltung brachte jedoch auch die prekäre Lage der Regionalvermarkter deutlich zum Ausdruck und es wurden konkrete Maßnahmenvorschläge gegenüber den zahlreichen erschienenen politischen Entscheidungsträgern formuliert. Im Zuge der vielfältigen Krisen – Energie, Klima, Inflation – und der daraus schwindenden Kaufkraft der Verbraucherinnen und

Verbraucher, ist die Regiobranche enormen Herausforderungen ausgesetzt. Eine Branche, die sich im „Haifischbecken“ Lebensmittelindustrie und -handel über Wasser halten muss, von der man aber mittlerweile auch weiß, dass ihre Funktionen und Potenziale weit über die Lebensmittelversorgung hinaus gehen. Aus Sicht der Regionalbewegung muss hier politisch aktiv gegengesteuert und unterstützt werden, um regionale Wertschöpfungsketten für resiliente Regionen nicht noch weiter auszudünnen.

„Regionalität und nah versorgte Regionen sind Sicherheitsarchitektur in einer globalisierten Welt“, ist sich Heiner Sindel, 1. Vorsitzender des BRB sicher und ergänzt: „Regionale Strukturen schaffen nicht nur Versorgung für urbane und ländliche Räume, sondern übernehmen neben den ökonomischen und ökologischen auch unschätzbare wichtige gesamtgesellschaftlich-soziale Funktionen und sind damit Fundament unserer Demokratie.“ Umso wichtiger ist es, dass das Bewusstsein für die erschwerten Rahmenbedingun-

Sicherheitsarchitektur in der globalisierten Welt

gen sowohl auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene angekommen ist und Maßnahmen ergriffen werden. Dr. Klaus Heider, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Ländliche Entwicklung, Digitale Innovation“ im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft betonte ebenfalls in seinem Festvortrag: „Starke Regionen und ihre Initiativen können und sollten das Fundament unserer nationalen Sicherheitsarchitektur bilden und als Gewinner aus den Transformationsprozessen hervor gehen, die vor uns liegen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe – gerade im Bereich der Lebensmittel – liegt in unserem gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse. Wir möchten Ihren Initiativen und Ideen vor Ort Rückenwind geben.“

Liebe Leserinnen und Leser,

am heißesten Tag des Jahres 2023 haben wir unsere KPV-Landesversammlung mit Neuwahlen in München abgehalten. Dort stellten wir unsere zentralen Forderungen für die Landtags- und Bezirkstagswahl vor und diskutierten aktuelle kommunalpolitische Themen. Im Anschluss an die Landesversammlung konnten wir bei unserem beliebten KPV-Sommerempfang den lockeren Austausch zwischen unseren kommunalen Mandatsträgern pflegen.

KPV-Landesversammlung: Die heißeste kommunalpolitische Veranstaltung des Jahres

Als KPV-Landesvorsitzender war es mir eine besondere Freude, dass wir über 120 kommunale Spitzenvertreter aus ganz Bayern, Abgeordnete aus Bund und Land sowie den Ehrengast und CSU-Generalsekretär Martin Huber, MdL begrüßen durften.

Im Fokus meiner Rede stand die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, die brennende Asylthematik, der dringende Bürokratieabbau in den Behörden, die Situation der Kinderbetreuung, die Lage der kommunalen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie die Stärkung von Infrastruktur, Mobilität, Wirt-

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



schaft und Digitalisierung vor Ort ebenso wie der Klimaschutz und die Energiewende, kommunale Wohnraumförderung, Trinkwasserschutz und Unterstützung des Ehrenamtes.

Auf diesem Wege darf ich mich bei unseren Delegierten für den großartigen Rückhalt und meine Wiederwahl als KPV-Landesvorsitzender bedanken. Ich bin hochmotiviert und freue mich für weitere zwei Jahre an der Spitze unserer Kommunalpolitischen Vereinigung stehen zu dürfen.

Ich werde mich auch künftig mit vollem Engagement für unsere kommunalen Ebenen einsetzen.

Gratulieren darf ich auf diesem Wege dem geschäftsführenden KPV-Landesvorstand zur Wiederwahl. So wurden die Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg, Eva Weber, der Landrat des Landkreises München-Land, Christoph Göbel und die Bürgermeisterin der Gemeinde Trabnitz, Carmen Pepiuk, als stv. Landesvorsitzende wiedergewählt. Ebenso wurden der CSU-Bezirkspräsident von Oberbayern, Josef Mederer sowie der Landrat des Landkreises Fürth, Matthias Dießl, als Schriftführer im Amt bestätigt.

Setzen wir uns gemeinsam für die bayerischen Kommunen ein. Die KPV ist und bleibt Ihr direkter Ansprechpartner für Ihre kommunalpolitischen Anliegen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries



V.l.: Andrea Winter, Staatsminister Dr. Florian Herrmann und Heiner Sindel. Bild: Bundesverband der Regionalbewegung e.V.

onale Strukturen aufrecht zu erhalten und zu fördern.“

Sven Giegold, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, pflichtete hier in seinem Impulsvortrag bei: „Wir haben die nationale Förderlandschaft in einer großen Reform stärker an die Bedürfnisse ländlicher Regionen angepasst. Künftig steht die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auch dezentralen Produzenten offen. Trotzdem brauchen wir mehr Effizienz und Transparenz über die regionale Verteilung der Fördermittel.“ Darüber hinaus kündigte er an: „Die Bundesregierung plant noch dieses Jahr einen Entwurf für ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen. Ich möchte dabei insbesondere jene Hürden beseitigen, die kleine, regionale oder handwerkliche Produzentinnen und Produzenten betreffen und im Wettbewerb benachteiligen. Wir freuen uns über konkrete Hinweise.“

Gleichzeitig warnte er ebenso wie die Bundestagsabgeordnete Dr. Anne Monika Spallek, Bündnis 90/Die Grünen, vor den aus dem Finanzministerium angeordneten Kürzungen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ um 150 Millionen. „Für die ländlichen Regionen ist die Kürzung dieser Mittel eine Katastrophe“, befürchtete Spallek. „Die GAK ist das wichtigste nationale Förderinstrument für leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete sozial-stabile ländliche Räume“, betonte sie weiter. Ih-

ren Vorschlag für eine Gemeinschaftsaufgabe oder gar einem Programm „Daseinsvorsorge und Nahversorgung“ unterstützt die Regionalbewegung ausdrücklich. Abschließend betonte Spallek die große Macht und Wirkung der Basis und ermutigte die Teilnehmer, fokussiert und unermüdlich konkrete Hebel zur Stärkung der kleinsten, kleinen und mittleren Betriebe an die örtlichen politischen Mandatsträger zu formulieren.

Gemeinsam den Krisen trotzen

Der Bundesverband der Regionalbewegung greift die spürbar positive politische Stimmungslage aktiv auf und nimmt ein großes Maßnahmenbündel von der in Farchant versammelten Fachkompetenz mit in die Verbandsarbeit. Um die vielfältigen Themen wie glaubwürdige Regionalkennzeichnung, regionale Produkte in der Außer-Haus-Verpflegung, Ernährungs- und Energiewende, regionale Mikrobiologie, Dorftradengründungen oder Entbürokratisierung der Förderpolitik voranzutreiben, arbeitet der BRB weiterhin an einem eigenständigen Bundesprogramm Regionale Wertschöpfung.

Die darin enthaltenen Maßnahmenvorschläge sollten im kürzlich erweiterten Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BULEplus) mit einer kräftigen Mittelaufstockung berücksichtigt werden. Gemeinsam den Krisen trotzen für starke Nahversorgerregionen – die Regionalbewegung hat starke Allianzpartner. □

Forderungskatalog zur Landtagswahl ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Unter der Dauerlast der Corona-Pandemie habe die kommunale Daseinsvorsorge mit einer stabilen Infrastruktur gute Dienste geleistet, erklärte der Vorsitzende: „Auf die Problemlösungskompetenz der Kommunen können Bund und Freistaat bauen. Die Kommunen müssen gut aufgestellt bleiben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Wir müssen uns nun auf Wesentliches beschränken und die Komplexität reduzieren. Nötig ist die Konzentration auf vordringliche Probleme. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen praktikabel sein, um eine rasche Umsetzung zu sichern. Die Kommunen können steigende Standards und immer neue Aufgaben nicht mehr ohne weiteres erfüllen. Es muss nicht alles bis ins Detail geregelt, genehmigt und geprüft werden. Vertrauen in das sachgerechte Handeln der Kommunen reduziert Komplexität: Personelle Kapazitäten und finanzielle Ressourcen sind klug einzuteilen. Politik auf Landes- und Bundesebene muss sich hüten, ständig neue Themen anzureißen und Erwartungen zu wecken, die sich nicht erfüllen lassen.“

Gesetzliche Ansprüche und neue Aufgaben

Gesetzliche Ansprüche und neue Aufgaben verursachen zum Beispiel bei Wohngeld, Bürgergeld und Ganztagsanspruch für Grundschulkindern steigende Kosten. Pannermayr zufolge darf die kommunale Ebene nicht als Ausfallbürge für die Erfüllung von staatlichen Aufgaben in Haftung kommen. Kommunen hätten einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. Dazu gehöre ein leistungsfähiger kommunaler Finanzausgleich. Schlüsselzuweisungen seien hier ein gutes Instrument. Eine Stärkung der Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund gebe den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität. Zudem benötigten Kommunen mehr Befreiheit und weniger lähmende Bürokratie von Förderprogrammen und Modellprojekten.

Darüber hinaus muss der Freistaat nach den Worten des 1. stellvertretenden Verbandsvorsitzenden, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, den Kommunen für die Umsetzung seiner gesetzlich verankerten Klimaschutzziele einen konnexitätsrelevanten Kostenausgleich zur Verfügung stellen. Wo das Konnexitätsprinzip nicht greift, müsse ebenfalls eine aufgabengerechte Finanzierung erfolgen. Um bis 2040 die angestrebte Klimaneutralität, Resilienz gegen stetig wachsende Wetterextreme und Umweltkatastrophen sowie die Sicherung des Artenschutzes zu erreichen, seien vom Staat unter Beachtung und Stärkung der kommunalen Planungshoheit kommunale Handlungsinstrumente zu schaffen.

Energiewende mit den Kommunen

„Die Energiewende funktioniert nicht gegen, sondern nur mit Städten und Gemeinden“, fuhr Jung fort. Die Kommunen benötigten dafür Steuerungsmöglichkeiten. Die Wertschöpfung müsse vor Ort erfolgen und so dezentral sein, wie es die Erzeugung erneuerbarer Energien selbst ist. „Je mehr Wertschöpfung regional zu verbuchen ist, desto höher ist die Akzeptanz von Windrädern, Solar-Anlagen, Wasserkraft oder Geothermie-Anlagen.“

Das Gebäudeenergiegesetz und die damit verbundene Aufstellung von Wärmeplänen in den Kommunen erachteten die

bayerischen Städte zwar als sinnvoll, die Umsetzung werde aber bereits in kleineren Gemeinden zweistellige Millionenbeträge erfordern, machte Jung deutlich.

Wie Erlangens Oberbürgermeister Florian Janik ergänzte, könnten die Kommunen bzw. deren Versorgungsunternehmen Investitionen nur auf den Weg bringen, wenn sichergestellt sei, dass die Häuser auch an die verlegten Wärmeleitungen angeschlossen werden. „Die Grundstückseigentümer dürfen keine Wahl haben“, betonte das Stadtoberhaupt.

Offensive im Nahverkehr

Auch die Verkehrswende sei ein wichtiges Element, um die Klimaziele zu erreichen, hob Verbandsvize Jung hervor. Der Bayerische Städtetag unterstützt das Ziel der bayerischen ÖPNV-Strategie, die zur Erhöhung der Fahrgastzahlen bis 2030 führen soll. Dafür sei eine Offensive im Nahverkehr nötig. Jung: „Bund und Freistaat müssen die Investitionen erhöhen, und die Verkehrswende in Stadt und Land finanziell und inhaltlich begleiten. Es braucht Handlungsspielräume für Kommunen bei Tempo-30-Zonen und bei Erhebung von Parkgebühren. Das sind effektive Instrumente, um Klimaschutz zu beschleunigen und die Aufenthaltsqualität in Städten zu verbessern. Wer die Verkehrswende schaffen will, muss den öffentlichen Raum in Städten zu Gunsten von Fahrrädern und Fußgängern erweitern, also: weniger Raum für Autos und Parkplätze.“ In der ÖPNV-Strategie des Freistaats fehle dieser Aspekt. „Da ist Bedarf für Nachbesserung.“

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

„Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten“ lautet eine weitere Forderung zur Landtagswahl. Leider sind laut Weilheims Bürgermeister Markus Loth, 2. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, die Rahmenbedingungen insbesondere für den sozialen Wohnungsbau ungünstig. So leide die Baubranche vor allem seit dem Ukraine-Krieg unter Materialmangel und Personalmangel, die Grundstücks- und Baukosten seien stark gestiegen. Der Zinsanstieg erschwere besonders den kommunalen Wohnbaugesellschaften die Investition in Wohnungsbau.

Loth: „Der Staat muss für die Schaffung von Wohnraum effektive bodenrechtliche Steuerungsmöglichkeiten bereitstellen – das kann etwa eine Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke sein, oder das können wirksame Vorkaufsrechte für Kommunen sein. Der Freistaat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine beherrzte Novelle des Baugesetzbuches einzusetzen. Es muss konsequenter auf eine Mobilisierung von Bauland für den Bau von Wohnungen hingewirkt werden.“

Ein weiteres Manko seien die ungenügenden Wohnraumbeförderbedingungen. Loth: „Die bayerische Wohnraumförderung ist im Bundesvergleich solide, aber sie hinkt den Entwicklungen hinterher. Die Programme sind zu kurzatmig. Bauprojekte brauchen ihren Vorlauf für Planung, Bau und Abwicklung. Wenn Fördermittel nur von Jahr zu Jahr festgesetzt werden, lässt sich nicht mehr von Planungssicherheit sprechen.“ Ein Beispiel: Die Wohnraumbefördermittel für 2022 wurden im April 2022 im Haushalt beschlossen – damit sind die Mittel meist im Herbst

abgefließen und es herrscht für ein halbes Jahr Stillstand. Loth: „Fördermittel für Wohnraum müssen planbar und auskömmlich sein. Das gelingt nur mit einer Verdoppelung der staatlichen Mittel auf der Grundlage eines Maßnahmenprogramms, das auf vier Jahre angelegt ist. Ein Fokus sollte auf bezahlbaren Mieten und energetischer Erhöhung liegen.“

Dauerbaustelle Bildungs- und Schulpolitik

Eine weitere Dauerbaustelle liegt nach Auffassung des Bayerischen Städtetags in der Bildungs- und Schulpolitik. Wenn überhaupt, gehe es in einer Fülle an Fragen zur Betreuung von Kindern nur im Schnecken tempo voran. Die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien für Kultur und Soziales verliefen zäh. Loth: „Die Kommunen müssen im Bildungsbereich wesentlich besser unterstützt werden; dies gilt besonders mit Blick auf den Betreuungsanspruch für Kinder im Grundschulalter, der ab dem Schuljahr 2026 wirken soll. Der Freistaat muss vor der eigenen Tür kehren und in eigener staatlicher Verantwortung im Schulwesen mehr ganztägige Schulangebote schaffen, damit der Rechtsanspruch für Grundschulkindern umgesetzt werden kann.“

Ein weiteres Ärgernis stellten ungenügende Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung dar. Wer einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung formuliert, müsse auch darauf achten, ob sich in der knappen Frist genügend Räume bauen lassen und ob Personal gewonnen werden kann, damit eine Einrichtung in Betrieb gehen kann. Loth: „Die Kindertagesbetreuung in kommunaler Verantwortung muss so auskömmlich gefördert werden, dass die Rechtsansprüche erfüllt werden können. Es ist ärgerlich, wenn Bund und Freistaat seit Jahren bei Kindern und Eltern Erwartungen wecken, aber die Umsetzung auf sich warten lässt. Es ist ärgerlich, Dinge zu versprechen, bei denen unsicher ist, ob sie sich überhaupt realisieren lassen.“ Der Fachkräftemangel, so Loth, sei enorm. Ohne Erziehungspersonal sei es unwahrscheinlich, dass sich der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Grundschulkindern in einem Zeitfenster erfüllen lässt, das im Schuljahr 2026/27 mit der ersten Klasse beginnt und bis ins Jahr 2030 reicht.

Die angesprochenen Schwerpunktthemen fanden auch Eingang in eine Podiumsdiskussion, an der Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, der Landesvorsitzende der SPD Bayern, Florian von Brunn, der Fraktionsvorsitzende Ludwig Hartmann, der stellvertretende Ministerpräsident und Landesvorsitzende der Freien Wähler Bayern, Hubert Aiwaner, der Landesvorsitzende der FDP Bayern, Martin Hagen, die Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg, Eva Weber, Regensburgs Stadtoberhaupt Gertrud Maltz-Schwarzfischer, sowie die Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Pullach i. Isartal, Susanna Tausendfreund, teilnahmen.

Spitzenposition für Bayerns Kommunen im Ländervergleich

Wie Staatsminister Füracker ausführte, nähmen Bayerns Kommunen im Ländervergleich eine Spitzenposition ein: Platz 1 bei der Investitionsquote und eine nur sehr geringe Verschuldung. Dies liege nicht zuletzt an der starken Unterstützung und engen Partnerschaft mit dem

Freistaat. Auch künftig bleibe Bayern für seine Kommunen ein sicherer Anker: Der Kommunale Finanzausgleich überschreite 2023 erstmals die Marke von 11 Milliarden Euro, ein neues Rekordniveau. Mit Gesamtleistungen von über 20 Milliarden Euro gehe mehr als jeder vierte Euro aus dem Bayerischen Staatshaushalt an die Kommunen.

Landesvorsitzender Florian von Brunn merkte an: „Wir als bayerische SPD regieren in rund 200 Städten und Gemeinden im Freistaat!“ Erforderlich sei mehr Geld für Städte und Gemeinden, um bezahlbare Wohnungen, Horte und Kitas zu bauen. Zudem plädierte er für unbürokratische Lösungen für den Ganztags – im Interesse der Familien vor Ort. Aktuell sei der Freistaat schlusslicht bei der Ganztagsbetreuung. Dies dürfe kein Dauerzustand werden.

„Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen. Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzla-

ge der Kommunen in dieser schwierigen Zeit solide bleibt“, bekräftigte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann am Festabend der Vollversammlung. Herrmann sagte, die Staatsregierung unterstütze die kommunale Familie nach Kräften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Starkes Signal des Freistaats

Ein starkes Signal, wie wichtig dem Freistaat leistungsfähige Kommunen sind, seien die Schlüsselzuweisungen, so Herrmann. Sie betragen 2023 insgesamt 4,2 Milliarden Euro, davon gehen rund 2,7 Milliarden Euro allein an die bayerischen Städte und Gemeinden. Ganz im Gegensatz zur Verantwortung, die der Freistaat für seine Kommunen übernehme, steht laut Herrmann das Verantwortungsbeusstsein der Bundesregierung bei der Übernahme der Kosten für die Flüchtlinge: „Der Bund leistet hier viel zu wenig angesichts der Belastungen, die un-

sere Städte und Gemeinden hier besonders in der Integration zu tragen haben.“

Herrmann forderte eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Kommunen, man müsse die Entwicklungen aktiv mitgestalten. „Daher ist es mir als Kommunalminister umso wichtiger, dass die kommunalen Spitzenverbände auch weiterhin frühzeitig auf Augenhöhe in staatliche Entscheidungen eingebunden sind.“

Die bayerischen Städte seien ein wichtiger Beschleuniger für positive Entwicklungen in unserer Gesellschaft, betonte der Minister. Für die Arbeit der Kommunen sei auch ein verlässlicher Rechtsrahmen von großer Bedeutung. „In der nächsten Woche wird der Landtag voraussichtlich die Kommunalrechtsnovelle 2023 beschließen. Sie wurde intensiv auch mit dem Bayerischen Städtetag abgestimmt und soll wichtige Impulse zur Steigerung der Attraktivität kommunaler Ämter setzen.“ **DK**

Zukunft des Sozialstaats ...

(Fortsetzung von Seite 1)

le man den Betroffenen und ihren Angehörigen möglichst frühzeitig passgenaue Hilfe und Unterstützung zur Verfügung, können diese möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben und ihre Selbstständigkeit erhalten. „Das ist eine Win-Win-Situation. Denn Pflegebedürftige wollen solange es geht, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Zudem spart es Kosten und Personal, weil keine stationäre Pflege notwendig ist“, hob Löffler hervor.

Mit dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege stehe man dazu bereits im Austausch. Dennoch sei das Ministerium nun am Zug dafür zu sorgen, dass die Finanzierung örtlicher Pflegestrukturen sichergestellt werde. „Es darf nicht sein, dass Menschen aufgrund steigender Kosten und Stagnierender Renten im Alter zu Sozialhilfefällen werden“, machte der Verbandschef deutlich.

Sorge um Finanzen

Auch die finanzielle Ausstattung der dritten kommunalen Ebene bereite den Bezirken zunehmend Sorge. Die Ausgaben für Eingliederungshilfe und Hilfe für Pflege steigen seit Jahren. Zum einen wurden die Aufgabenbereiche durch bundesgesetzliche Regelungen stetig ausgebaut und die Eigenbeteiligung der Betroffenen sowie der Angehörigen zurückgenommen. Zum anderen schlagen sich die gestiegenen Preise für Waren und Dienstleistungen sowie für höhere Tariflöhne bei den Beschäftigten auch in den Pflegesätzen nieder. Wie Löffler erläuterte, „konnten wir die Kostensteigerungen in unseren Haushalten bis zuletzt noch auffangen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die Steuerentnahmen in den kommenden Jahren nicht wie bisher steigen werden. Die Preise werden aber auf einem hohen Niveau bleiben. Wir müssen deshalb jetzt schon nach Lösungen suchen, wie wir die soziale Daseinsvorsorge in Bayern auch künftig finanzieren können.“

Knapp zwei Dutzend Forderungen

Die Forderung nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung auch des Freistaats ist eine von knapp zwei Dutzend Forderungen, die die Delegierten aus den Bezirken bei der Vollversammlung für die Landtagswahl verabschiedet haben. Die weiteren Forderungen umfassen die Bereiche Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Umwelt.

Ministerpräsident Söder bezeichnete die Bezirke zunächst als „Teil unserer sozialen und kulturellen Identität“; der Freistaat stehe fest an ihrer Seite und unterstütze sie massiv mit dem kommunalen Finanzausgleich.

Söder: Fachkräfte im Ausland gewinnen

Die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland ist aus Söders Sicht eine, wenn auch nicht ausschließliche Möglichkeit, dem Mangel zu begegnen. Im Balkan würden gerade Büros eröffnet, die sich um Pflege- und Fachkräfte bemühen und ihnen die Einreise in den Freistaat erleichtern wollen – beispielsweise, wenn es um Hilfestellung beim Visum oder die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen geht. In der albanischen Hauptstadt Tirana sei nun ein Vertretungsbüro eröffnet worden, das Handel und Investitionen erleichtern sowie Beschäftigungsperspektiven für den bayerischen Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Die neue Vertretung wird von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft getragen und von der Staatsregierung unterstützt.

„Wir suchen gezielt dringend benötigte Fachleute und gehen auf die Botschaften zu, wenn Arbeitsanbahnung stattfindet“, betonte Söder. Ziel sei eine „Fast Lane“, also ein beschleunigtes Einreiseverfahren.

Söder verwies in Bindlach auch auf die teilweise Abschaffung des Numerus Clausus für Medizinstudiengänge in Bayern. Damit soll die Zahl der Ärztinnen und Ärzte steigen. Insgesamt hält der Freistaat bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze an den sieben medizinischen Fakultäten in Bayern für Studierende vor, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben. Dafür verpflichten sich diese, später mindestens zehn Jahre als Hausarzt in einer Region zu arbeiten, die medizinisch unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist.

Klinikfinanzen: Der Bund ist in der Pflicht

Was die finanzielle Ausstattung der Bezirkskliniken und medizinischen Einrichtungen anbelangt, so hänge diese auch von der geplanten Krankenhausreform der Bundesregierung ab, stellte der Ministerpräsident klar. Diese ist aus seiner Sicht jedoch nicht ausgereift.

„Insgesamt spüren wir gerade, dass die Kommunen überfordert sind in ihren Möglichkei-

ten. Und wir ärgern uns darüber, dass die Bundesregierung nichts für die Kommunen tut“, bilanzierte Söder. Eine unkontrollierte Zuwanderung sei der falsche Weg für Deutschland. Der Freistaat statte die Kommunen mit viel Geld aus. Aber letztlich müsse der Bund Sonderprogramme zur Aufnahme von Menschen aus anderen Regionen reduzieren und seine Bemühungen, kriminelle Straftäter abzuschieben, „deutlich nach vorne bringen“.

Kinder- und Jugendpsychiatrie im Umbruch

Tag 2 der Vollversammlung widmete sich dem Thema „Krisen, Klippen, Konzepte – Kinder- und Jugendpsychiatrie im Umbruch“. Verschiedene Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie besonders belastet wurden. Das hat bei vielen jungen Menschen Spuren hinterlassen. Auch in den kinder- und jugendpsychiatrischen Fachkliniken der bayerischen Bezirke ist ein steigender Bedarf zu verzeichnen, der zuvor schon hoch war. Gleichzeitig kämpfen die bezirklichen Fachkrankenhäuser wie viele andere Kliniken auch mit dem Fachkräftemangel sowie mit stetig steigenden Kosten für Energie, Material oder Dienstleistungen. Wie in einem Brennglas zeigen sich die Auswirkungen der Krise in der Kinder- und Jugendpsychiatrie allerdings besonders deutlich, da sie mengenmäßig ein verhältnismäßig kleines Angebot darstellt, in dem Veränderungen kaum ausgeglichen werden können. Laut Präsident Löffler „ist die Sicherstellung der psychiatrischen Versorgung für die Bezirke nicht nur ein Anliegen, sondern was die klinische Versorgung betrifft, auch ein Kernauftrag. Dennoch befinden wir uns momentan an einem Wendepunkt. Mit innovativen Ideen und neuen Konzepten müssen wir die Versorgung neu denken und für die Zukunft auf solide Beine stellen.“

Ausbau der ambulanten Versorgung

Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte sei auch der Ausbau der ambulanten Versorgung zu forcieren. In Bayern ist man bei der ambulanten Versorgung durch Psychiatrische Institutsambulanzen (PIA) bereits auf einem sehr guten Weg. 124 PIA (83 erwachsenpsychiatrische und 41 kinder- und jugendpsychiatrische Kliniken) behandeln bayernweit ca. 200.000 Erwachsene und etwa 35.000 Kinder (Fortsetzung nächste Seite)



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker verlieh den „Heimatpreis Südbayern“ auch an das Schulprojekt „Chiemgauer Mund-ART Weg“ in Oberbayern.
Bild: StMFH/Christian Blaschka

[Verleihung des Heimatpreises Südbayern:](#)

Traditionen leben und teilen

Sechs vorbildliche Heimatprojekte wurden bei einer Festveranstaltung in München von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit dem Heimatpreis Südbayern ausgezeichnet. „Die Preisträgerinnen und Preisträger setzen langjährige und wertvolle Impulse für unsere bayerische Heimat. Sie fungieren durch ihre vielseitige und einzigartige Arbeit als Stütze Bayerns“, unterstrich Füracker.

Mit dem Heimatpreis Südbayern geehrt wurde der Straubinger Kalender, der als ältester Heimatkalender Deutschlands gilt. 2020 erschien er zum 425. Mal – das älteste erhaltene Exemplar stammt aus dem Jahr 1765. Wenngleich er früher als Kalendarium, für astronomische Daten, Bauernregeln und Wettervorhersagen gedacht war, enthält er seit dem 19. Jahrhundert vermehrt Geschichten, Gedichte, Anekdoten, Rätsel, Bilder und Gesundheitsratschläge. Für die Inhalte zeichnen einheimische Schriftsteller, Volkskundler, Historiker und Bürger der Stadt Straubing verantwortlich. Der Straubinger Kalender wird zum Teil sogar weltweit verschickt und ist dort für viele eine Brücke in die alte Heimat.

[Abbau von Vorurteilen](#)

Einen weiteren Heimatpreis erhielt der Volksmusikverein im Landkreis Landshut. Der in Postau ansässige „Verein für bairische Kultur“ besteht seit 25 Jahren. Ziele seiner Gründung waren der Abbau von Vorurteilen gegenüber der Volksmusik sowie die Bündelung von Kräften, um Hilfe und Zuarbeit für die Volksmusikpflege zu sichern.

Zukunft des Sozialstaats ...

(Fortsetzung von Seite 4) und Jugendliche pro Jahr. „Im Bereich der ambulanten Versorgung haben wir in den vergangenen Jahren bereits viel getan. Die sektorenübergreifende Versorgung zwischen ambulantem, teilstationärem und stationärem Bereich wird jedoch immer wichtiger. Deshalb dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen“, unterstrich der Verbandschef.

[Das ganze Spektrum der Versorgungsmöglichkeiten](#)

Gesundheitsminister Klaus Holetschek dankte den Bezirken in seinem Gastbeitrag vor allem für ihr großes Engagement bei der Umsetzung des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes mit den richtungsweisenden Krisendienstleistungen für Menschen in seelischer Not. Weiter führte der Minister aus: „Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche ist ein zentrales Anliegen der bayerischen Gesundheitspolitik. Wir setzen uns deshalb verstärkt für den weiteren Ausbau dieser Angebote ein. Aktuell gibt es bayernweit 827 stationäre Betten und 527 teilstationäre Plätze für psychisch kranke

Kinder und Jugendliche. Weitere 131 Betten und 54 Plätze sind bereits genehmigt, aber noch nicht in Betrieb. Mit rund 118 Millionen Euro an Krankenhaushilfemitteln haben wir in den vergangenen Jahren wichtige kinder- und jugendpsychiatrische Kompetenzzentren realisiert, zum Beispiel in München, Landshut, Regensburg, Ansbach, Würzburg und Kempten.“ „Klagen über fehlende Kapazitäten und mitunter längere Wartezeiten nehmen wir sehr ernst. Wir stehen deshalb kontinuierlich in engem Kontakt mit den akutstationären Trägern“, ergänzte der Minister. Neben den klassischen voll- und teilstationären Versorgungsformen gelte es auch, das ganze Spektrum der Versorgungsmöglichkeiten zum Wohle der Patientinnen und Patienten zu nutzen, wie z. B. die Stationsäquivalente Behandlung oder sektorenübergreifende Modellvorhaben. „Angesichts der hohen Bedeutung der Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung sollte auch deren bedarfsgerechter Ausbau nach Kräften vorangetrieben werden, damit Kinder und Jugendliche eine bestmögliche Versorgung erhalten.“ DK

[Miteinander ohne jedwede gesellschaftliche Grenze](#)

Ein weit über Landsberg am Lech hinaus bekanntes Kinderfest ist das Ruethenfest, das bereits seit 1647 gefeiert wird. Bei den Festlichkeiten mit Tanz, Umzügen, Lagerleben, musikalischen Darbietungen und Gastronomieangeboten in der gesamten Innenstadt wird die Landsberger Vergangenheit alle vier Jahre wiederbelebt. Höhepunkt der ehrenamtlich organisierten Veranstaltung ist der historische Festzug mit Pferdegeschpann und stilvoll geschmückten Wagen. Das Ruethenfest ermöglicht über 1.000 Kindern ein Miteinander ohne jedwede gesellschaftliche Grenze, schafft Verbundenheit und macht die Landsberger Geschichte kindge-

recht erleb- und nachspielbar.

Beim Schulprojekt „Chiemgauer Mund-ART Weg“ engagieren sich Schülerinnen und Schüler für den Erhalt ihres Chiemgauer Dialekts. Nach vielfältigem Einsatz durch Singen, Dichten und Schreiben kleiner Geschichten, der Aufnahme von Hördateien und eines Jingles sowie Online- und Bücherrecherchen zur bairischen Sprache, wurde der Chiemgauer Mund-ART Weg im Oktober 2022 eröffnet. Auf sieben Themenwegen verraten über 60 Schilder abwechslungsreiche Begriffe und Redewendungen der heimischen Mundart. QR-Codes liefern die richtige Aussprache und weitere interessante Fakten.

[Alter Pfarrhof für gemeinschaftliche Nutzung](#)

Ein weiterer Preisträger ist der schwäbische Förderver-

[Bad Abbach, IfE und Bayernwerk starten Piloten in die Wärmewende:](#)

Gemeinde und Partner entwickeln Kommunalen Wärmeplan

Pilotprojekt soll Möglichkeiten regenerativer Wärmeerzeugung im Ort aufzeigen

Bad Abbach. Die Bayernwerk AG (Bayernwerk) startet gemeinsam mit dem Markt Bad Abbach (Landkreis Kelheim) sowie dem Institut für Energietechnik (IfE) in die Wärmewende vor Ort: In einer Sondersitzung des Marktgemeinderates haben die Gemeinderäte der Entwicklung eines Kommunalen Wärmeplans zugestimmt. In dem Pilotprojekt des Bayernwerks sollen konkrete Maßnahmen zur Umgestaltung der Wärmeerzeugung im Kurort an der Donau entwickelt werden.

Die energischen Klimaziele von Bund und Land sowie die letztjährigen Turbulenzen an den Energiemärkten stellen Bayerns Kommunen zunehmend vor große Herausforderung, nicht zu zuletzt im Wärmebereich. Die dramatische Gas- und Ölpreisentwicklung führten bei Städten und Gemeinden zum Umdenken. Eine Lösung bietet die „Kommunale Wärmeplanung“, die die Wechselmöglichkeiten von fossilen Energieträgern hin zur regenerativen Wärmeerzeugung in einer Kommune in kurz- bis langfristigen Plänen beschreibt. In Baden-Württemberg sowie Schleswig-Holstein ist dies für die Kommunen bereits verpflichtend. Nach den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums soll die Wärmeplanung sogar für alle Kommunen bundesweit ab einer bestimmten Größe obligatorisch werden. Zudem plant die Bundesregierung ein weitgehendes Verbot zum Einbau neuer Gas- und Ölheizungen.

Grund genug für das Bayernwerk, schon frühzeitig einen ersten Pilotversuch zu starten. Gemeinsam mit dem Markt Bad Abbach sowie dem IfE ist dies nun gelungen. „Ziel aller Beteiligten ist, nach einer notwendigen und sehr gründlichen Bestandsanalyse zu konkreten Umsetzungsplänen zu kommen, die uns wirtschaftlich und tech-

ein Gempfinger Pfarrhof. Den Pfarrhof prägt eine wechselvolle Geschichte mit fast 20 Pfarrherren. Als sein Vorgängerbau vermutlich zerstört wurde, erfolgte 1709 ein Neubau in barockem Stil, der mehrfach als Militärunterkunft diente. Ab 2002 war der Pfarrhof vollständig unbewohnt, nachdem er im 20. Jahrhundert sehr heruntergekommen war. Daraus entstand der Entschluss zur Sanierung mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Nutzung. Der Förderverein hat damit ein vorbildliches Zentrum des gesellschaftlichen Lebens geschaffen und bringt Menschen bei Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und Lesungen zusammen. Nur durch dieses tatkräftige Engagement waren der Erhalt und die Wiederbelebung des Gempfinger Pfarrhofes als geistig-kulturelles Zentrum des Dorfes möglich.

[Forum im Dienst der Geschichte](#)

Bereits im Jahr 1882 wurde der Historische Verein Memmingen gegründet. Seitdem unterstützt er die städtische Heimatpflege in verschiedenen Bereichen. Der Verein bewahrt geschichtliche Zeugnisse aller Art und ist Herausgeber diverser Publikationen zur Vermittlung historischer Fakten. Weiter veranstaltet er Vorträge, Führungen und Ausstellungen und engagiert sich in der Denkmalpflege, indem er sich kritisch mit modernen städtebaulichen Veränderungen und der Stadtentwicklung auseinandersetzt. Als Plattform und Gesprächsforum zur Weckung und Aufrechterhaltung des Bevölkerungsinteresses für die geschichtliche Vergangenheit, stellt sich der Verein in den Dienst von Geschichte und Kultur. DK

Stopp für Habecks ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ständnis der Ampel. Aiwanger empfiehlt ihr dringend, „das Gesetz endgültig zu stoppen, da ja auch auf europäischer Ebene Vorgaben für Gebäude diskutiert werden, die sich auf die deutsche Gesetzgebung auswirken werden“.

[Nachbesserungsbedarf](#)

Auf Nachbesserungen dringt dagegen der Deutsche Städte- und Gemeindebund. „Die Anhörungen standen unter enormem Zeitdruck. Viele Details sind noch nicht ausreichend geklärt, etwa ob auch die Kommunen gefördert werden oder wie die Förderung insgesamt dauerhaft aussehen soll“, äußerte sich Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Zudem sei nicht klar, was mit den Gasnetzen, die möglicherweise nicht mehr gebraucht werden, geschehen soll und welche Förderung es für die enormen Investitionen für Fern- und Nahwärmenetze geben wird. Offen sei auch, ob ein Anschluss- und Benutzungszwang bei Fernwärme vorgesehen sei, damit die Kosten solide kalkuliert werden könnten.

[Nach GEG-Verabschiedung kommt ein Reparaturgesetz](#)

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing geht das GEG mit der Absage an eine schnelle Sondersitzung in die Verlängerung bis in den September. Zugleich habe die Koalition die Ausschussbeschlussfassung bestätigt und damit deutlich gemacht, dass sie nicht in neue inhaltliche Beratungen einsteigen will. Damit sei zu erwarten,

dass es im Herbst nach der Verabschiedung des GEG in der vorliegenden Form auch ein erstes Reparaturgesetz im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Wärmeplanungsgesetzes geben wird, das mit dem Entschließungsantrag bereits in Aussicht gestellt wird.

[BVerfGE stärkt Parlament](#)

Aus Liebings Sicht hat das Bundesverfassungsgericht die Parlamentsrechte und die Beteiligungsrechte einzelner Abgeordneter gestärkt. „Das wird der Deutsche Bundestag sicherlich in neue Regeln umsetzen. Das ist die Gelegenheit, auch die Beteiligungsrechte von Verbänden zu stärken, die sich in der letzten Zeit auf ein nicht mehr hinnehmbares Maß verdichtet und verkürzt haben. Was in Krisenzeiten nachvollziehbar ist, darf aber nicht zum Regelfall werden.“

[Unvertretbar kurze Vorbereitungszeit](#)

Teilweise hätten sich die Verbändebeiträge eher auf Stunden oder wenige Tage beschränkt. Die Vorbereitungszeit für die GEG-Anhörung im Bundestagsausschuss für Klimaschutz und Energie sei auch für eingeladene Experten „unvertretbar knapp“ gewesen. „Hier erwarten wir eine deutliche Korrektur von Bundestag und Bundesregierung, für gegenseitige Fairness und für mehr Sorgfalt und Qualität in der Gesetzgebung“, stellte Liebing klar.

[Etikettenschwindel statt Technologieoffenheit](#)

Auch der KPV-Bundesvorsitzende und Haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, sieht Nachbesserungsbedarf: „Das Gesetz über die Wärmeplanung der Kommunen soll erst im Herbst kommen, obwohl es als Voraussetzung für das Gesetz zum Heizungsaustausch gedacht war. Denn erst, wenn die Wärmeplanung vor Ort steht, haben die Bürgerinnen und Bürger eine Wahl zwischen dem Anschluss an das Netz oder einer individuellen Lösung – sei es eine Wärmepumpe, eine Pelletheizung oder eine Gasheizung, die später beispielsweise mit grünem Wasserstoff betrieben werden kann. Wie viel Technologieoffenheit das Gesetz aber wirklich zulässt, ist immer noch nicht klar. Ich befürchte einen Etikettenschwindel.“

[Verzahnung von kommunaler Wärmeplanung und Gebäudeenergiegesetz](#)

„Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist zwar kein Beinbruch mit Blick auf ein Inkrafttreten des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zum 1.1.2024. Allerdings zeigt sich hier ganz klar: Immer kürzere Beratungs- und Anhörungsfristen bei Gesetzgebungsverfahren sind der falsche Weg“, unterstrich Kerstin Andrae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Wichtig bleibe, dass kommunale Wärmeplanung und Gebäudeenergiegesetz miteinander verzahnt werden. „Hier sind wir auf einem guten Weg. Die bereits beschlossene flexible Gestaltung der Übergangsfristen, abhängig vom Vorliegen einer kommunalen Wärmeplanung, verschafft den Netzbetreibern Zeit, die notwendige Transformation ihrer Netze zu planen. Die in den vergangenen Wochen erreichten Änderungen des Gesetzes geben Hauseigentümern und Hauseigentümern Planungssicherheit und verhindern Fehlinvestitionen.“ DK

wärmpotentiale von Gewerbe sowie Gewässern wie der Donau sollen hierbei ausgeschöpft werden. „Wir als Bayernwerk wollen die Kommune bei diesem anspruchsvollen Weg nicht allein lassen und sektorübergreifend sowie technologieoffen alle Möglichkeiten der Wärmewende vor Ort mitdenken. Ein kommunaler Wärmeplan soll hierbei den ökonomischen wie ökologischen Grundstein legen“, sagt Tobias Stahl, Projektleiter kommunale Wärmeplanung- beim Bayernwerk.

[Konkrete Schritte für mögliche Wärmelösungen](#)

In einem ersten Schritt stellen Bayernwerk und IfE eine Bestandsanalyse sowie eine Energie- und Treibhausgasbilanz für die Donaugemeinde auf. Dabei werden die Gebäude- und Siedlungstypen u.a. nach Baualterklassen erfasst sowie Energieverbrauchs- oder -bedarfserhebungen durchgeführt. Ebenso sollen die Beheizungsstruktur der Wohn- und Nichtwohngebäude sowie die Wärme- und Kälteinfrastruktur ermittelt werden – wo bestehen Gas- und Wärmenetze? Welche Heizzentralen sind angeschlossen? Welche Speicher sind im Markt installiert? Mit dem Überblick über die gesamte Situation der Wärmeversorgung und der -bedarfe in der Donaugemeinde soll in einem zweiten Schritt eine Potenzialanalyse durchgeführt werden, die ermittelt, wo konkrete Einsparpotentiale liegen und wo es lokale Möglichkeiten zur Einbindung erneuerbarer Energie gibt. Auch Ab-



Bei der Vorstellung des Projekts diskutieren Stefan Röble, Landrat Landkreis Donau-Ries, und Staatsministerin Melanie Huml mit Schülerinnen und Schülern der Staatlichen Realschule Rain, der Leonhart-Fuchs Grund- und Mittelschule Wemding und der Ludwig-Bölkow-Schule Donauwörth (Staatliche Berufs- und Technikerschule) über eine nachhaltige Zukunft in der Region, in Europa und die Welt. Bild: LRA Donau-Ries

„1.000 Schulen für unsere Welt“:

Huml stärkt Donau-Rieser Herzensprojekt

Weiter vorantreiben will der Donau-Rieser Landrat Stefan Röble sein Herzensprojekt „1000 Schulen für unsere Welt“: Zu diesem Zweck lud er die bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, nach Donauwörth. Diese kündigte an, dass der Freistaat Bayern das Projekt „1000 Schulen“ und den Bau neuer Bildungsstätten in Afrika mit einem Betrag von 500.000 Euro unterstützen werde. Der Betrag wurde bereits im Haushalt für das Jahr 2023 hinterlegt, allerdings unter der Voraussetzung einer „Schulpatenschaft“.

So übernimmt der Freistaat 90 Prozent der Kosten eines Schulgebäudes, sprich rund 50.000 Euro, die Partnerschule die restlichen zehn Prozent. Im Rahmen einer Diskussionsrunde sagten die Schulleiter der Staatlichen Realschule Rain, der Grund- und Mittelschule Wallerstein und der Ludwig-Bölkow-Schule in Donauwörth spontan zu, eine solche Patenschaft anzutreten. Konkret sollen damit drei Schulen in Togo und Senegal gebaut werden.

„Der Staat lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger“, hob Huml hervor. Bereits im engeren Umfeld wie etwa in Vereinen könne ohne finanziellen Aufwand sehr viel Positives angestoßen werden. „Globale Gerechtigkeit“ laute das Zauberwort.

217 Projekte in fünf Jahren

Vor fünf Jahren bereits wurde im Landkreis Donau-Ries auf Initiative von Landrat Röble das bundesweite Gemeinschaftsprojekt „1000 Schulen für unsere Welt“ ins Leben gerufen. Unterstützt sind unter anderem der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie Kommunen, Privatpersonen und Unternehmen. Größere Partner sind die Stiftung „Fly&Help“ des Unternehmers Rainer Meutsch und die kirchliche Organisation Missio München.

Fluchtursachen bekämpfen

Mittlerweile wurden insgesamt 217 Projekte auf drei Kontinenten in über 20 Ländern umgesetzt. Davon wurden allein 63 durch private Spendengelder aus dem Kreis Donau-Ries ermöglicht. Ein wahrlich beachtlicher Erfolg. Nach Röbles Worten wird der Schulbau stets von Partnerorganisationen vor Ort beauftragt. Zudem sollen „heimische Materialien“ und lokale Firmen hierfür herangezogen werden.

Wie der Landkreischef weiter ausführte, koste der Bau einer afrikanischen Schule durchschnittlich 50.000 Euro. Kein Vergleich etwa zum Schulzentrum Rain, dessen Kosten sich mittlerweile auf annähernd 50 Millionen Euro beliefen. Schulbau, Hilfe bei der Selbstversorgung und in der Landwirtschaft sowie funktionierende Partnerschaften von reicheren und ärmeren Regio-

nen benannte Röble als wichtige Wegmarken. Ernst gemeinte Entwicklungszusammenarbeit sei eben etwas völlig anderes als die Gabe von Almosen, so Röble. Aus einer Sicht wird man künftig verstärkt auch interkommunal mit

„1.000 Schulen für unsere Welt“:

Neues Schulbauprojekt

Bistum Augsburg sammelt anlässlich des Ulrichsjubiläums für eine Mädchenunterkunft in Uganda

Unter dem Motto „Mit dem Ohr des Herzens“ begehrt das Bistum Augsburg das Ulrichsjubiläum 2023/2024. Die Diözese möchte mit ihrem Motto dazu einladen, im Informationsüberfluss unserer Zeit innezuhalten, den Nöten der Mitmenschen zuzuhören und entsprechend zu handeln.

Begleitet wird das Ulrichsjubiläum durch eine Vielzahl karitativer Aktionen. Auch ein Schulbauprojekt der von Landrat Stefan Röble ins Leben gerufenen bundesweiten Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ ist dabei: In den kommenden Monaten werden Spenden gesammelt, um die Mädchenunterkunft eines Ausbildungszentrums in Uganda zu erneuern. Laut dem Augsburger Bischof Dr. Bertram Meier passe das Engagement im Rahmen der Initiative, die sich für den Schulbau im Globalen Süden einsetzt, gut zum Ulrichsjubiläum, da auch Bischof Ulrich weit über Schwaben hinaus karitativ tätig war.

Mit dem Jubiläumsjahr soll nicht nur an den 1.050. Todestag des heiligen Bistumsopatrons Ulrich und an den 1.100. Jahrestag seiner Bischofsweihe, sondern insbesondere auch an dessen Wirken zu Lebzeiten erinnert werden.

HOSFA und der Verein Uganda-Freunde e.V.

Ca. 5700 km liegen zwischen dem Bistum Augsburg und der ugandischen Gemeinde Zigoti. Im Jahr 1967 gründeten Karmel-Schwester hier in der Region die Hilfsorganisation HOSFA. Aus dem Grundgedanken, benachteiligte Familien zu beraten, entstanden in den darauffolgenden Jahrzehnten unterschiedliche medizinische, landwirtschaftliche und schulische Angebote.

Unter anderem wurde 1999 in Zigoti das Ausbildungszentrum St. Theresia Vocational Training Centre ins Leben gerufen. Nach dem Schulabschluss bekommen Waisenkinder dort die Möglich-

keiten, Berufe zu erlernen, beispielsweise in den Bereichen Elektrotechnik, Metallverarbeitung, Schneiderei oder Catering. Deutscher Projektpartner von HOSFA ist der Verein Uganda-Freunde e.V. aus Memmingen. „Über 90 Prozent der Absolventen erhalten eine Stelle“, berichtet Peter Förg, Projektleiter der Uganda-Freunde e.V., über den Erfolg des Ausbildungszentrums. Ein besonderer Schwerpunkt liege auf der Berufsausbildung von Mädchen. Diese werden vorrangig aufgenommen.

„Wir können hier in Europa nicht alle versorgen, das schaffen wir allein nicht mehr. Wir müssen mit den Menschen zusammen Perspektiven in ihren Heimatländern aufbauen“, definierte der Landrat die Marschrichtung von „1.000 Schulen“. Ohne mehr globale Gerechtigkeit, ohne ernst gemeinte Kooperationen seien weitere Fluchtbewegungen eine realistische Konsequenz. DK

„1.000 Schulen für unsere Welt“:

keit, Berufe zu erlernen, beispielsweise in den Bereichen Elektrotechnik, Metallverarbeitung, Schneiderei oder Catering. Deutscher Projektpartner von HOSFA ist der Verein Uganda-Freunde e.V. aus Memmingen. „Über 90 Prozent der Absolventen erhalten eine Stelle“, berichtet Peter Förg, Projektleiter der Uganda-Freunde e.V., über den Erfolg des Ausbildungszentrums. Ein besonderer Schwerpunkt liege auf der Berufsausbildung von Mädchen. Diese werden vorrangig aufgenommen.

Steigende Einschulungszahlen

Nach Corona seien nun die Einschulungszahlen derart schnell gestiegen, dass das Ausbildungszentrum mit Blick auf die verfügbaren Betten der angegliederten Mädchenunterkunft an seine Kapazitätsgrenzen stieße. Die Unterkunft müsse dringend grundlegend erneuert werden, da sie nicht mehr den Richtlinien des ugandischen Bildungsministeriums entspräche und die sanitären Einrichtungen veraltet seien. Insgesamt 41.000 Euro kosten die Baumaßnahmen. Diese Summe will das Bistum Augsburg nun im Rahmen des Ulrichsjubiläums sammeln. Einen Auftakt bildete das Wochenende 8./9. Juli: Die Hälfte der Kollekte, in allen katholischen Pfarreien des Bistums eingeht, kommt dem Projekt in Uganda zu Gute.

Für die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ist das Projekt des Bistums Augsburg bereits das 23. Projekt in Uganda. Bundesweit konnten im Rahmen der Initiative bislang über 200 spendenbasierte Schulbauprojekte welt-

Internationale Wissensvermittlung auf Augenhöhe

Die Lehre vom Wasser im Koffer

Wie bekommt man das bekannte und zukünftige Wissen um den Grundstoff des Lebens – das Wasser – in einen Koffer, wobei man sich das handliche Gepäckstück ein wenig symbolisch vorstellen muss? Die Antwort bekommt man beim Verein zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs e.V. und seinem Vorstandsvorsitzenden, Dr. Christoph Rapp.

Seit vielen Jahren engagiert sich Rapp für soziale Projekte in Afrika. Als Experte für Wasserkraft, Wasserbau und Hydromechanik (Strömungslehre). Mit seinem in München beheimateten Verein soll ein internationaler Wissensaustausch zwischen Deutschland und anderen Ländern gefördert werden und so zu einer positiven Entwicklung und verbesserten Verständigung speziell auch in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländern beitragen. Ein Schwerpunktthema ist das Wissen um die nachhaltige Nutzung des Wassers als das Lebenselixier auf der Erde. Ein zentrales Zielgebiet zur Verbreitung des Wissens ist Afrika und im Fall des Wasser-Lehrlabors im Koffer das ostafrikanische Land Tansania.

Gestartet wurde das Projekt zur Lehre vom Wasser im Koffer (neuhochdeutsch: Lab in a Bag) 2016 mit einer Absichtserklärung zwischen dem Arusha Technical College (ATC) im tansanischen Arusha und dem Verein zur Förderung des internationalen Wissensaustauschs e.V. Mit dem Projektantrag „Lab in a Bag“ der Fachhochschule (FH) Erfurt wurde das Wasser-Lehrlabor im Koffer 2021 in das Programm „Fachbezogene Partnerschaften mit Hochschulen in Entwicklungsländern“ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) aufgenommen.

Ziel des Wasserkofferprojekts ist der Aufbau einer erfahrungsbasierten wissenschaftlichen Lehre vor Ort in Wasserbau, Hydraulik und Siedlungswasserwirtschaft für Hochschulen – nicht nur in Ent-

wicklungsländern. Das angestrebte Lehrkonzept basiert auf einem gegenseitigen Erfahrungs- und Wissensaustausch von Theorie und praktischen Erfahrungen sowohl der Lehrenden als auch der Lernenden. Mit einfachen, kostengünstigen und vor allem anschaulichen Experimenten, die die komplexe Welt des Wassers verständlich machen, kostenfreier Onlinezugang zu den Lehrinhalten und begleitender Literatur sollen einen ganzheitlichen Zugang zur Lehre über die existenzielle Ressource Wasser und den Umgang damit ermöglichen.

Um den im Koffer – oder einer Alu-Box – transportierten Experimenten einen Lehrraum zu geben, schufen Vereinsmitglied Markus Heinsdorff, ein mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnete Künstler, und Benedikt Hartl mit einigen tansanischen Studierenden für Rapps Projekt einen überdimensionalen „nachhaltigen“ Koffer aus einem leider auch in Tansania überreichlich vorhandenen Rohstoff: Plastikmüll. Im Rahmen eines Workshops, der über ein Stipendium der Berliner Akademie der Künste finanziert wurde, errichteten sie auf dem Campus des ATC mit Hilfe der in Dortmund ansässigen Familienstiftung Wilo-Foundation einen kostengünstigen, überwiegend aus „heimischen“ PET-Flaschen hergestellten Laborraum.

Bayerische Art der Lehre für die Welt

Die Kunst der Lehre ist eine herausfordernde; die Lehre mit



Eröffnung des Laborraums.

Bild: Markus Heinsdorff

weit initiiert werden. Fünf Jahre nach Gründung beläuft sich das Gesamtspendenvolumen der Initiative auf ca. 8,5 Millionen Euro. Auch Ideengeber Landrat Stefan Röble freut sich über den Projektzuwachs in Uganda anlässlich des Ulrichsjubiläums, denn jedes weitere Projekt bilde wieder „für zahlreiche Kinder den Grundstein für ein Leben ohne Armut“.

Weitere Informationen

- Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“: www.1000schulenfuerunsereWelt.de
- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Landkreis Donau-Ries: www.donau-ries.de/ez
- Ulrichsjubiläum des Bistums Augsburg: www.ulrichsjubilaeum.de □



Das Bistum Augsburg sammelt anlässlich des Ulrichsjubiläums für ein Schulbauprojekt im Rahmen der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“. (v.l.: Peter Förg, Uganda-Freunde e.V., Bischof Dr. Bertram Meier, Landrat Stefan Röble, Landkreis Donau-Ries, Anton Stegmair, Abteilung Weltkirche des Bistums Augsburg). Bild: LRA Donau-Ries

dem Wasser-Lehrlabor im Koffer baut auf einem an der Technischen Universität München (TUM) Anfang der 2000-er Jahre von Christoph Rapp entwickelten Lehrkonzept auf. In jahrelanger Weiterentwicklung konnte es sich an verschiedenen Hochschulen in Asien, Lateinamerika und Afrika etablieren.

Das Lehrkonzept beruht auf der Idee, dass eine Entdeckung immer mit einer Beobachtung beginnt. Als eines der besten Beispiele gilt die Geschichte vom Apfel, der wohl Isaac Newton auf den Kopf fiel. Newton, so heißt es, begann über die Gravitation nachzudenken und leitete schließlich die grundlegenden Gesetze der Mechanik ab.

Daher sollte die naturwissenschaftliche Bildung immer mit der Beobachtung bzw. dem Erfassen eines Phänomens beginnen. Das nennt man „erfahrungsbasierte Lehre“. Durch die Vorstellung davon, was passiert, begreift man das Erfahrene und kann daraus eine zusammenhängende Theorie ableiten. Die Erkenntnisse müssen natürlich gründlich und wiederholt hinterfragt werden; auch muss ein permanenter Abgleich von Theorie und Experiment erfolgen.

Schließlich muss das gewonnene Wissen auf unterschiedliche Probleme angewendet werden. Dieser Ansatz wurde in der Hydraulik-Lehre an der TUM umgesetzt. Die dort experimentell gewonnenen Erfahrungen wurden an Hochschulen/Universitäten in Entwicklungsländern in Lehrlaboren aufgebaut und unterstützen dort seither die erfahrungsbasierte Lehre.

Als Ergebnis der internationalen Lehr-Zusammenarbeit entwickelten die Studierenden z.B. experimentell eine mit Hilfe eines 3D-Druckers hergestellte Mini-Pelton-Turbine, die mit Hilfe eines Fahrrad-Dynamos unter anderem die Stromerzeugung aus Wasserkraft im Lab in a Bag veranschaulicht. Den 3D-Drucker hatten ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der FH-Erfurt und ein Masterstudent der Bauhaus-Universität Weimar, der seine Masterarbeit über das Labor im Koffer schrieb, im Gepäck. Der Drucker wurde in einem gemeinsamen Workshop mit Dozenten und Studierenden des ATC aufgebaut und in Betrieb genommen.

Als Begleitlektur zum TUM-Lehrkonzept wurde 2017 das Buch „Hydraulik für Ingenieure und Naturwissenschaftler – Ein Kurs mit anschaulichen Experimenten und Open Source Codes“ zunächst auf Deutsch veröffentlicht; bereits 2021 folgte die zweite Auflage. Inzwischen wurde das Buch auch ins Englische übersetzt. Finanziert über Mittel des Vereins und mit großzügiger Unterstützung der Cordes & Graefe-Stiftung wird die englische Version des Buchs beim Springer-Verlag bald weltweit kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt.

Bis 2025 sollen die Hydraulik- und Wasserbau-Experimente so konzipiert sein, dass sie kostengünstig und in einer Box verpackbar hergestellt und vertrieben werden können; die Beteiligten haben sich vorgenommen, die Entwicklung entsprechender Module im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft bis dahin angestoßen zu haben. Etwa zehn Prozent der open access-Gebühren für das begleitende Lehrbuch muss der Verein noch über Spenden decken. JK

Weitere Infos:

- <https://ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10069938/>
- www.knowledgexchange.org

Bayern wird in Zukunft vor allem im Winter viel Strom importieren müssen

Kernkraftausstieg lässt die erzeugte Strommenge in bayerischen Kraftwerken deutlich zurückgehen

Die bayerischen Kraftwerke der allgemeinen Versorgung erzeugen immer weniger Strom. Wurden 2012 noch insgesamt rund 67 TWh erzeugt, so ging die Strommenge auf 10-Jahres-Sicht um 53 Prozent auf nur noch knapp 32 TWh in 2022 zurück. „Dieser Wert wird sich für 2023 und 2024 noch weiter reduzieren, denn immerhin 11,6 TWh trug 2022 die Kernenergie bei, welche seit 16. April 2023 ja komplett weggefallen ist“, fasst Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW, die aktuelle Lage auf der Stromerzeugungsseite zusammen.

„Zwar können die mittlerweile vielen Photovoltaik- und Windkraftanlagen einen Teil der weggefallenen Stromerzeugung in Bayern übernehmen, aber eben auch nur dann, wenn diese nicht wetter- und tageszeitbedingt eine Pause einlegen. Bayern bleibt an vielen Stunden im Jahr von Stromimporten aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland abhängig, auch wenn zu manchen Zeiten viel Strom aus erneuerbaren Energien exportiert werden kann“, stellt Fischer fest.

Strommangellagen vermeiden

Es besteht in Bayern ein Mangel an jederzeit abrufbarer Kraftwerksleistung, um Engpässe in der Stromerzeugung ausgleichen zu können. Kohle- und Ölkraftwerke sind nur in geringer Zahl vorhanden, der Ausbau der Erdgas- und zukünftig Wasserstoff-Kraftwerke blieb bis jetzt weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um die

Kernkraft zu kompensieren. Das Potenzial von Biomasse und Wasserkraft für die Stromerzeugung ist weitgehend bereits erschlossen, langfristige Stromspeicher stehen praktisch gar nicht zur Verfügung. In einer längeren Dunkelflaute bleibt Bayern auf lange Sicht in erheblichem Umfang auf Importe angewiesen, um Strommangellagen zu vermeiden.

Leidvolle Erfahrung

Auf der Verbraucherseite deutet indes wenig auf einen Rückgang der Stromnachfrage aus dem öffentlichen Netz hin. Zwar liegen für den Stromverbrauch 2022 noch keine amtlichen statistischen Zahlen vor, bis 2020 ist dieser in den vergangenen Jahren aber durchweg konstant geblieben und bewegte sich im Bereich von 80 TWh pro Jahr. Für die nächsten Jahre werden ein anhaltender Bevölkerungszuwachs, die Elektrifizierung des Verkehrssektors durch Elektroautos sowie eine gesetzlich fa-

vorisierte Umstellung der Heizungen auf Wärmepumpen zu deutlich steigenden Stromverbräuchen aus dem Netz gerade in der Winterzeit führen. „Die auf vielen Häusern montierten Photovoltaikanlagen haben dann, wenn es darauf ankommt, kaum einen Nutzen“, berichtet Fischer aus eigener leidvoller Erfahrung.

„Besonders die geplante große Zahl an Wärmepumpen erfordert das Vorhandensein von Kraftwerkskapazitäten, denn diese brauchen besonders im Winter Strom in beträchtlicher Menge. Wärmepumpen über längere Zeit herunterzuregeln kann nur eine Not- und keine Dauerlösung sein, sonst schwindet die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese moderne Technik, wenn plötzlich im kalten Winter nicht mehr ausreichend geheizt werden kann“, warnt Fischer.

FfE-Studie

Der VBEW hat von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) in einer Studie untersuchen lassen, wie Bayern bis 2040 klimaneutral werden kann (www.bayernplan-energie.ffe.de). In allen Szenarien ist es neben Stromimporten notwendig, die wegfallenden fossilen und atomaren Erzeugungskapazitäten durch Wasserstoff- und Biomassekraftwerke sowie deutlich mehr Speicher zu ersetzen.

Metrologisches Prüflabor für nachhaltige Energieträger eröffnet

Staatsminister Aiwanger: „Großer Beitrag zum schnellen Aufbau der Wasserstoffwirtschaft“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat das metrologische Prüflabor des Landesamtes für Maß und Gewicht (LMG) eröffnet. „In Grafenau wird ein hochmodernes, messtechnisches Labor entstehen“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger. „Dank der guten Zusammenarbeit der Stadt Grafenau, Immobilien Freistaat Bayern und dem Landesamt können wir bereits heute starten. Von hier aus werden Messgeräten von Wasserstofftanks und E-Ladesäulen überprüft. Schließlich wünscht sich jeder Verbraucher eine genaue Messung für die individuelle Abrechnung.“

So gelte es, auch beispielsweise den Energieträger der Zukunft Wasserstoff in der gesamten Wirtschaftskette von der Erzeugung bis zum Verbrauch in Industrie und Privathaushalten zuverlässig und verbindlich zu messen, betonte Aiwanger. „Eine präzise Genauigkeit ist das A und O. Die metrologische Überwachung durch das LMG-Prüflabor stellt sicher, dass jedes eichpflichtige Messinstrument gesetzeskonform betrieben wird. So wird das Prüflabor eine wichtige Funktion bei der Energiewende einnehmen. Wohin die Reise des Prüflabors geht, zeigen Prüfanlagen für nachhaltige Energieträ-

ger. So finde ich die Prüfeinrichtung zur Eichung einer E-Ladesäule genauso interessant wie für innovative Volumenmessanlagen für Wasserstoff. Denn es muss das Ziel sein, dass mit der Zunahme von Elektrolyseuren und Wasserstofftankstellen die Einhaltung des eichrechtlichen Zulassungs- und Prüfverfahrens nach einheitlichen Standards beispielsweise bei Umfüllvorgängen, Eichung und Messung gewährleistet wird. Durch eine einheitliche mess- und eichrechtliche Genehmigungspraxis wird die Zahl der Wasserstoff-Anlagen erhöht. So sind wir mit dem vorgestellten Kalibrierlabor für Wasserstoff eines bayeri-

schen Herstellers und dem neuen Prüflabor für die Energiewende in Bayern gut gerüstet. Einem zügigen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft steht also nichts mehr im Wege.“

Die Waage im Supermarkt, die Fleischerwaage beim örtlichen Metzger oder die Zapfsäule an der Tankstelle haben eines gemeinsam: Die Metrologische Überwachung durch das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht garantiert, dass neue messtechnische Technologien nur nach einem bundeseinheitlichen, eichrechtlichen Zulassungs- und Prüfverfahren auf den Markt kommen. Neben dem Hauptsitz des Landesamtes in Bad Reichenhaller ist die Eichverwaltung im Freistaat regional aufgeteilt: Eichämter und Prüflabore in zahlreichen bayerischen Städten überwachen die Einhaltung des nationalen Mess- und Eichgesetzes.

Im Zuge der Eröffnung des LMG-Prüflabors in Grafenau wurde Energieminister Aiwanger ein Mengenmesssystem für Wasserstoff-Trailer vorgestellt, um Wasserstoff zum Einsatzort zu transportieren. Dieses Hochdruck-Gas-Kalibrierlabor der TrigasFI GmbH aus Neufahrn ist wichtig für Wasserstoff-Tankstellen und Wasserstoff-Abgabesysteme.

Da der hochverdichtete Wasserstoff in Trailer-Fahrzeugen transportiert wird, ist für die Abrechnung eine genaue Messung des produzierten, transportierten und verbrauchten Wasserstoffs ausschlaggebend. Diese neue Technologie wird künftig unter anderem in Grafenau geprüft und genehmigt, damit Hersteller und Betreiber von Wasserstoff-tankstellen und Elektrolyseuren den Energieverbrauchern verlässliche Angaben über die Wasserstoffmenge liefern können. □



Thomas Steuer (CEO TrigasFI GmbH) erklärt Energieminister Aiwanger (l.) die Prüfeinrichtung zur Eichung von Volumenmessanlagen für Wasserstoff. Bild: StMWI / E. Neureuther



In Kooperation mit Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe Erneuerbare Energien

Kombinierte Flächennutzung durch Rohstoffgewinnung und Erneuerbare Energien

Die Rohstoffgewinnung und die Erzeugung regenerativer Energien liegen beide im öffentlichen Interesse und sie benötigen in erster Linie eines – Flächen. Da liegt es nahe, diese beiden Nutzungsarten in Konkurrenz zueinander zu sehen. Doch das muss nicht so sein. Denn: Rohstoffgewinnung ist Flächennutzung auf Zeit. Spätestens nach der Gewinnungsphase bieten sich häufig ideale Voraussetzungen für Windkraft- oder Photovoltaikanlagen. Doch auch schon während der Betriebsphase ist eine Zwischennutzung von Teilflächen für Erneuerbare Energien möglich. So setzen rohstoffgewinnende Betriebe bereits heute vermehrt auf regenerative Eigenstromanlagen – in Zeiten des Klimawandels und unsicherer Energieversorgung ein echter Standortvorteil.

Multifunktionale Flächennutzung im Landesentwicklungsprogramm (LEP)

Mit dem seit 1. Juni 2023 in Kraft getretenen Landesentwicklungsprogramm (LEP) werden dazu auch die Voraussetzungen geschaffen. Hier wird erstmals der Ansatz einer Multifunktionalen Flächennutzung aufgegriffen, um mehrere Funktionen auf einer Fläche zu bündeln bzw. nacheinander umzusetzen. So kann die Gemeinde ebenfalls im Rahmen der Regionalplanung für bestimmte Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erneuerbare Energien als Folgefunktion festlegen.

Folgenutzung für Erneuerbare Energien

Für die Gemeinden ist es wichtig, sich frühzeitig einzubringen, wenn eine Folgenutzung von Rohstoffgewinnungsflächen für die Erneuerbaren Energien gewünscht wird. Die Rekultivierungsplanung zählt zu den umfangreichsten Bereichen der Gewinnungsbescheide. Eine frühzeitige Abstimmung erleichtert das weitere Vorgehen immens. Zudem bedarf es häufig einer flankierenden Bauleitplanung, um die meist im Außenbereich belegenen Flächen entsprechend zu ertüchtigen. Übrigens können die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung sogar die Verfüllung von Nassgewinnungsstätten ermöglichen – der Bayerische Verfüll-Leitfaden sieht dies ausdrücklich vor.

Schwimmende Photovoltaikanlagen auf Baggerseen

Doch auch ohne Verfüllung lassen sich Baggerseen für die grüne Stromerzeugung nutzen. Schwimmende Photovoltaikanlagen bieten hier interessante Potenziale – zumindest theoretisch. Leider hat die Bundesregierung in dem sogenannten Osterpaket sehr strenge Anforderungen an die Genehmigung dieser Anlagen gestellt. So verbleibt „Floating PV“ wenigstens noch als Option für große Seen. □

„Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen ist jedoch nicht so richtig ans Laufen gekommen und uns läuft die Zeit davon. Dass sich Bayern aktuell in die Abhängigkeit von Stromimporten begibt, ist zwar eine einfache, aber auch eine sehr riskante Strategie. Zum einen werden die Kosten für Importe zu Zeiten einer Dunkelfla-

te weiter steigen, zum anderen können wir auch nicht sicher davon ausgehen, dass in den Nachbarregionen und -ländern zu jeder Tages- und Nachtzeit genügend Kapazitäten vorhanden sind, um uns mitzuversorgen. Bayern benötigt schnell eine Wasserstoffinfrastruktur mit Leitungen und Kraftwerken, um der Bevölkerung und der Wirt-

schaft wieder eine leistungsfähige Energieversorgung bieten zu können. „Der politisch motivierte vorzeitige Ausstieg aus der friedlichen Kernkraftnutzung war insbesondere für Bayern ein Fehler, für dessen Korrektur es jetzt aber zu spät ist und der dem Wirtschaftsstandort Bayern an jedem Tag Schaden zuführt“, resümiert Fischer. □



Biogasanlage Altenstadt

Heimisches Biogas aus Reststoffen



Ein Bürger-Ladenetz für das Freisinger Land

Die Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land fördert mit ihren Ladesäulen die Elektromobilität vor Ort – und verdient Geld damit

Von Florian Christner, Redaktion „Profil“

Was der Aufbau eines Ladenetzes für Elektroautos mit Henne und Ei zu tun hat, erklärt Werner Hillebrand-Hansen gerne. „Die Verkehrswende kommt nur voran, wenn es ein attraktives Angebot an Lademöglichkeiten gibt. Andererseits lassen sich Ladesäulen nur wirtschaftlich betreiben, wenn die Nachfrage da ist. Wir wollen dieses Henne-Ei-Problem lösen und beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur mit positivem Beispiel vorangehen“, sagt der Vorstand der Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land (BEG).

Der Ausbau kommt zügig voran. „Bis Ende 2023 sollen es über 60 Ladepunkte an mehr als 30 Standorten werden. Die BEG betreibt schon jetzt die meisten öffentlichen Ladepunkte im Landkreis Freising und bringt die E-Mobilität in der Region damit entscheidend voran“, berichtet Hillebrand-Hansen.

Das Unternehmen Hubject vernetzt als sogenannter Intermediär die Ladesäulen der BEG Freisinger Land mit allen gängigen Ladestrom-Anbietern. So können auch Kunden etwa von EnBW mobility, Shell Recharge, Plugsurfing, ADAC e-Charge, NewMotion, BMW Charging oder Char-

ge&Fuel von VW per Ladekarte oder App zu den Tarifen des jeweiligen Anbieters das Bürger-Ladenetz der BEG nutzen. Die Abrechnung und den Kundenservice übernehmen die Inselwerke für die BEG. Die Bürgerenergiegenossenschaft aus dem brandenburgischen Eberswalde hat sich unter anderem auf die Planung öffentlicher Ladepunkte sowie auf Fernwartung, Hotline-Service und Abrechnung spezialisiert.

BEG-Ladekarte

Zudem haben die Inselwerke eine Bürgernetz-Ladekarte entwickelt, die auch von der Bürger

Energie Genossenschaft Freisinger Land angeboten wird. Besitzer der BEG-Ladekarte erhalten an den Säulen des Freisinger Ladenetzes günstigen Bürger-Strom von der Genossenschaft. Denn die BEG tritt auch als lokaler Stromversorger auf. Jeweils zehn Prozent des Ladestroms kommen vom Bürger-Windrad Kammerberg und vom Bürger-Solarpark Paunzhausen der BEG. „Dieser Wind- und Solarstrom wird nicht an der Strombörse verkauft und dabei in Graustrom umgewandelt, sondern direkt in den Bilanzkreis unserer Bürger-Strom-Kunden geliefert“, erklärt Hillebrand-Hansen. Die verbleibenden 80 Prozent des Bürger-Stroms kommen komplett aus bayerischer Wasserkraft.

Für die Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land ist das Ladenetz schon jetzt ein Erfolg. „Wir haben damit bereits im ersten vollen Geschäftsjahr Geld verdient“, sagt Hillebrand-Hansen.

Die Anzahl der Ladevorgänge im Jahr 2022 habe sich im Vergleich zu 2021 auf 5.120 versiebenfacht. Die durchschnittliche Auslastung liege mittlerweile bei 0,63 Ladevorgängen pro Ladepunkt und Tag. Damit lasse sich das Netz wirtschaftlich betreiben. Die wenigen Ladesäulen, die im Moment noch nicht kostendeckend betrieben werden können, werden von den anderen Säulen querfinanziert. „Der Deckungsbeitrag ist höher als erwartet, aber wir haben auch konservativ kalkuliert“, sagt Hillebrand-Hansen.

Kommunen als wichtigste Partner

Wichtigster Partner beim Aufbau des Bürger-Ladenetzes sind die Kommunen im Landkreis Freising. „Wir sind auf alle zugegangen und haben unser Projekt vorgestellt. Vor allem die kleineren Gemeinden haben sich gefreut, weil sie bereits selbst nach Lösungen gesucht haben“, berichtet Hillebrand-Hansen. Einige Gemeinden seien sogar schon vor längerer Zeit mit dem Wunsch an die Genossenschaft herangetreten, Ladestationen zu errichten.

Vor allem bei der Suche nach geeigneten Stellplätzen ist die BEG auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen angewiesen, denn diese stellen die Parkflächen für die Ladestationen zur Verfügung. Möglichst zentral und möglichst gut erreichbar sollten diese sein, berichtet der Vorstand. In den meisten Kommunen steht die Ladestation in der Nähe des Rathauses – auch, weil dieses normalerweise im Ortszentrum steht. „Vereinsheime oder Sporthallen kommen aber als Standort für eine Ladesäule genauso in Frage“, sagt Hillebrand-Hansen.

Im Gegenzug für die Errichtung der Ladesäulen stellt die Gemeinde die dafür benötigten Parkflächen für zehn Jahre kostenlos zur Verfügung. Außerdem sorgt sie für die notwendige Parkbeschilderung, Rammschutz und Bodenmarkierungen. Je nach Auslastung der Ladestation erhalten die Kommunen sogar eine jährliche Umsatzmiete. Ab einem Ladevorgang pro Tag und Ladepunkt sind es 200 Euro, ab 1,5 Ladevorgängen 400 Euro und ab zwei Ladevorgängen 600 Euro.

Weiterer Ausbau geplant

Die Genossenschaft plant, ihr Bürger-Ladenetz weiter auszubauen. Perspektivisch kann sich Hillebrand-Hansen den Zubau von zehn bis 20 Ladestationen jährlich vorstellen, sofern ein geeignetes Förderprogramm aufgelegt wird. Dazu will er auch mit den Betreibern von Supermärkten sprechen, denn dort gibt es genügend Parkplätze und Platz für Ladestationen und mutmaßlich auch den Bedarf.

Hilfreich bei der weiteren Planung des Bürger-Ladenetzes sind auch die Daten, die durch die Nutzung der bestehenden Ladestationen generiert werden. Über ein Portal der Inselwerke kann Hillebrand-Hansen die Daten jederzeit einsehen. „Die Auslastung der Ladesäulen zeigt mir, wo Nachfrage besteht. Dort kann ich dann das Bürger-Ladenetz nachverdichten“, sagt Hillebrand-Hansen. Die durchschnittliche Ladezeit betrage rund drei Stunden. „Eine Parkzeitbeschränkung ist deshalb aktuell nicht notwendig, denn die Nutzer fahren ohnehin bald wieder weiter“, sagt der Vorstand. Wichtig sei jedoch, dass die Kommune die Parkplätze an den Ladesäulen zu 100 Prozent für E-Autos widmet, damit dort keine Verbrenner parken.

Dies ist eine gekürzte Version eines Beitrages, der zuerst in Profil – Das Genossenschaftsblatt erschienen ist. Der gesamte Beitrag kann hier abgerufen werden: <https://www.profil.bayern/05-2023/praxis/ein-buerger-ladenetz-fuer-das-freisinger-land/>

Staatsminister Hubert Aiwanger:

„Wir unterstützen kleine und mittlere Kommunen bei der Energiewende“

Das erfolgreiche Programm „Energiecoaching_Plus“ wird verlängert. Das Bayerische Wirtschaftsministerium wies den Regierungen dafür insgesamt 670.000 Euro zu. Auch für die Ausbildung von kommunalen Energiewirten an der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) wurden wieder Mittel bereitgestellt. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Wir unterstützen kleine und mittlere Kommunen seit zwölf Jahren mit kostenlosen Beratungsangeboten und übernehmen die Kursgebühren für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kommunalen Energiewirten. So bekommt die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien einen weiteren Schub.“

Das Energiecoaching unterstützt gezielt kleine und mittlere Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort mit Beratungen durch Energiefachkräfte. So können Potenziale in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien identifiziert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Aktuell können Kommunen pro Förderperiode Beratungsleistungen im Wert von bis zu 10.000 Euro erhalten. Ansprechpartner für das Energiecoaching_Plus sind die Energiekoordinatoren an den Regierungen.

Aiwanger: „Insgesamt wurden seit Beginn des Projekts im Jahr 2012 über 940 Energiecoachings in 800 Kommunen durchgeführt, allein im vergangenen Jahr haben sich 70 Gemeinden beraten lassen. Somit konnten wir bereits mehr als ein Drittel aller Kommunen mit mindestens einem Energiecoaching unterstützen.“

Der Fortbildungslehrgang zum kommunalen Energiewirt wird seit 2013 an der BVS angeboten. Den Kommunen werden nach erfolgreichem Abschluss des Lehrgangs vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die Seminargebühren erstattet. Über 170 kommunale Energiewirtinnen und -wirte konnten so bereits ausgebildet werden und stehen nun ihren Kommunen mit wertvollem Fachwissen zur Verfügung. □

Premiere in München:

Intelligentes Licht im Regeleinsatz

Das Münchner Baureferat hat den Menagerieweg in Nymphenburg und den Ludwigsfelder Fußweg in Allach-Untermenzing mit einer adaptiven, bewegungsabhängigen Beleuchtung ausgestattet. Es sind die ersten regulären Einsätze dieser intelligenten, sparsamen und bedarfsgerechten Beleuchtungstechnologie in München. Zuvor hatte das Baureferat sie in einem Feldversuch in Freiham Nord erprobt. Die adaptive Beleuchtung ist im „Ruhezustand“ energiesparend gedimmt und wird erst aktiviert, wenn sich Personen nähern.

Bürgermeisterin Katrin Habschaden betont: „Unser Ziel ist es, Lichtemissionen und Energieverbrauch zu reduzieren, gleichzeitig aber das Sicherheitsniveau für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Das gelingt mit Hilfe von energieeffizienten und intelligenten LED-Leuchten. Indem Licht nur brennt, wenn sich Menschen dort aufhalten, sparen wir Strom und tun nachtaktiven Insekten etwas Gutes. München leuchtet – im Fall der intelligenten LEDs aber nur bei Bedarf.“

Gefühl der Sicherheit

Baureferentin Jeanne-Marie Ehbauer sagt: „Zu Fuß und auf dem Rad sorgt die intelligente Lichtsteuerung auf dem Ludwigsfelder Fußweg für gute Sicht und für ein hohes Sicherheitsgefühl, das ist mir persönlich ebenfalls wichtig. Die adaptive Beleuchtung leistet damit Beiträge zum Klima- und Artenschutz sowie zur Sicherheit in unserer Stadt. Wir werden den Einsatz dieser Technologie in der Straßenbeleuchtung weiter vorantreiben.“

Der Menagerieweg mündet nach Osten in die Margarethe-Danzi-Straße. Die Strecke ist Teil der „Radstammstrecke“ Hauptbahnhof – Laim – Pasing und wurde 2015 als erster Radweg Münchens mit LED-Beleuchtung der 1. Generation ausgestattet. Diese Beleuchtung wurde nun auf einer Länge von rund 1,4 Kilometer durch moderne, blendfreie und noch energieeffizientere LED-Leuchten ausgetauscht.

Der etwa 650 Meter lange Ludwigsfelder Fußweg verbint-

det auf Höhe Spiegelbergstraße die Ludwigsfelder Straße mit der Krauss-Maffei-Straße. Bisher kamen dort Kofferleuchten mit Natriumdampfiederdrucklampen zum Einsatz, die ersetzt werden mussten.

Kommunizierende Leuchten

Die intelligente Regelung der neuen, miteinander kommunizierenden LED-Leuchten stellt sicher, dass die Straßen beziehungsweise Wege vor und hinter Passanten hell ausgeleuchtet sind. Befindet sich keine Person im Erfassungsbereich der Sensoren, wird das Licht automatisch und sukzessive reduziert. Eine Restlichtmenge bleibt erhalten, um auch von weitem sichtbar zu sein – eine für das Sicherheitsempfinden wichtige Komponente. Die Installation der neuen Leuchten ist mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Hohe Bürgerakzeptanz

Im Dezember 2022 hat der Stadtrat das Baureferat beauftragt, zukünftig beim Bau und beim Umrüsten von Beleuchtungsanlagen an öffentlichen Wegen in Park- und Grünanlagen LED-Technik mit adaptiver Steuerung einzusetzen, wo dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Damit folgte der Stadtrat der Empfehlung der Technischen Universität München, die den vom Baureferat umgesetzten Pilotversuch mit adaptiver Beleuchtung in der Grünanlage „Grünfinger“ in Freiham ausgewertet hat. Befragungen haben eine hohe Bürgerakzeptanz aufgezeigt. □



V.l.: Sebastian Gardt (Projektleiter Geothermie, Landratsamt München), Karina Schäfer (Energie und Klimaschutz, LRA), Peter Wagner (1. Bürgermeister, Aying), Mindy Konwitschny (1. Bürgermeisterin, Höhenkirchen-Siegertsbrunn), Landrat Christoph Göbel, Klaus Korneier (1. Bürgermeister, Grasbrunn), Dr. Philipp Schramek (Leiter Klima- und Energieinitiative 29++, LRA), Thomas Pardeller (1. Bürgermeister, Neubiberg), Erwin Klostermeier (1. Bürgermeister, Putzbrunn), Katja Finkenzeller (Energieagentur), Stefan Kern (1. Bürgermeister, Brunnthal), Martin Knaus (Energieagentur) und Dr. Willie Stiehler (Geschäftsführer Energieagentur Ebersberg-München). Bild: LRA München

„ARGE Geothermie und Wärmewende“ gegründet

Acht Kommunen im Münchner Südosten und der Landkreis gehen in die Vorreiterrolle

Im Zuge der geplanten Heizungsgesetze auf Bundesebene sollen nach dem Willen der Bundesregierung auch die Kommunen stärker in die Verantwortung genommen werden. Darauf wollen die acht Kommunen Aying, Brunnthal, Grasbrunn, Hohenbrunn, Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Neubiberg, Putzbrunn und Taufkirchen nicht warten. Mit der Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft werden sie jetzt gemeinsam mit dem Landkreis München die Wärmewende forciert vorantreiben. Neben den Gemeinden unterschrieb auch Landrat Christoph Göbel den Gründungsvertrag.

Es ist eine immense Herausforderung: Mit einer neuen Gesetzgebung will der Bund die Länder und Kommunen zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung verpflichten. Diese ist Voraussetzung für den Umbau hin zu einer treibhausgasneutralen Heizinfrastruktur. Denn die Wärmeplanung analysiert Bedarf und Potenziale und entwickelt dadurch einen Fahrplan, der anschließend in konkreten Maßnahmen mündet. Das kann etwa der Bau eines durch ein Blockheizkraftwerk gespeisten Nahwärmenetzes innerhalb eines Gemeindeteils sein oder auch die großräumige Versorgung über ein Fernwärmenetz gleich mehrerer Kommunen durch Tiefengeothermie. Deutlich gezeigt hat dies auch der digitale Energienutzungs-

plan, den die Energieagentur Ebersberg-München im Auftrag des Landkreises für alle Landkreiskommunen erstellt hat und auf dem die kommunale Wärmeplanung aufbauen wird. Die Idee zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft hat die Energieagentur dann auch ganz wesentlich mit vorangetrieben.

Potenziale nutzen

Aufgrund der Dimensionen solcher Planungen ist es gerade für kleinere und mittlere Kommunen sinnvoll, gemeinsam an der Wärmewende zu arbeiten statt ausschließlich die Situation im eigenen Gemeindegebiet zu betrachten. So lassen sich Potenziale bestmöglich nutzen und der größtmögliche Nutzen erzie-

len. Im Bereich der acht Kommunen kann das etwa die Geothermie sein, weshalb ein Fokus der Arbeitsgemeinschaft auf dieser Wärmequelle liegt. Untersucht werden sollen aber auch die Potenziale weiterer Wärmequellen wie etwa oberflächennahe Geothermie, Abwasser, Prozesswärme oder Biomasse.

Klimaschutz im Visier

„Ich begrüße diesen interkommunalen Zusammenschluss sehr“, so Landrat Christoph Göbel, „und freue mich, dass sich dem auch Gemeinden angeschlossen haben, die aufgrund ihrer Größe vom Gesetzgeber gar nicht verpflichtet gewesen wären, eine Wärmeplanung vorzulegen. Auch das ist ein Beweis dafür, wie ernst der Klimaschutz im Landkreis München genommen wird.“

Der Landkreis wird im Rahmen seiner Klima- und Energieinitiative 29++ auch die organisatorische Betreuung der ARGE übernehmen bzw. finanzieren. Darüber hinaus übernimmt er 50 Prozent der Kosten, die für die Entwicklung konkreter Projekte entstehen. □

PV-Anlagen auf kommunalen Dächern

Von Rechtsanwältin Dr. Lena-Sophie Deißler und Rechtsanwältin Katrin Prechtl, Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB, München

Vor dem Hintergrund der sich verstärkenden Klimakatastrophe ist es für Gemeinden immer wichtiger, auch selbst Erzeuger erneuerbarer Energien zu sein. Artikel 3 Abs. 6 BayKlimaG erlaubt, dass Gemeinden im eigenen Wirkungskreis Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien errichten und betreiben können und dabei nicht an die Deckung des voraussichtlichen Bedarfs in ihren jeweiligen Gebieten gebunden sind. Hinsichtlich der Realisierung von PV-Anlagen auf kommunalen Dächern bieten sich verschiedene Modelle an, welche nachfolgend kurz umrissen werden sollen. Welches Modell für die jeweilige Gemeinde am geeignetsten ist, hängt von der personellen Ausstattung, der Erfahrung mit der Realisierung Erneuerbarer-Energie-Anlagen und von der gewünschten Risikoverteilung der Gemeinde ab.

1. Pachtmodell mit oder ohne Strombezug

Zum einen kann eine Gemeinde die in ihrem Eigentum stehenden Dächer an Dritte verpachten. Der Pächter, in der Regel ein darauf spezialisierter Betreiber, kann in eigener Verantwortung auf den verpachteten Dächern PV-Anlagen errichten und betreiben. Dieses Modell bietet den Vorteil, dass in der Gemeinde selbst kein umfangreiches Know-how oder geeignetes Personal zur Verfügung stehen muss, um die Errichtung und den Betrieb der PV-Anlagen zu bewerkstelligen.

Des Weiteren trägt die Gemeinde bei diesem Modell nicht das (finanzielle) Risiko der Planung, Errichtung und des Betriebs der PV-Anlage. Für die Gemeinde besteht zudem die Möglichkeit, sich im Pachtvertrag vorzubehalten, den durch die PV-Anlage erzeugten Strom (vorrangig) abzunehmen. Die Gemeinde hat jedoch bei einem solchen Pachtmodell nur begrenzte Einflussmöglichkeiten auf Geschwindigkeit

und Realisierung des Projektes und überlässt die Ertragschancen, die mit der Errichtung einer PV-Anlage verbunden sind, einem Dritten.

2. Realisierung in Eigenregie

Zum anderen kann eine Gemeinde aber auch sowohl die Errichtung und den Betrieb der PV-Anlagen als auch den Vertrieb des erzeugten Stroms komplett selbst übernehmen. Sie kann in diesem Fall frei entscheiden, wann und wo PV-Anlagen errichtet werden sollen und wer in welchem Umfang mit dem erzeugten Strom versorgt werden soll. Die PV-Anlagen stehen in diesem Fall komplett im Eigentum der Gemeinde, was den Vorteil bietet, dass die Gemeinde auch an den Gewinnmöglichkeiten partizipiert. Dieses Modell bringt jedoch den Nachteil mit sich, dass die Gemeinde sämtliche Kosten und auch das Betriebsrisiko der PV-Anlage trägt.

3. Mischmodelle zwischen Pachtmodell und Realisierung in Eigenregie

Darüber hinaus ist es möglich,

dass eine Gemeinde bestimmte Leistungen selbst übernimmt und bestimmte Leistungen an Dritte vergibt. So kann die Gemeinde z.B. die Planung und Errichtung einer PV-Anlage durch einen Dritte vornehmen lassen, die PV-Anlage dann aber ins eigene Eigentum übernehmen und Betreiberin werden. Ebenso ist es möglich, dass die Gemeinde zwar die Planung und Errichtung der PV-Anlage selbst vornimmt, die PV-Anlage dann aber verpachtet und den Betrieb der PV-Anlage einem Dritten überlässt.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Gemeinde die PV-Anlage selbst errichtet und anschließend auch selbst betreibt, jedoch einen externen Betriebsführer beauftragt, der die Betriebsführung der PV-Anlagen übernimmt.

4. Gemeinde als Betreiber der PV-Anlage

Ist eine Gemeinde selbst Betreiberin der PV-Anlage kann sie den durch die PV-Anlage erzeugten Strom vor Ort bzw. in räumlicher Nähe selbst verbrauchen oder an Dritte weitergeben. Sofern die Gemeinde den Strom selbst verbraucht und dieser Stromverbrauch vor Ort stattfindet, entfällt in der Regel die Stromsteuer. Sofern die Gemeinde andere Dritte vor Ort mit Strom beliefert (z.B. Mieter des Gebäudes), wird die Gemeinde stromsteuerpflichtig. Sie benötigt hierfür eine stromsteuerrechtliche Erlaubnis des jeweils zuständigen Hauptzollamtes. Für die Belieferung eige-

ner Mieter oder auf für kleine PV-Anlagen gibt es Ausnahmen.

Sofern die installierte Leistung einer PV-Anlage über 100 kW liegt, ist nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Direktvermarktung des erzeugten PV-Stroms vorgesehen. In diesem Fall muss die Anlage auch mit einer bestimmten Mess- und Übertragungstechnik ausgerüstet sein (z.B. Fernsteuerbarkeit), um dem Direktvermarkter den Zugriff auf die PV-Anlage zu ermöglichen.

Die Belieferung Dritter kann über Lieferverträge (sogenannte PPA) erfolgen. In der Ausgestaltung eines PPA ist die Gemeinde frei. Sofern die Gemeinde selbst den Vertrieb des erzeugten Stroms übernimmt, wird sie jedoch zum Energieversorgungsunternehmen und unterliegt deshalb bestimmten (Melde-)Pflichten.

5. Vergaberecht

Bei den verschiedenen Modellen ist jeweils zu prüfen, inwieweit es sich um einen vergaberechtlich relevanten Vorgang handelt, der dann von der Gemeinde ausgeschrieben werden muss. Reine Pachtverträge (ohne Beschaffungskomponente) müssen dann nicht vergaberechtlich ausgeschrieben werden, wenn marktübliche Pachten vereinbart werden. Die Beschaffung von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen muss hingegen europaweit ausgeschrieben werden, wenn diese bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Unterhalb dieser Schwellenwerte ist u.a. von Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften die Bekanntmachung des Bayerischen Innenministeriums zur Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich zu beachten. □

Difu-Praxishilfe:

Kommunale Wärmeplanung in kleinen Kommunen

Fast die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf die Erzeugung von Wärme. Daher ist die Umsetzung der Wärmewende, sprich die Erzeugung von Wärme durch erneuerbare Energien, von großer Bedeutung für den Klimaschutz und das Erreichen des Ziels Treibhausgasneutralität bis 2045. Kommunen können und müssen hier einen wichtigen Beitrag leisten, auch vor dem Hintergrund, dass Wärme nur begrenzt transportfähig ist und die Erzeugung erneuerbarer Energien lokal erfolgt.

Auch kleine Kommunen stehen vor der Herausforderung, ihre Wärmeversorgung nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten. Um diese Kommunen bei dem Prozess zu unterstützen, haben die Mitgliedskommunen des vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) koordinierten Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK) eine Praxishilfe entwickelt.

Das Impulspapier „Kommunale Wärmeplanung in kleinen Kommunen – Antworten auf 10 wichtige Fragen“ zeigt auf, warum und wie insbesondere kleine Kommunen die Wärmewende vor Ort als Chance sehen und ergreifen sollten. Systematisch zeigt es den Praktikern vor Ort die notwendigen Abwägungen und Schritte auf dem Weg zur Wärmeplanung auf. Ebenso bietet es Hinweise und Argumente mit Blick auf Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Wichtige Elemente einer kommunalen Wärmeplanung sind unter anderem Bestands- und Potenzialanalysen, Zielszenarien, Strategieentwicklung sowie die Berücksichtigung erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz sowie von Wärmenetzen.

Zudem wird darauf verwiesen, dass die Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung der Wärmeplanung einschließlich verschiedener Förderprogramme auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene geprüft werden sollten.

Entscheidend seien auch transparente Kommunikation und die Information der Bürger, um Akzeptanz und Unterstützung für die geplanten Maßnahmen zu gewinnen. Informationsveranstaltungen, Beteiligungsprozesse und die Einbindung lokaler Akteure seien hilfreich, um die Interessen und Bedürfnisse bei der Planung einzubeziehen.

Die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung sollten laut Praxishilfe in einem Wärmeplan zusammengefasst werden, der als Leitfaden für die zukünftige Wärmeversorgung der Gemeinde dient. DK

Konzessionsvergabe im Energiebereich

Kernforderungen von DSTGB, bbh und BET

Die Vergabe von Konzessionen im Bereich der Strom- und Gasnetze wird immer komplexer und beschäftigt zunehmend die Gerichte. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat deshalb zusammen mit der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held (bbh) und dem Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) ein Positionspapier vorgelegt, in dem „gesetzlicher Änderungsbedarf gegenüber einer neuen Bundesregierung“ geltend gemacht wird.

Damit die Gemeinden ihre örtliche Energiepolitik bestmöglich ausgestalten können, wird in dem Positionspapier „Kernforderungen bei der Konzessionsvergabe im Energiebereich“ insbesondere in den Punkten „Vereinfachung des Verfahrens und des verfahrensrechtlichen Rahmens im EnWG“, „Förderung einer integrierten Netzplanung“ und „Klare Regelungen im Bereich der Wasserstoffnetze“ Änderungsbedarf formuliert.

Laut Papier hat die Novellierung des Konzessionsverfahrens im Strom- und Gasbereich im Jahr 2017 aus heutiger Sicht einige Verbesserungen, aber nicht die geforderte Klarheit und Rechtssicherheit gebracht. „Zwar wurde beispielsweise durch das Rügeregime entlang der Verfahrensstufen der Neukonzessionierung die Rechtssicherheit etwas erhöht, zugleich stieg jedoch der Zeit- und Kostenaufwand bei den Verfahrensbeteiligten ebenso wie die Zahl gerichtlicher Auseinandersetzungen erheblich. Grundsätzlich gilt daher auch nach der letzten Novellierung, dass die Altkonzessionäre einen Wechsel des Konzessionsnehmers verzögern können und auch die Mittel hierzu haben.“

„In der Folge dauern betroffene Konzessionsvergabeverfahren bis zu ihrem endgültigen Abschluss viele Jahre und weit über das eigentliche Auslaufen des Konzessionsvertrages hinaus“, heißt es.

Das Ergebnis sei nicht nur ein vertragloser Zustand, in dem von den im Konzessionsvertrag vereinbarten Rechten und Pflichten allein die Zahlung der Konzessionsabgabe abgesichert ist, sondern auch, dass der bisherige Konzessionsnehmer bis zu einer Übergabe des Verteilnetzes an einen Nachfolger (in der Interimszeit) in der Regel wichtige grundlegende Investitionen in das Netz unterlässt und sich auf lediglich unabwendbare Ausgaben beschränkt.

Rechtsrahmen vereinfachen

Aus gemeindlicher Sicht stelle sich deshalb künftig mehr denn je die Frage, ob der Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung des Verfahrens noch in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis zu den Erträgen aus der Konzessionsvergabe steht. In allen genannten Bereichen seien daher Vereinfachungen und Optimierungen des Rechtsrahmens erforderlich.

Insbesondere für Gemeinden mit einer kleinen Verwaltungsstruktur (bis 25.000 Einwohner) seien umfangreiche Konzessionsverfahren ohne kostenaufwändige rechtliche und technisch-wirtschaftliche Beratung in vielen Fällen nicht durchführbar. Diese verfügten regelmäßig über zu wenig Personal, um ein Vergabeverfahren durchzuführen, welches einer gerichtlichen Überprüfung stand-

hält. In der Folge müssten externe Berater beauftragt werden. Und selbst dann drohten Kartellverfahren unterlegener Mitbewerber.

Erforderlich sei deshalb in diesen Fällen eine grundlegende Vereinfachung des Konzessionsvergabeverfahrens, die den wettbewerblichen Vorgaben entspricht, sowie eine zeitliche Flexibilisierung der Frist zur Verfahrensdurchführung aus dem „de minimis“ Gedanken heraus, wobei das Entstehen von Ewigkeitsrechten zu vermeiden ist. Hierzu sollte die Bundesnetzagentur ein Konsultationsverfahren von Gemeinden, Energiewirtschaft und weiteren Stakeholdern mit dem Ziel durchführen, weitere Verfahrensvereinfachungen zu prüfen und vorzuschlagen.

Um bei Rechtsstreitigkeiten über Konzessionsvergaben eine Zersplitterung der Rechtsprechung zu vermeiden, wird zudem vorgeschlagen, dass hierfür künftig das kartellvergaberechtliche Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern zur Anwendung kommt.

Nicht zuletzt ist die Rechtslage der Vergabe bei den Wegerechten für Wasserstoffnetze trotz der letzten Änderungen des Gesetzgebers weiterhin unklar. Dadurch kommt es zu erheblichen Rechtsunsicherheiten bei den Gemeinden. „Im Einzelnen“, so die Kritik, „ist nicht geregelt, ob das Vergabeverfahren für das einfache oder qualifizierte Wegerecht anzuwenden ist. Erforderlich ist eine rechtssichere Regelung für die Wegennutzung, aber auch bei der Konzessionsabgabe im Bereich des Energieträgers Wasserstoff.“ DK

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Kommunen fit für die Zukunft machen:

Chancen der Energiewende strategisch nutzen

Teil 3: Wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann

Die dramatischen Entwicklungen im Osten Europas haben die Verfehlungen der deutschen Klimaschutzpolitik der letzten Dekade sichtbar gemacht. Die Energieversorgung sichern, zugleich den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv forcieren und die vernachlässigten Klimaschutzziele konsequent umsetzen setzt nicht nur die Bundespolitik unter Druck, sondern auch die Kommunen vor Ort. Denn hier liegen große Potenziale, die es zur Zielerreichung in kurzer Zeit zu heben gilt.

In immer mehr Kommunen und Landkreisen werden für die Erarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzzielen Stellen geschaffen. Dabei sind die Erwartungen an den kommunalen Klimaschutz – häufig besetzt mit jungen Einzelkämpfern – hoch. Doch gerade in letzter Zeit mussten sich Kommunen und Landkreise immer wieder damit auseinandersetzen, dass Klimaschutzmanager oder -managerinnen in die Wirtschaft abwandern. Eine Nachbe-

setzung oder auch Besetzung einer neugeschaffenen Stelle wird zunehmend schwieriger. Was sind die Gründe dahinter? Gerät die Transformation in Landkreisen und Kommunen dadurch ins Stocken oder scheitert gar? Was muss passieren, damit kommunaler Klimaschutz gelingt?

Die Zeit drängt – viele Jahre wurden verschlafen. Was in Kommunen, Unternehmen und in Privathaushalten getan werden muss, ist längst hinreichend bekannt und in der Praxis bewährt. Das wissen auch die Klimaschutzmanager, die in vielen deutschen Kommunen und Landkreisen für diese komplexe Aufgabe verantwortlich gemacht werden. Sie stehen vor der Herausforderung, dass sie mit wenigen Ressourcen in kurzer Zeit eine riesige Transformation erreichen müssen. Dabei sind sie häufig als Einzelperson mit einer Verwaltung konfrontiert, die auf ihre jeweiligen

Aufgaben fokussiert ist und Klimaschutzaspekte als belastende Zusatzaufgabe sieht. Denn die Umsetzung von Energiewendemaßnahmen, meist dezidiert ausgearbeitet in Klimaschutzkonzepten, Energienutzungsplänen und weiteren Konzepten, ist nach wie vor keine kommunale Pflichtaufgabe!

So zeigt die Erfahrung im kommunalen Klimaschutz, dass der notwendige Veränderungsprozess selten an den Potenzialen und technischen Aspekten, sondern allzu häufig an fehlenden Ressourcen, unzureichendem Mindset, an mangelnder Unterstützung und Autorisierung, darüber hinaus auch gerade an sozialen und psychologischen Aspekten scheitert.

Ob Industrie oder Kommune: Die typischen Blockaden in Veränderungsprozessen sind ähnlich. Was aber macht die Umsetzung der so dringenden notwendigen Transformation schwierig? Eine Transformation, bei der Kommunen viel gewinnen können, sowohl für ihre kommunale Infrastruktur, Sicherheit und Attraktivität als auch für ihre Wertschöpfung vor Ort.

„Wir haben uns die Herausforderungen im kommunalen Umfeld genau angeschaut“, betont Kerstin Gollner, Expertin mit über 20-jäh-

riger Erfahrung in Veränderungsprozessen in der Industrie, „es kann schon an der fehlenden Zielsetzung scheitern, wenn es kein klares Bild, keine Leitplanken gibt, wie sich die Kommune konkret entwickeln und welche Art von Gemeinschaft sie darstellen soll.“

Allzu häufig entstehen auch Blockaden, wenn Parteipolitik über Sachpolitik gestellt wird. „Am Ende arbeiten Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gegeneinander: Die Politik stellt unrealistische Anträge und es hagelt Anfragen. Die Verwaltung reagiert passiv, weil es nicht mehr machbar ist und Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden und ungeduldig“, so die Beobachtungen der Beraterin, wobei Ähnliches durchaus auch in der Industrie zu sehen ist, wenn ein Veränderungsprozess zu scheitern droht. Schließlich fehlt es am konstruktiven Miteinander, Zielkonflikte und Hickhack zwischen den Abteilungen tun ihr Übriges. Keine oder auch zu mächtige oder zu komplexe Tools erschweren die Steuerung bei der Maßnahmenplanung und -umsetzung. Defizite kann es sowohl bereits an verpflichtenden Zielen als auch am Reporting, Tracking und vor allem Nachjustieren geben.

Doch hohe Anforderungen an Transformation sind keineswegs nur auf den kommunalen Klimaschutz begrenzt. Kommunen stehen in vielen Bereichen stetig wachsenden Herausforderungen gegenüber. Zugleich tragen sie eine hohe Verantwortung für die zukunftsfähige Gestaltung unserer Gesellschaft. Im Fokus stehen die Digitalisierung, budgetärer Druck und demografischer Wandel. Mehr und mehr drängen dazu auch Aufgaben zur Sicherung der Energieversorgung und zur

Nur 0,02 Prozent des Bayernlandes werden für Windkraft tatsächlich benötigt
In den Flächenzielen für den Windkraft-Ausbau sind große Abstandsflächen zwischen den Anlagen enthalten

Mit dem „Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land“ hat die Bundesregierung den Druck auf Länder mit bislang stockendem Windkraftausbau wie Bayern deutlich erhöht. Bis zum 31.12.2027 müssen in Bayern demnach 1,1 Prozent der Landesfläche für die Windkraft reserviert sein, bis zum 31.12.2032 sind es sogar 1,8 Prozent sogenannter Windvorrangflächen. „Flächenmäßig klingt das natürlich viel, wenn 1,8 Prozent der bayerischen Fläche nur für die Windkraft ‚reserviert‘ werden, doch dabei handelt es sich zum größten Teil um Abstandsflächen zwischen den einzelnen Windkraftanlagen“, erklärt Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW. <https://t1p.de/hkwsb>. □

Vorsorge vor Klimawandelfolgen in den Vordergrund.

Synergien nutzen für kommunale Aufgaben

Für die Lösung dieser zunehmend komplexen kommunalen Aufgaben wird es auf ein konstruktives Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ankommen. Der Anspruch an Transparenz und Beteiligung wächst, ebenso aber auch die Bereitschaft zur Mitwirkung vieler aus der Bürgerschaft. Das haben gerade im Bereich der Energiewende vielfältige Bürgerprojekte gezeigt. Hier, bei einer der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft, wird sich entscheiden, ob die Kommunen die Potenziale und Chancen für eine Transformation zu nutzen wissen, eine Transformation, die auch viele andere kommunale Schlüsselfunktionen fit für die Zukunft machen kann.

Was in der Industrie seit vielen Jahren erfolgreich für Verän-

derungsprozesse eingesetzt wird, wird auch im kommunalen Bereich die Akteure befähigen, Veränderungsprozesse strategisch und effizient zu gestalten, Stakeholder einzubinden und mit Widerständen konstruktiv umzugehen. Über diese Organisationsentwicklung kann es gelingen, Innovation und notwendige Prozesse vor Ort nachhaltig zu gestalten und zu steuern – kurzum, die Kommune fit für die Zukunft zu machen. **Bärbel Zankl***

*Bärbel Zankl ist Ingenieurin für Physikalische Technik/Schwerpunkt Umwelttechnologie mit langjähriger Erfahrung in unterschiedlichsten Aufgabenfeldern. In der 2014 neu gegründeten Energieagentur Ebersberg ist sie vor allem für die Aufgabenbereiche Öffentlichkeitsarbeit und LED-Beratung zuständig. Seit vielen Jahren auch ehrenamtlich unterwegs, engagiert sie sich nun verstärkt für Transformationsmanagement im kommunalen Klimaschutz und in Windenergieprojekten. **DK**

Kommunen fit für die Zukunft machen

Teile 1 und 2

Teil 1 „Komplexe Herausforderungen im kommunalen Klimaschutz“ erschien in **GZ Nr. 8 am 20.4.2023**.

Teil 2 „Gut aufgestellter kommunaler Klimaschutz lohnt sich“ erschien in **GZ Nr. 11 am 02.06.2023**.

Energiegenossenschaft stellt Jahresergebnis auf Generalversammlung vor:

EGIS eG: Größter Bürgersolarpark Deutschlands

Ausschüttung von sechs Prozent Dividende

Neuötting – Die EGIS eG schließt mit einem herausragenden Jahresergebnis das Geschäftsjahr 2022 ab. Dies gab die Energiegenossenschaft Ende Juni auf ihrer Generalversammlung bekannt. Mit einem Jahresüberschuss von 4,38 Millionen Euro (2021: 0,58 Millionen Euro) blickt die EGIS eG auf ein Ausnahmehjahr zurück. Sie schüttet Gewinne in Höhe von knapp 700.000 Euro an ihre Mitglieder aus. Das entspricht einer Dividende von 6 Prozent.

Die Erneuerbare-Energien-Anlagen der EGIS eG erzeugten im vergangenen Jahr 55 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom und sparten fast 24.000 Tonnen CO₂ ein. Mit den Projekten im laufenden Jahr wird sich die Gesamtenergieausbeute etwa verdoppeln. Herausragendes Projekt des vergangenen Jahres ist der Baustart des Photovoltaikparks im unterfränkischen Bundorf – dem größten Bürgersolarpark Deutschlands.

Wir in den kommenden Jahren die Energiewende durch unsere Genossenschaft noch wirkungsvoller vorantreiben“, informiert Pascal Lang. An der Generalversammlung beteiligten sich 182 Mitglieder in Anwesenheit und virtuell, turnusmäßig fanden keine Wahlen statt. Vorstand und Aufsichtsrat wurden mit großer Mehrheit entlastet.

2022: 55 Millionen kWh erneuerbare Energie

Überdurchschnittliche Erträge

Der Umsatz der EGIS-Gruppe lag 2022 bei knapp 11,3 Millionen Euro (2021: 4 Millionen Euro). Das Eigenkapital der EGIS eG stieg von 11 Millionen Euro auf 19 Millionen Euro. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich damit von 79,8 Prozent auf 82,1 Prozent. Gründe für die guten Zahlen sind neben den hohen Energiepreisen des vergangenen Jahres die überdurchschnittlichen Erträge der Erneuerbaren-Anlagen. Mit sechs Prozent Dividende erreicht die Genossenschaft ein neues Rekordhoch. „Unsere über 1.900 Mitglieder ermöglichen mit ihrem Kapital viele Erneuerbare-Energien-Projekte. Wir möchten, dass Menschen, die sich aktiv für die Energiewende einbringen, von ihrem Engagement auch finanziell profitieren“, erklärt Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Eine Mitgliedschaft ist aktuell ab einer Einlage von 150 Euro möglich. Im vergangenen Jahr schlossen sich rund 300 neue Mitglieder der Genossenschaft an.

„Neben der Ausschüttung an unsere Mitglieder nutzen wir die Gewinne von 2022 für Investitionen. Mit ihnen bringen

„Wer den Wandel vorantreiben will, engagiert sich zielstrebig. Das ist das Credo unserer Energiegenossenschaft: Wir reden nicht, sondern handeln“, benannte Pascal Lang das Leitbild der EGIS eG. „Mit ihrem Engagement sorgen unsere Mitglieder auch dafür, dass die Erneuerbare-Energien-Anlagen in Bürgerhand bleiben. Das zahlt sich sowohl finanziell als auch in ideeller Hinsicht aus.“ Die Genossenschaft verfügt über 23 Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen in ganz Deutschland und betreibt ein gut acht Kilometer langes Fernwärmenetz. Die elektrische Gesamtleistung beträgt 51 Megawattpeak, die installierte Speicherkapazität 7,2 Megawatt. Die EGIS eG versorgt eine wachsende Anzahl von Kundinnen und Kunden mit Öko-Strom und Fernwärme. Die Genossenschaft unterhält außerdem ein Netz an öffentlichen Ladepunkten in der Region Inn-Salzach.

Leuchtturmprojekt in Unterfranken

Im Oktober 2022 startete die Genossenschaft mit dem Bau eines der größten Photovoltaik-

parks in Bayern. Das im unterfränkischen Landkreis Haßberge gelegene Projekt umfasst 125 Hektar. Mit einer Leistung von 125 Megawattpeak wird der PV-Park zukünftig jährlich rund 131 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen. Damit können rechnerisch über 37.500 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt werden. Das spart etwa 90.000 Tonnen CO₂ jährlich ein. Im September 2023 soll die Freiflächenanlage in Betrieb gehen. Sie wird zu etwa 30 Prozent in Bürgerhand verbleiben. Mit diesem Anteil (rund 38,5 Millionen Kilowattstunden jährlich) ist sie dann der größte Bürgersolarpark in Deutschland.

Ein weiteres Projekt der EGIS eG ist das Fernwärmenetz in Bundorf, welches zum großen Teil über Strom aus dem Solarpark und Wärmepumpen betrieben werden soll. Der Baustart war bereits im Mai 2023. Parallel baut die Genossenschaft die E-Ladeinfrastruktur in Bundorf und den umliegenden Gemeindeteilen aus.

2023: 60 Millionen kWh erneuerbare Energie geplant

„Im laufenden Geschäftsjahr realisieren wir Projekte, deren Stromausbeute unsere bisherige etwa verdoppeln wird. Zusammen mit den bestehenden Anlagen sind es 115 Millionen Kilowattstunden erneuerbare Energie jährlich“, freute sich Pascal Lang. Zu den laufenden Projekten der EGIS eG zählen eine 14 Megawattpeak große Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Kraiburg am Inn (Bayern) sowie Solarparks mit jeweils 3,5 Megawattpeak Nennleistung im schleswig-holsteinischen Landkreis Dithmarschen und im Landkreis Kitzingen (Bayern). Alle Erneuerbaren-Anlagen sollen in Bürgerhand verbleiben.

Weitere Informationen zur EGIS EnergieGenossenschaft unter www.egis-energie.de. □

Hochradioaktiver Abfall:

Neue Forschungsk Kooperation für die sichere Entsorgung

Wie lange sind Behälter mit hochradioaktivem Abfall technisch sicher? Und welcher Behälter eignet sich für welches Endlager? Dazu hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zwei neue Forschungsprojekte unter Federführung der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) initiiert. Beide Projekte sind im April 2023 gestartet und haben jeweils eine Laufzeit von drei Jahren.

„Für das BASE steht als Genehmigungsbehörde die Sicherheit der nuklearen Entsorgung an erster Stelle. Auch nach dem Abschalten der letzten Reaktoren müssen die radioaktiven Hinterlassenschaften zunächst oberirdisch in Zwischenlagern und später in tiefen geologischen Formationen in einem Endlager sicher aufbewahrt werden. Das BASE hat ein Forschungsprogramm initiiert, das in beiden Themenbereichen sicherheitstechnische Aspekte der Behälter unter die Lupe nimmt“, so Jochen Ahlswede, Leiter der Abteilung Forschung und Internationales im BASE. Auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werde in den Projekten eine Rolle spielen.

„Die sichere Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle für viele Jahrzehnte stellt sehr hohe Anforderungen an die Materialien der Transport- und Lagerbehälter“, so Dr. Holger Völzke, Leiter des BAM-Fachbereichs Sicherheit von Lagerbehältern. „Wir untersuchen hierzu beispielsweise die Langzeitbeständigkeit der Dichtungen, um diese auch für eine verlängerte Zwischenlagerung von mehr als 40 Jahren bewerten zu können. Andererseits entwickeln wir Anforderungen und Prüfkriterien für die späteren Endlagerbehälter, auf deren Grundlage diese entwickelt und geprüft werden können.“

Behälter bleiben mehrere Jahrzehnte in Zwischenlagern. Derzeit lagert der in Deutschland angefallene hochradioaktive Abfall in Transport- und La-

gerbehältern in 16 deutschen Zwischenlagern. Die Behälter sind für eine Zwischenlagerung von 40 Jahren genehmigt. Die ersten Genehmigungen laufen 2034 und damit vor Bereitstellung eines Endlagers aus. Die Betreiber müssen daher rechtzeitig neue Genehmigungen beantragen.

Behältersystem ist wichtige Komponente im Endlager

Zusätzliche Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwieweit die Transport- und Lagerbehälter den hochradioaktiven Abfall auch über längere Zwischenlagerzeiträume weiterhin sicher einschließen, ist das Ziel des Forschungsprojekts „Erweiterte Langzeituntersuchungen an Metallabdichtungen mittels kontinuierlicher Kraftmessung im verpressten Zustand“. Im Fokus stehen dabei die Metallabdichtungen der Behälter. In dem Forschungsprojekt werden sie in speziell entwickelten Versuchsvorrichtungen über längere Zeiträume verschiedenen thermischen und mechanischen Belastungen ausgesetzt. Mit Hilfe der dabei gewonnenen Messdaten können dann verbesserte Prognosemodelle zu ihrem Langzeitverhalten entwickelt werden.

„Klar ist allerdings: Zwischenlager und die darin lagernden Behälter können den notwendigen Schutz von Mensch und Umwelt nur für eine begrenzte Dauer gewährleisten. Langfristig müssen die hochradioaktiven Abfälle in jedem Fall in ei-

nem Endlager in tiefen geologischen Formationen sicher aufbewahrt werden“, erläutert Ahlswede.

Welcher Endlagerbehälter sich für welchen Gesteinstyp des späteren geologischen Endlagers eignet, dieser Frage geht daher das Forschungsprojekt „Konkretisierung der Anforderung an Endlagerbehälter und Entwicklung von Prüfkonzepten“ nach. Dazu werden die verschiedenen Anforderungen hergeleitet, denen die Behälter in Steinsalz, Ton- oder Kristallgestein genügen müssen, um die notwendigen Sicherheitsfunktionen zu erfüllen. Zum Hintergrund: Die Frage, in welchem Gesteinstyp in Deutschland ein Endlager errichtet wird, wird in einem aufwändigen Auswahlverfahren – auf Grundlage des Standortauswahlgesetzes sorgsam entschieden. Daher müssen bereits im Verlauf des Auswahlverfahrens geeignete Behälterkonzepte als wesentlicher Bestandteil der möglichen Endlagerkonzepte entwickelt werden.

Im zweiten Forschungsprojekt werden daher nicht nur die Anforderungen an die Behälter selbst konkretisiert, sondern auch mögliche Prüf- und Bewertungsmaßstäbe entwickelt, nach denen entschieden werden kann, welche Behälterbauart letztlich am besten geeignet ist. Hierbei beziehen die Forschenden die internationale Entwicklung von Behälterkonzepten mit in ihre Arbeit ein.

Die erarbeiteten Ergebnisse wird das BASE im Hinblick auf Sicherheitsfragen in der Zwischen- und Endlagerung auswerten und veröffentlichen. Die Abschlussberichte der beiden Projekte werden als Open-Access-Publikation öffentlich zugänglich sein. □

Landkreise Landshut, Kelheim, Freising und Dingolfing-Landau:

Bayernwerk investiert Rekord-Summe in modernes Stromnetz

Rund 323 Millionen Euro steckt die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) in diesem Jahr in die Instandhaltung und den Ausbau ihrer ostbayerischen Stromnetze, rund 46 Millionen davon im Gebiet des Bayernwerk-Kundencenters Altdorf. Damit investiert das Bayernwerk in die Leistungskraft des regionalen Verteilnetzes und schafft die notwendigen Netzkapazitäten für die Einspeisung Erneuerbarer Energien und die sichere Versorgung von Haushalten und Unternehmen. Einzelne Projekte hat das Bayernwerk am Altdorfer Kundencenter vorgestellt.

„Wir unterstützen und tragen das Ziel eines klimaneutralen Bayerns bis 2040 mit. Unsere Aufgaben als regionaler Stromnetzbetreiber haben sich mit der Energiewende und dem enormen Anschlussboom seit verganginem Jahr stark verändert“, erklärte André Zorger, Leiter des Kommunalmanagements in Ostbayern. Besondere technische und technologische Anforderungen stellen der Anschlussboom und der hohe Anteil regenerativer Energie im Bayernwerk-Netz. Dank aktuell über 390.000 in das Stromnetz eingebundener dezentraler Einspeiseanlagen, größtenteils Photovoltaik, verteilt das Bayernwerk heute schon zu über 70 Prozent regenerativen Strom.

„Um das gesellschaftliche Ziel eines klimaneutralen Freistaats bis 2040 zu erreichen, müssen sich die politischen Rahmenbedingungen für Netzbetreiber verbessern: schnellere Genehmigungsverfahren, Entbürokratisierung und ein Landesbedarfsplangesetz sind einige der zehn Punkte, die das Bayernwerk als Forderungen an die Politik formuliert hat“, betonte Zorger. Eine große Herausforderung für den Netzbetreiber bleibe die stark zunehmende Zahl an Anschlussanfragen für Erneuerbare-Energien-Anlagen. Insgesamt habe sich die Zahl der monatlichen Anfragen beim Bayernwerk von 3000 auf 6000 Anträgen pro Monat verdoppelt – Tendenz weiter steigend. Neben der wachsenden Einspeiserzahl steigen durch Elektromobilität, Rechenzentren und Wärmepumpen auch auf Bezugsseite die Anforderungen.

Trotz technologischer Entwicklungen, Automatisierungen und digitaler Lösungen führe jedoch kein Weg am klassischen Netzbau vorbei. „Unser wichtigstes Produkt bleibt die sichere Versorgung der Menschen mit Energie“, betonte Kundencenter-Leiter Michael Kollmeder. Dazu müsste die Bayernwerk Netz als Bayerns größter Verteilnetzbetreiber die Netze Instand halten, modernisieren und ausbauen. Nach jährlich zunehmenden Reinvestitionen in den vergangenen Jahren

liege das Investitionsvolumen des Bayernwerk im Jahr 2023 bei gesamt 790 Millionen Euro. „Das Verteilnetz ist die Steuerzentrale der Energiewende. Mit unseren Netzinvestitionen rüsten wir unsere Infrastruktur für die Zukunft. Zusammen mit anderen Netzbetreibern stehen wir im Mittelpunkt der Transformation des Energiesystems“, betonte Kollmeder.

In ganz Bayern sind etwa 700.000 PV-Anlagen mit 16.000 Megawatt Leistung ans Stromnetz angeschlossen. Die Zahl und die Größe der Erneuerbaren-Energien-Anlagen wachsen stetig. Bis 2030 soll sich die installierte PV-Leistung verdreifachen. Das Bayernwerk reagiert auf die Herausforderung und den großen Netzausbaubedarf mit Rekordinvestitionen. Der Verteilnetzbetreiber rechnet im Zeitraum 2021 bis 2024 in Summe mit einem Investitionsvolumen von rund 2,9 Milliarden Euro.

Das Kundencenter-Gebiet Altdorf umfasst 89 Gemeinden in den Landkreisen Landshut, Dingolfing-Landau, Regensburg sowie einzelne angrenzende Kommunen. Das Bayernwerk ist hier Energieversorger von rund 441.000 Einwohnern. Zusammen stellten Andreas Hager, Servicegruppenleiter für die Hochspannung sowie Kundencenter-Leiter Michael Kollmeder und Netzbauleiter Christoph Wagensohn beispielhaft für die Bau- und Instandhaltungstätigkeiten der Bayernwerk Netz in der Region einzelne Projekte vor:

Nieder- und Mittelspannung

Auch im Versorgungsgebiet des Kundencenters Altdorf ist die Energiewende in vollem Gange. In zahlreichen Kommunen wird daher das Netz verstärkt. So erhält unter anderem Neufahrn in Niederbayern auf einer Länge von rund zwei Kilometern stärkere Mittelspannungsleitungen. Durch die leistungsfähigen Erdkabel kann künftig mehr Strom aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen im Netz verteilt werden. Außerdem integrieren die Techniker ei-

ne digitale Ortsnetzstation. Rund 440.000 Euro wendet das Bayernwerk für die Maßnahme auf, die bereits seit Mai läuft und bis August 2023 abgeschlossen sein soll.

Auch über den Baufortschritt des derzeit größten Mittelspannungs-Projektes am Kundencenter Altdorf mit einem Volumen von rund fünf Millionen Euro informierten die Techniker: Bei einer Netzverstärkungsmaßnahme rund um Landau ersetzt das Bayernwerk fünfeinhalb Kilometer Freileitungen durch Erdkabel und sorgt im Zuge dessen auch für mehr Netzkapazität. Die aufwändige Spülbohrung in bis zu 15 Metern Tiefe unter der Isar hindurch schlossen die Energieexperten bereits erfolgreich ab. Der Abbau der Freileitungsmasten erfolgt im Laufe des kommenden Jahres.

Digitale Ortsnetzstationen sorgen für mehr Flexibilität im Netz. Diese wird unter anderem für die schwankende Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie benötigt. Ein regelbarer Ortsnetztrafo gleicht Schwankungen im Energieverbrauch und bei der Einspeisung erneuerbarer Energien automatisch aus. Dank der digitalen Stationen können mehr Erzeugungsanlagen ans Netz. Sie sind fernsteuerbar und liefern kontinuierlich Daten. So auch in Münster bei Rottenburg an der Laaber, wo die Techniker neben einem halben Kilometer Mittelspannungskabel auch eine digitale Ortsnetzstation errichten. Von Juli bis voraussichtlich Ende September dauern die Arbeiten, die sich in Summe auf rund 120.000 Euro belaufen.

Die Versorgungssicherheit steht bei einer Netzbaumaßnahme zwischen Haberalthaus und Schneitberg im Fokus. Hier ersetzen die Techniker rund einen halben Kilometer Mittelspannungs-Freileitung durch eine leistungsstarke Stromleitung, die künftig unter der Erde verläuft. Damit sind die Kabel vor äußeren Einflüssen, beispielweise Baumeinfall geschützt. Die Arbeiten, für die das Bayernwerk rund 70.000 Euro investiert, werden noch im Juni 2023 abgeschlossen.

Wenn neue Bau- oder Gewerbegebiete entstehen, denkt das Bayernwerk die Energiezukunft gleich mit. Auch das Baugebiet „Am Hardt Ost“ in Sünching ist für die künftigen Energieflüsse vorbereitet. Die neuen Mittel- und Niederspannungsleitungen, für deren Bau das Bayernwerk rund 100.000 Euro aufwendet, sind für

die Einspeisung aus Erneuerbaren Energien und den steigenden Verbrauch, zum Beispiel durch E-Mobilität und Wärmepumpen, ausgelegt. Eine digitale Ortsnetzstation sorgt dabei für die nötige Intelligenz im Netz.

Leistungsfähigkeit stand im Fokus der bereits abgeschlossenen Maßnahme für den Wasserstoffpark in Pfeffenhausen. Bereits bis Februar dieses Jahres verlegten die Techniker über acht Kilometer besonders robuste Mittelspannungskabel für das Gewerbegebiet. Die Kosten für die Erschließung des Quartiers beliefen sich auf rund 1,4 Millionen Euro. Auf dem Gelände des künftigen Wasserstoffparks sollen ein Elektrolyseur, das nationale Wasserstoffzentrum und ein Wasserstoff-Gewerbepark entstehen.

Hochspannung und Spezialnetze

In Landshut und in Pfornbach im Landkreis Freising investiert das Bayernwerk derzeit in die Erneuerung von Umspannwerken. Als Netzknoten verbinden sie das Mittelspannungsnetz mit der Hochspannung.

In Landshut wird ein Teil des bestehenden Umspannwerks erneuert. Mit der Modernisierung, der rund 1,8 Millionen Euro kostet, erhöht das Bayernwerk die Kapazitäten dieses Netzknotens. In diesem Jahr haben die Bauarbeiten begonnen, Ende 2024 soll die Erneuerung abgeschlossen sein.

Durch die Modernisierung des Umspannwerks in Pfornbach erhöht das Bayernwerk für rund 4,5 Millionen Euro die Kapazitäten der Anlage, um mehr lokal erzeugten Strom in das Verteilnetz zu bringen. Mit den Arbeiten wurde im Mai begonnen, im Herbst dieses Jahres erwartet das Bayernwerk die Lieferung der neuen Transformatoren für das Umspannwerk. Im Sommer 2024 soll die Erweiterung der Anlage fertig sein.

Im Landkreis Kelheim entsteht darüber hinaus gerade eine neue Hochspannungsleitung, die das Umspannwerk bei Bachl in der Gemeinde Rohr in Niederbayern mit der Freileitung zwischen Sittling und Regensburg verbindet wird. Die neue Erdkabelleitung schließt so das Umspannwerk an das Hochspannungsnetz an und ermöglicht, dass mehr Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien ans Netz gehen können. Für das rund sieben Kilometer lange Erdkabel durch die Gemeinden Rohr und Saal an der Donau nimmt das Bayernwerk rund 11 Millionen Euro in die Hand. Seit Frühjahr 2023 wird gebaut, bis Sommer kommenden Jahres soll das neue Erdkabel in Betrieb gehen. □



Am Altdorfer Bayernwerk-Kundencenter im Einsatz: Dr. André Zorger, Andreas Hager, Tobias Brockel, Christoph Wagensohn und Kundencenter-Leiter Michael Kollmeder (v.l.).

Bild: Johanna Härter / Bayernwerk Netz GmbH

PwC-Studie:

Deutschlands Süden droht ein Wasserstoffengpass

Laut einer Studie der Strategieberatung PwC Strategy& gewinnen die Vorbereitungen der deutschen Industrie für eine Wasserstoffwirtschaft an Fahrt. Jedoch drohe dem Süden der Republik eine Versorgungslücke, warnen die Energieexperten in München.

„In einigen Industrien laufen die Vorbereitungen für die Wasserstoffwirtschaft bereits auf Hochtouren. Stahlwerke etwa experimentieren längst mit Pilotanlagen, um auf Basis grünen Wasserstoffs fossilfreien Stahl zu produzieren. Halbleiterfabriken planen eigene Elektrolysekapazitäten und Mineralölschlacke wollen grünen Wasserstoff nutzen, um ihre Scope-1-Emissionen zu reduzieren“, heißt es in der Studie. Dagegen setzten Bereiche wie die Chemie- oder Zementindustrie bislang vor allem auf die Elektrifizierung ihrer Prozesse oder nutzten Technologien wie das Auffangen und Nutzen von CO₂, um ihre Klimaziele zu erreichen. In Sektoren wie der Nahrungsmittelindustrie oder im Maschinenbau spiele das Thema nur in Nischen eine Rolle.

Insgesamt werde sich der Einsatz grünen Wasserstoffs auf sechs Kernindustrien konzentrieren und sich als erstes dort durchsetzen, wo Wasserstoff als Molekül oder als Hochtemperatur-Brennstoff verwendet wird. „Bis 2030 werden somit 80 Prozent der Wasserstoffnachfrage auf die Stahlindustrie, die Halbleiterbranche, der Mineralölsektor sowie die Chemie-, Keramik und Glasindustrie entfallen.“

Bundesweit werden sich sieben regionale Wasserstoffzentren entwickeln und zusammen über 90 Prozent des H₂-Verbrauchs ausmachen. Größter Abnehmer wird dabei voraus-

sichtlich das Rhein-Ruhr-Gebiet mit seiner Stahl- und Chemieindustrie. Außerdem zählen das Saarland, die Oberpfalz, das Dreieck Frankfurt-Stuttgart-Würzburg, die Achse Bremen-Hamburg sowie die Region Berlin-Leipzig-Magdeburg nach aktuellen Einschätzungen zu den großen Wasserstoff-Hubs.

Doppelte Versorgungslücke

„Während weite Teile des Landes mit einem 5.100 km langen Leitungsnetz versorgt werden sollen, zeichnet sich im Süden eine doppelte Versorgungslücke ab“, betonen die Strategieberater. Nach aktuellem Stand sei beispielsweise für die Achse Freiburg-München bis 2030 weder eine ausreichende Anbindung an das europäische Wasserstoffnetz sichergestellt, noch werde die Region über ausreichend PV- oder Windkraftanlagen verfügen, um grünen Strom aus dem Norden zu versorgen. Dabei werde gerade im Süden die zweithöchste Nachfrage nach Wasserstoff erwartet.

Aktuell sind in Deutschland 120 Wasserstoffprojekte in Planung, im Bau oder bereits in Betrieb und stellen etwa fünf Gigawatt (GW) Elektrolyse-Leistung bereit. Bis 2030 könnten diese Kapazität auf 30 GW wachsen. **DK**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN LIVE

- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

VDV-Jahrestagung in Leipzig:

Mehr bewegen

Im Rahmen der diesjährigen VDV-Jahrestagung in Leipzig diskutierten rund 800 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Verkehrsunternehmen zum Leitmotiv „Mehr bewegen“ die drängenden Themen der Branche – vom Wachstum bei den Güterbahnen über den erheblichen Personalbedarf in allen Bereichen und welche Lösungen die Branche beim Deutschland-Ticket anbieten kann, bevor es andere tun.

Laut Burkhard Jung, Leipziger Oberbürgermeister und Vizepräsident des Deutschen Städte- tags, ist die Mobilitätswende unter anderem eines der größten Instrumente, um eine CO₂-Reduzierung zu erreichen. Es gehe darum, die Mobilität nach Jahrzehnten der Fokussierung auf den Pkw neu zu gestalten. Hier werde der ÖPNV „das Rückgrat einer neu organisierten Mobilität“ bilden, erklärte Jung.

Aus seiner Sicht wäre es bei der Einführung des Deutschland-Tickets von Vorteil gewesen, hätte man zuvor in Infrastruktur und Angebot investiert. Die Frage der auskömmlichen Finanzierung des Tickets bereite ihm Kopfzerbrechen, so Jung. Dem billigen Ticket müsse nun unbedingt ein ÖPNV-Ausbau folgen.

Deutschlandticket

Apropos Deutschlandticket: Nach Branchenangaben hat das am 1. Mai eingeführte bundesweite ÖPNV-Abo für 49 Euro im Monat vieles bewegt. Stand Mitte Juni wurden bis zu 11 Mio. Abos verkauft. Davon sind etwa 46 Prozent umgestellte ÖPNV-Abonnements, also von Fahrgästen, die bereits Stammkunden waren und nun in das günstigere Deutschland-Ticket-Abo gewechselt sind. Darüber hinaus gibt es rund 44 Prozent Neuabonnenten, die in der Vergangenheit den ÖPNV bereits genutzt haben und mit dem Deutschland-Ticket jetzt aus teureren und damit einnahmestärkeren Ticketangeboten in das günstige Abo wechseln.

Die Quote an Neukunden, die bisher so gut wie nie Bus und Bahn gefahren sind, ist leicht gestiegen und liegt aktuell bei rund 8 Prozent. Erstmals liegen nun auch bundesweite Daten zur Nutzung des D-Tickets vor: Nach aktuellem Stand haben im Juni etwa 9,6 Mio. Fahrgäste das Deutschland-Ticket genutzt, während es im Vormonat etwa 9 Mio. waren. Nach den Worten von VDV-Präsident Ingo Wortmann „zeigen die aktuellen Zahlen und die Entwicklung seit dem Start des Deutschland-Tickets, dass dieses Angebot für viele Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist. Das Ticket wirkt dabei in zwei Richtungen: Zum ei-

nen bewegt es die Menschen zum Umstieg oder zur häufigeren Nutzung des klimafreundlichen ÖPNV und unterstützt damit die Klimaschutzziele im Verkehrssektor. Und zum anderen sorgt das günstige Deutschland-Ticket bei vielen Pendlerinnen und Pendlern für finanzielle Entlastung in ihrer alltäglichen Mobilität. Wenn sich die Nachfrage weiter so entwickelt, dann werden wir die von der Branche prognostizierten Verkaufszahlen in der nächsten Zeit erreichen.“

„Allerdings müssen wir auch berücksichtigen, dass mit einer bundesweiten Nutzung des Tickets auch eine Erwartungshaltung einhergeht, die wir nicht immer adäquat einlösen können“, räumte Wortmann ein. „Die Fahrgäste kaufen dieses Ticket nicht nur, weil es günstig ist, sondern auch weil sie es überall in Deutschland nutzen wollen. Aber die Angebotsdichte und Qualität des ÖPNV sind bundesweit sehr unterschiedlich: In den Ballungsräumen brauchen wir bei gutem Angebot dringend zusätzliche Kapazitäten. Und in vielen ländlichen Räumen brauchen wir ebenso dringend insgesamt ein besseres Angebot. Deshalb ist es von immenser Bedeutung, dass nach dem Deutschland-Ticket jetzt das Deutschland-Angebot im ÖPNV folgt. Hierzu werden wir in den kommenden Monaten intensiv mit Bund und Ländern in den fachlichen Austausch gehen. Wir müssen den Schwung des Deutschland-Tickets nutzen, um den ÖPNV bundesweit nachhaltig auf ein neues Qualitätsniveau zu heben.“

Begleitende Marktforschung

Im Auftrag von Bund und Ländern koordiniert der VDV die bundesweite begleitende Marktforschung. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Hauptgründe für den Kauf des Deutschland-Tickets die bundesweite Gültigkeit (41 Prozent) und der günstige Preis (36 Prozent) sind. Immerhin 18 Prozent der Befragten gaben als Kaufgrund an, dass sie damit bewusst auf Autofahrten verzichten. 22 Prozent nannten als Kaufgrund den Umweltschutz. Bei den Gründen, das D-Ticket nicht zu kaufen wurde der grund-

sätzlich fehlende Bedarf („lohnt sich für mich nicht/würde ich zu selten nutzen“) mit 41 Prozent am häufigsten genannt, gefolgt vom fehlenden Bedarf für ein ÖPNV-Abo (38 Prozent). 26 Prozent der Befragten gaben an, dass sie kein deutschlandweites ÖPNV-Ticket benötigen. Den Ticketpreis in Höhe von 49 Euro empfinden nur 11 % der Nichtkäufer als zu teuer und damit als Grund, das Ticket nicht zu kaufen. 6 Prozent geben an, dass sie sich den Preis nicht leisten können. Bei der Frage nach dem erworbenen Ticketformat, d.h. in welcher Form das Deutschland-Ticket gekauft wurde, liegt die digitale Variante auf dem Smartphone mit weitem Abstand vorne (49 Prozent), gefolgt von der Chipkarte (37 Prozent) und dem Papierticket (11 Prozent). Von den zur Verfügung stehenden Ticketvarianten haben fast zwei Drittel der Befragten das Deutschland-Ticket als „Standard-Ticket“ erworben (75 Prozent), immerhin schon 18 Prozent haben ein Deutschland-Ticket als Job- oder Firmenticket.

Branchenumfrage zum Güterverkehrsmarkt

Zur Jahrestagung in Leipzig legte der VDV zudem die Ergebnisse der 2. Branchenumfrage „Personalbedarf bei den Güterbahnen in Deutschland“ vor. „Wir erleben bei den Güterbahnen die Wachstumsstory, für die wir hart gearbeitet haben. Doch neben bestimmten politischen Rahmenbedingungen ist es vor allem der Fach- und Arbeitskräftemangel, der zum Hemmschuh für mehr Wachstum wird: Die Güterbahnen könnten bis zu 50 Prozent mehr Aufträge annehmen. Wir sind mitten in der Transformation, umso wichtiger ist es, dass wir uns mit der Politik an den Masterplan Schienengüterverkehr und dessen Aussagen zur Personalbeschaffung und -entwicklung halten. Dabei sind auch Bund und Länder gefordert, etwa bei der verkehrsträgerübergreifenden Gleichstellung der personellen Fördermaßnahmen, bei der Einführung von verpflichtenden Inhalten in der Ausbildung für Speditionskaufleute oder bei der Harmonisierung beruflicher Bildungswege“, unterstrich VDV-Vizepräsident Joachim Berends.

Die in dieser Form unter den Güterbahnen einmaligen Umfrage mit 38 Unternehmen zeichnet ein klares Bild beim Personalbedarf: 24 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie 2022

aus personellen Gründen ihren Betrieb zeitweilig einschränken mussten. Die größte Herausforderung bei zu besetzenden Stellen sehen die Unternehmen beim Personal für den Fahrbetrieb (40 Prozent), bei gewerblich-technischen Personal (24 Prozent) und bei Ingenieurinnen und Ingenieuren (13 Prozent). Laut VDV lässt die positive Entwicklung bei den Güterbahnen das zuletzt vorgelegte Gutachten des Bundesverkehrsministeriums in einem fraglichen Licht erscheinen, wonach der Marktanteil bis 2050 auf nur noch 17,3 Prozent im Vergleich zu 2019 sinken wird.

Ökobilanz im Visier

„Die Prognose bildet die Lage im Güterverkehrsmarkt nicht ab“, stellte Berends fest. „Im letzten Jahr stieg trotz widriger Umstände der Modal-Split-Anteil der Güterbahnen gegenüber 2021 um 0,2 Prozentpunkte auf 19,8 Prozent. 2019 waren es noch 18,5 Prozent: Speditionen und die verladende Wirtschaft drängen auf die Schiene, weil sie wissen, dass die Straßen voll und die Lkw-Fahrerkabinen leer sind – und bleiben. Sie wissen auch, dass die Maut für Lkw steigen wird. Entlang der Wertschöpfungskette fragen Händler und Verbraucher zunehmend die Ökobilanz ab – und da möchten die Logistiker klimafreundlichere Antworten geben können. Die Wirtschaft handelt also schon, das sollte auch von der Verkehrspolitik erkannt werden.“

Darüber hinaus weist der VDV darauf hin, dass auch das Potenzial der frühzeitigen Verlagerung vom Lkw auf die Schiene stärker in den Blick genommen werden müsse. „Nehmen wir den kombinierten Verkehr, der dem Schienengüterverkehr kontinuierlich jährliche Wachstumsraten beschert: In den letzten zehn Jahren legte das Transportvolumen im Kombinierten Verkehr um rund 26 Prozent zu. Allein im Jahr 2021 verzeichnete der KV in Deutschland ein deutliches Plus von jeweils rund zehn Prozent sowohl bei der Verkehrsmenge als auch bei der Verkehrsleistung gegenüber dem Vorjahr. Diese Werte könnten erheblich steigen, wenn wir an die notwendige Aufstockung der Haushaltsmittel auf rund 150 Millionen Euro pro Jahr denken. Dadurch kann die vorliegende Anzahl an Projekten im Bereich Neu- und Ersatzinvestitionen bedarfsgerecht abgearbeitet werden“, so der VDV-Vizepräsident.

Hoher Wettbewerbsdruck

Der Schienengüterverkehr ist eine Branche mit hohem Wettbewerbsdruck, der angesichts der Wachstumsraten bei den Transportmengen erfolgreich ist. Doch Wettbewerb und Kooperation sind kein Widerspruch: Kapazitäten können gemäß VDV stärker geteilt werden. „Wenn Lokführerinnen und Lokführer unerwartet – zum Beispiel durch Verspätungen – frei sind, können diese, wenn sie die Kriterien erfüllen und willens sind, auch an den Wettbewerber ausgeliehen werden“, unterstrich Berends.

So bleibe die Fracht nicht liegen und das Personal ist wirklich beschäftigt. „Stillstand ist teuer: Züge, die stehen, sind das Schlimmste für alle Unternehmen.“ Der Branchenverband wirbt dafür, den unternehmensübergreifenden Einsatz von Fahrpersonal auf der Schiene zu fördern, skalierbar zu machen und digital abzubilden. „Die Erprobung läuft seit Kurzem. Wir glauben, dass dies auch für andere Unternehmen interessant sein kann“, machte der VDV-Vizepräsident. **DK**



Staatsminister Christian Bernreiter mit Landrat Marco Scherf beim Eintrag ins Goldene Buch. Bild: Landratsamt Miltenberg

Bayerischer Untermain:

Züge sollen künftig elektrisch fahren

Der Nutzen eines Ausbaus der Bahnstrecke Aschaffenburg – Miltenberg samt Elektrifizierung ist höher als der Kostenaufwand. Das hat die vom Freistaat beauftragte und nun fertiggestellte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ergeben.

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter hat bei einer Veranstaltung im Miltenberger Landratsamt angekündigt: „Das Ergebnis von 1,2 ist sehr erfreulich. Der Freistaat wird jetzt in Vorleistung gehen und möchte die Deutsche Bahn als Streckeneigentümerin noch heuer mit der Vorplanung beauftragen. Das ist ein großer Durchbruch auf dem Weg zu einem noch attraktiveren Bahnangebot am Bayerischen Untermain und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem bayernweit klimaneutralen Nahverkehr.“

Für eine attraktivere und klimafreundlichere Region

„Heute haben wir einen großen Schritt in Richtung eines elektrischen Zugverkehrs im Maintal gemacht. Das wird unsere Region attraktiver und klimafreundlicher machen“, freute sich Jens-Marco Scherf, Landrat des Landkreises Miltenberg, in dem die rund 37 km lange Elektrifizierungsstrecke zum allergrößten Teil liegt.

„Wir freuen uns, alsbald mit den Planungen für den Streckenausbau starten zu können“, ergänzte Cornelia Würzt, Geschäftsführerin der DB RegioNetz Infrastruktur GmbH, deren Netz Westfrankenbahn Betreiberin der Strecke ist. „Die Elektrifizierung der Maintalbahn wird einen wichtigen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaziele im DB-Konzern leisten und mehr Kapazität auf der Schiene am bayerischen Untermain ermöglichen.“

Das geplante Ausbauprojekt umfasst neben der Elektrifizierung auch die Anhebung der Streckenhöchstgeschwindigkeit auf bis zu 160 km/h, einen zweigleisigen Ausbau im Bereich des Streckenabschnittes Obernburg-Elsenfeld – Erlenbach und die Anpassung der Bahnsteige. Die Bahnsteigkanten auf der Maintalbahn sollen auf eine einheitliche Länge von 220 m und eine einheitliche Höhe von 76 cm gebracht werden.

Die vom Freistaat beauftragten Gutachter der Firma Intra-plan Consult GmbH gehen von Investitionskosten in Höhe von rund 115 Millionen Euro für das Projekt aus. Vor allem die Elektrifizierung im Aschaffener Stadtgebiet mit seinen vielen Brücken über die Bahnstrecke macht einen erheblichen Teil der Kosten aus. Bei der Vorplanung rechnet das bayerische Verkehrsministerium damit, Kosten in Höhe zwischen fünf und zehn Millionen Euro stemmen zu müssen.

Durch die genannten Maß-

nahmen können im Schienenpersonennahverkehr künftig Direktverbindungen von Miltenberg über Aschaffenburg bis nach Frankfurt angeboten werden. Bisher ist am Aschaffener Hauptbahnhof stets ein Umstieg notwendig. Auf den Strecken von Miltenberg in Richtung Seckach und Lauda soll der Betrieb perspektivisch ebenfalls auf lokal emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt werden. Für diese Strecken ist der Einsatz von Akku-Zügen in der Diskussion. Die Akkus könnten dann unter anderem im künftig elektrifizierten Bahnhof Miltenberg aufgeladen werden, dessen barrierefreier Ausbau in Kürze abgeschlossen wird. „Wir leisten damit indirekt einen Beitrag dafür, dass auch auf den Strecken nach Baden-Württemberg der emissionsfreie Verkehr leichter umgesetzt werden kann“, so Minister Bernreiter.

GVFG-Bundesförderung wird angestrebt

Der Freistaat und die DB streben zur Finanzierung der Ausbaumaßnahmen eine Bundesförderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) an. Für wirtschaftliche Elektrifizierungsvorhaben stellt der Bund eine Unterstützung der förderfähigen Kosten in Höhe von 90 Prozent in Aussicht. Bernreiter informierte, dass die DB und der Freistaat das Vorhaben aufgrund der Gutachterergebnisse vor Kurzem beim Bund erstmalig für eine Förderung angemeldet haben. Dabei handelt es sich um die sogenannte Kat-C-Anmeldung. Eine verbindliche Förderzusage des Bundes kann es aber erst nach dem Kat-A-Antrag geben, der auf Basis von vertieften Planungsergebnissen gestellt werden kann.

Die Elektrifizierung der Maintalbahn hat für die Staatsregierung seit Jahren eine hohe verkehrliche Bedeutung. Sie gehört zu jenen Nahverkehrsstrecken, die gemäß der 2018 vom Ministerrat beschlossenen Bayerischen Elektromobilitätsstrategie Schiene (BESS) prioritär umgesetzt werden sollen. Bis dato war ein Projektstart nicht möglich gewesen, da frühere Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wie beispielsweise vom Bundesverkehrsministerium im Zuge des Sonderprogramms „Elektrische Güterbahnen“ keine Auskömmlichkeit nachweisen konnten. Eine im letzten Jahr erfolgte Änderung im Bewertungssystem für GVFG-Maßnahmen, der sogenannten Standardisierten Bewertung, hatte dann neue Chancen für das Projekt eröffnet. **□**

Landkreis München:

On-Demand-Service soll ausgeweitet werden

Per App, Web oder Telefon eine Fahrt buchen und sich fast vor der eigenen Haustür abholen lassen: Seit Oktober vergangenen Jahres ist das in zwei Pilotgebieten im südlichen Landkreis München möglich. Tagsüber, zwischen 5 und 22 Uhr, verkehrt der FLEX genannte On-Demand-Service in Sauerlach, im südlichen Teil von Brunnthal und in Aying; nachts, zwischen 22 und 6 Uhr, in Oberhaching, Unterhaching und in Taufkirchen, westlich der A8. An den Bahnhöfen Ostbahnhof und Neuperlach Süd besteht zudem Anschluss an das Münchner Nachtnetz.

Schon heute wird das mit Kleinbussen betriebene neue Angebot gut angenommen. Daher hat der Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur im Juni 2022 beschlossen, ein Gesamtkonzept für eine mögliche Ausweitung von On-Demand-Services auf den ganzen Landkreis zu entwickeln. Im Fokus stehen dabei die räumliche wie auch zeitliche Ergänzung des bestehenden Angebots im öffentlichen Nahverkehr. Ziel des Gesamtkonzepts ist es, ganz konkrete Bedingebiete zu identifizieren. Die Ergebnisse aus den Evaluationen des

Pilotprojekts fließen dabei in die Erstellung des Konzeptes mit ein.

Als Vorarbeit wurden bereits drei verschiedene Szenarien für den landkreisweiten Ausbau erarbeitet: ein Maximal-, ein Minimal- sowie ein ausgewogenes Szenario.

Weitergearbeitet wird nach dem Beschluss des Mobilitätsausschusses vom Juni 2023 nun mit dem ausgewogenen Szenario, das den gesamten Landkreis flächendeckend in verschiedene Bedingebiete unterteilt und den Tag- wie den Nachtverkehr betrachtet. Dabei wird im Rahmen der Detail-

planung die Einbindung in den bestehenden ÖPNV, aber auch der Ersatz bzw. eine mögliche Ausdünnung von vorhandenen Regionalbuslinien zur weiteren Optimierung des Personal- und Mitteleinsatzes geprüft.

„Die Flexibilität im öffentlichen Nahverkehr ist nicht nur eine Forderung der Bevölkerung, sondern auch absolut notwendig, um den Bürgerinnen und Bürgern eine effiziente Mobilität zu ermöglichen. Mit dem On-Demand-Service im Landkreis München schließen wir nicht nur Lücken, sondern bauen voraus“, so Landrat Christoph Göbel.

Im Rahmen von vier Workshops, bei denen alle 29 Landkreiskommunen eingebunden sind, wird ein detailliertes Konzept erarbeitet. Endes des Jahres soll dann das Konzept den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden. **□**

Weltkongress Gebäudegrün in Berlin

Grüne Fassaden und Dächer sind nicht nur ästhetische, sondern auch nützliche Möglichkeiten, die die Stadtarchitektur zum Klima beitragen kann. Wo Deutschland momentan steht und auf welchem Level sich die internationale Szene bewegt, zeigte der vom BuGG organisierte dreitägige Weltkongress Gebäudegrün in Berlin auf.

100 Referenten aus 29 Ländern sprachen über Dach-, Fassaden- und Innenraumbegrünung, wobei das inhaltliche Spektrum sowohl technische Aspekte als auch politische und strategische Themen umfasste. Hier ging es nicht um Flächenkonkurrenz, sondern um Synergieeffekte. Zu den Themenschwerpunkten zählten

u.a. Klimaanpassungsstrategien, nachhaltiges Bauen, Regenwasserbewirtschaftung, biologische Vielfalt, städtische Strategien zur Gebäudebegrünung sowie Architektur- und Praxisbeispiele.

Im Panel zum Thema Gesundheit wurden Klimaanpassungsstrategien, Lebensqualität, Feinstaub- und Stickoxid-Bindung erörtert. Zudem diskutier-

Nutzen statt besitzen

Mit Unimog Rent das richtige Fahrzeug zur richtigen Zeit am richtigen Ort haben

Mit Unimog Rent vermittelt Daimler Truck kommunalen Betrieben in Deutschland ab sofort ein Mietangebot, das speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wird. Der Finanzdienstleister De Lage Landen Leasing fungiert dabei als Vermieter der Fahrzeuge. Ziel von Unimog Rent ist es, den Betrieben der öffentlichen Hand eine wirtschaftliche Alternative zum kostspieligen Fahrzeugkauf anzubieten. Dadurch wird das kommunale Beschaffungsbudget entlastet und die Kommune kann ohne aufwendige Ausschreibungen über moderne Fahrzeugtechnik zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben verfügen.

Passenden Aufbauten und Anbaugeräte

Auf Wunsch umfasst das Unimog Rent Angebot auch die dazugehörigen einsatzspezifischen Aufbauten und Anbaugeräte für kommunale Aufgaben wie Grünpflege, Straßenreinigung und Winterdienst. Das Angebot schließt alle Aufbauten und Anbaugeräte ein, die den Aufbau-richtlinien von Mercedes-Benz Special Trucks entsprechen. Optional können Kunden das Fahrzeugmietangebot auch mit dem Unimog Servicevertrag Service Complete kombinieren. Damit erhalten sie umfangreiche Kontrolle über die Wartungs- und Servicekosten ihres geliehenen Unimog und in Kombination mit den

festen Mietraten eine hohe Kalkulationssicherheit während der gesamten Nutzungsphase. Das Mietsystem soll damit den Betrieben der öffentlichen Hand ein attraktives Betriebskostenniveau zur Entlastung ihres Investitions-haushalts bieten.

Sonderbonus für die Unimog Miete

Daimler Truck fördert die Miete eines fabrikneuen Unimog mit einem Bonus, dessen Höhe vom jeweiligen Fahrzeugtyp abhängt. Der Sonderbonus wird als „Miet-Sonderzahlung“ direkt bei der Berechnung des Mietzinses berücksichtigt. So können kommunale Betriebe die ohnehin attraktiven monatlichen Mietraten



Unimog U 530 mit Trio-Mäher

Bild: Daimler Truck AG

zusätzlich senken.

Generalvertretungen vermitteln Unimog Rent

Zwischen dem Finanzdienstleister De Lage Landen Leasing GmbH (Vermieter) und dem Kunden (Mieter) wird ein Vertrag zur Vermietung eines Unimog geschlossen. Dieser Vertrag wird von den an der Aktion teilnehmenden Unimog Generalvertretungen vermittelt, so dass die Kunden einen zentralen Ansprechpartner haben. Details der vertraglichen Beziehung zwischen dem Finanzdienstleister De Lage Landen Leasing GmbH und dem

ten die Teilnehmer der Sektion Biodiversität Themen wie biologische Vielfalt, Pflanzenauswahl, Arten- und Insektenschutz. Im Schwerpunkt Politik standen Fragen wie „Wie bewegt Gebäudegrün Deutschland, Europa und die Welt?“ auf der Agenda. Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die begleitende Fachausstellung, die einen guten Überblick über verschiedene Produkt-, System- und Dienstleistungen der Branche gab.

Fulminant war der Kongress mit den Grußworten der parla-

mentarischen Staatssekretärin Elisabeth Kaiser (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen) und Staatssekretärin Dr. Britta Behrendt (Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz) sowie den Impulsvorträgen des weltweit bekannten französischen Botanikers Patrick Blanc und des weltweit agierenden Düsseldorfer Architekten Christoph Ingenhoven, der u.a. mit den Objekten Kö-Bogen II (Düsseldorf) und Calwer Passage (Stuttgart) Zeichen gesetzt hat, gestartet.

nem größeren Kontext betrachtet, ist urbanes Grün zugleich ein essenzieller Teil der Antwort von Städten, um auf die zunehmenden Folgen des Klimawandels zu reagieren. Gründächer- und -fassaden verbessern das Mikroklima der Stadt, indem sie Kohlendioxid und Staub binden, den Lärm dämpfen, die Biodiversität fördern und das allgemeine menschliche Wohlbefinden stärken. Ihre größte Wirkung entfalten sie jedoch, indem sie den innerstädtischen Wärmeeffekt reduzieren und Regenwasser speichern.

Erhöhung der Lebensqualität

Urbanes Grün ist ein Mittel zur innerstädtischen Klimaverbesserung und bietet vielfältige Möglichkeiten für die Erhöhung der Lebensqualität wie zu einer generellen Aufwertung des Stadtbildes. Die Neugestaltung des innerstädtischen Zentrums von Düsseldorf (Kö-Bogen II), Europas größter Grünfassade, hat dies beispielhaft demonstriert. Laut Ingenhoven, seit gut zwei Jahrzehnten ein Pionier für eine grüne Architektur und eine umweltfreundliche Philosophie, wurde hier das gesamte Volumen des Gebäudes vollständig mit Hainbuchen – 35.000 Pflanzen, aneinandergereiht eine Hecke von acht Kilometern Länge – umhüllt. Dadurch definierten sie einen neuen Eingang zum Platz, auf dem sich auch das Staatstheater und ein Büroturm befinden. Mehr als ein Gebäude ist es eine lebende Pflanzen-Skulptur.

Mehr Grün in der Stadt – in ei-

Biokapazität zurückgeben

Mit dem patentierten Begriff „supergreen“ (gemeint ist ein umfassendes Konzept von Nachhaltigkeit) hat Ingenhoven zentrale Parameter definiert, an denen er seine Arbeit ausrichtet. Neben Klimaneutralität für das Betreiben und das Errichten von Gebäuden, zählt dazu unter anderem Replacement, d.h. der Erde die Biokapazität, die durch das Bauen zunächst weggenommen wird, über Gebäude zurückzugeben. Ein essenzielles Anliegen ist das Schaffen öffentlicher Räume sowie darüber hinaus für die Gesellschaft einen Mehrwert zu bewirken, oder mittels resilienter Gebäude Folgen der bereits heute spürbaren Klimaerwärmung aufzufangen.

„Als Architekten müssen wir uns fragen, was unsere Gebäude für die Stadt tun“, lautet Ingenhovens Credo. „Wir können die Dinge nicht machen, nur weil sie schön sind.“

DK

Ein Friedhof, für die Lebenden gemacht

Experimentierfeld zur Friedhofsentwicklung eröffnet

Ein Beitrag von Tobias Blaurock, Initiative „Raum für Trauer“

Ende Juni 2023 wurde der Campus Vivorum eröffnet: Mit ihm zeigt die Initiative Raum für Trauer, wie Gräber den Hinterbliebenen dienen, wenn sie entsprechend konzipiert sind.

Über dreihundert Bürgermeister, Friedhofsverwalter und andere Vertreter von Kommunen und Kirchen aus ganz Deutschland nahmen an der Eröffnung in Süßen/Baden-Württemberg teil. Auf dem Campus Vivorum konnten sie erstmals die bauliche Umsetzung jahrelanger Forschungsergebnisse zur psychologischen Wirkung des Grabes als Trauerort erleben. Ebenso präsentiert der Campus Vivorum beispielsweise Gemeinschaftsflächen für Begegnung und Austausch sowie gemeinsames Erinnern. Friedhöfe mit entsprechenden Angeboten seien besonders wichtig für Kommunen und ihre Bürger, so Günter Czasny, Sprecher der Initiative Raum für Trauer. Ideeller Träger der Initiative ist die Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V. (Kassel). Ihr Geschäftsführer Dr. Dirk Pörschmann weiß: „In Lebenskrisen geben Rituale Sicherheit. Nur wenn wir verstanden werden und unserer Sehnsucht Ausdruck geben dürfen, finden wir Trost.“

Individuelle Trauerarbeit fördern

Nicole Razavi, MdL und Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen in Baden-Württemberg sowie Vorsitzende der deutschen Bauministerkonferenz betonte im Rahmen der Eröffnung die Bedeutung der Friedhöfe für die Kommunen und des Grabes als Trauerort: „Die Initiative Raum für Trauer hat erkannt, wie wichtig individuelle Trauerarbeit für Hinterbliebene ist. Diese Individualität müssen wir weiter fördern, indem wir den Wandel der Trauer- und Friedhofskultur vorantreiben. Der Campus Vivorum leistet dabei einen enorm wichtigen Beitrag. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung des Friedhofs weg von einer reinen Ruhestätte hin zu einem lebendigen Ort der Erinnerung. Einen Ort, an den wir gerne gehen.“

Trauerschmerz kann sich zur Trauerstörung verstetigen. Vielen Menschen hilft es nach Erkenntnissen der Initiative „Raum für Trauer“ vor allem, ihrem Schmerz nahe beim Verstorbenen, nämlich direkt am Grab, Ausdruck zu verleihen. Das ist jedoch bei den meisten aktuellen, pflegefreien Beisetzungsformen nicht vorgesehen – Konflikte entstehen, welche die Trauerarbeit behindern. Die Ergebnisse aus der jahrelangen interdisziplinären Forschung zum Thema zeigt die Initiative „Raum für Trauer“ nun im weltweit ersten Experimentierfeld „Campus VIVORUM“ in Süßen, Baden-Württemberg. Die ca. 6.000 m² große Anlage soll Planern, Verwaltern und Betreibern Anregungen dazu geben, wie auch pflegefreie Beisetzungsorte künftig (neu)gestaltet werden sollten, damit sie Trauernden besser helfen, ihre Trauer zu verarbeiten.

Ideeller Träger der Initiative „Raum für Trauer“ ist die Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V. (Kassel). Unter ihrer Federführung hatten sich Wissenschaftler unter anderem aus Psychologie, Soziologie, Kognitionswissenschaften und Trendforschung sowie Experten aus allen am Friedhof tätigen Berufen beteiligt, gemeinsam die Wirkung des Grabes als Trauerort erforscht und den Campus Vivorum entwickelt. Die Planung übernahm das renommierte Büro für Landschaftsarchitektur Karres en Brands, Hilversum.

Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx (Zukunftsinstitut Frankfurt/Main, Wien), der seit Jahren an der Arbeit der Initiative mitwirkt und eine Studie (Zukunftsinstitut/YouGov) beigesteuert hat: „Hier werden Trauerkultur und Friedhofsentwicklung in die Zukunft gedacht – für jede Gemeinde, für jede Stadt ein enorm wichtiges Thema.“

Auf dem kommunalen Süßener Friedhof „Stiegelwiesen“ wurden bereits vor Jahren zwei Grabanlagen nach diesen Erkenntnissen gestaltet. Die am Lebenden orientierte Gestaltung von Gemeinschaftsanlagen bewährt sich hier bereits in der Praxis – Bürgermeister Marc Kersting: „Dass es vielen Angehörigen hilft, persönliche Grüße und Gegenstände direkt auf dem Grab abzulegen, haben wir bei der Konzeption der pflegefreien Grabanlagen auf unseren Friedhof Stiegelwiesen berücksichtigt – mit großem Erfolg, denn wir konnten diese Anlagen bereits erweitern. Wir sind sicher, den Menschen damit zu helfen.“

Mehr Infos unter: <https://raum-fuer-trauer.de/>, <https://trauer-now.de/>



Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmer mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit.

Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk,

schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Gemeinde Baierbach mit 800 Einwohnern, die kleinste Gemeinde im Landkreis Landshut. Wir haben 36 Ortsteile, 28,74 km Gemeindeverbindungsstraßen und eine Größe von 16 km².

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 01.05.2008 bin ich ehrenamtlich als Erste Bürgermeisterin tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Bis 2013 war ich selbstständig als Marktbeschickerin tätig, dann habe ich das beendet; ich konnte das zeitlich nicht mehr vereinbaren.



Luise Hausberger

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Baierbach

Eine kleine Gemeinde hat dieselben Aufgaben wie eine große; im Gegenteil: In einer kleinen Gemeinde bleiben für den Bürgermeister mehr Tätigkeiten, da hierfür nicht so viel Personal zur Verfügung steht. Neben meinem Bürgermeisteramt bin ich im Kreistag des Landkreises Landshut, Vorsitzende des Zweckverbands Wasserversorgung Isar-Vils und ehrenamtlich tätig. Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

In meiner Jugend war ich nicht politisch tätig; war aber immer schon interessiert an der großen Politik. Zur Kommunalwahl 2002 wurde ich gebeten, für den Gemeinderat zu kandidieren. Das Amt übte ich eine Wahlperiode bis 2008 aus. Dann kandidierte ich als Bürgermeisterin und wurde gewählt.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Meine Vorbereitung bestand darin, dass ich vor der Wahl viel mit Gemeinderäten und amtierenden Bürgermeistern sprach und nach der Wahl die Seminarangebote des Bayerischen Gemeindetags in Anspruch nahm. Ansonsten hieß es immer „learning by doing“.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Mein erster Bau war die Kläranlage. Hier lernte ich schon viel über den Arbeitsablauf in und mit der Verwaltung sowie den Firmen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftigt mich der Abschluss des Glasfasernetzbaus. Zusammen mit der VG-Mitgliedsgemeinde Altfraunhofen haben wir einen Glasfaserschluss in jedes Haus (wer wollte) in der Gemeinde Baierbach verlegt. Hier stehen wir kurz vor dem Abschluss. Gerade wurden zwei Sozialwohnungen vermietet, welche die Gemeinde in einem erworbenen Haus grundsanierete. In Baierbach hat vor kurzem der Bau einer Nahwärmeversorgung des Dorfes begonnen, Heizhausbau u. Rohrleitungsbau haben begonnen. Ich bereite gerade zusammen mit dem Gemeinderat die Ausweisung eines neuen Baugebietes vor.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In den nächsten Jahren werden wir uns in Baierbach mit der Bachrenaturierung sowie dem Kanal- und Straßenbau beschäftigen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Liebe junge Kolleginnen und Kollegen, geht euren Weg. Holt dennoch immer andere Meinungen ein, bleibt immer authentisch und lasst euch von nichts und niemandem verbiegen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Es ist für mich selbstverständlich, mit unseren Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitern neue Projekte zu besprechen. Über unser Mitteilungsblatt informiere ich regelmäßig unsere Bürger und Bürgerinnen. Ich habe wöchentlich eine Amtsstunde, zu der jeder ohne Termin kommen kann. Das Baierbacher Motto lautet: „Schmatz'n bringt d'Leut zam“.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung hat sicherlich sehr viel Einfluss auf die Kommunalpolitik, denn Anträge oder ähnliches digital ausfüllen zu können, ist einfach und geht schnell.

Online-Termine und -Sitzungen ersparen viel Zeit und Kosten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Geht nicht – gibt's nicht!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte als eine Bürgerin der Gemeinde in Erinnerung bleiben, die die Chance bekam, sich dort zu engagieren und über den „schönsten Beruf der Welt“ etwas zu verändern sowie die Gemeinde voranzubringen.

Stadtjubiläum:

750 Jahre Neustadt an der Donau

Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen im Bereich Kunst, Kultur und Geschichte wird das Stadtjubiläum 750 Jahre Neustadt an der Donau das ganze Jahr über gefeiert. 1273 verlieh Herzog Ludwig II. von Bayern dem damaligen Säligenstadt die Stadtrechte. Heute ist Neustadt an der Donau die drittgrößte Stadt im Landkreis Kelheim im Herzen Bayerns.

Die ursprüngliche Siedlung, aus der im Lauf der Zeit Neustadt an der Donau wurde, entstand bereits im 6./7. Jahrhundert. Nachdem der Ort als Säligenstadt am 11. Mai 1273 die Stadtrechte erhielt, wurde er schon wenig später als „neue Stadt“ Neustadt erwähnt. Auch heute noch erinnert in Neustadt an der Donau vieles an seine lange Geschichte: vom Stadtwall, der die Stadt auch heute noch größtenteils umgibt, über das spätgotische Rathaus bis hin zur 1815 erbauten Kapelle St. Anna. Inzwischen ist Neustadt an der Donau auch Industriestandort mit zahlreichen Arbeitsplätzen, mit dem Stadtteil Bad Gögging ein beliebtes Reiseziel und eine moderne Stadt mit großem Kultur- und Freizeitangebot. Das Jahr 2023 über ist in Neustadt an der Donau einiges geboten: Als Höhepunkt fand Anfang Juli das traditionelle Stadtfest mit dem Internationalen Treffen der Neustadts in Europa statt. Drei Tage lang kam mit mehreren Bühnen und jeder Menge Bands zum Null-

tarif in der Jubiläumsstadt nicht nur Fest- sondern fast schon Festival-Stimmung auf. Darüber hinaus kamen die Gäste in den Genuss von Bierhimmel, Neustadtmeile, Kunsthandwerkermarkt, Essen- und Getränkeständen der Vereine und einem großen Festzug mit fast 100 Gruppen.

Hightech und Heimat

Bereits im Mai erfolgte der gelungene Auftakt für dieses Jubiläumsjahr. Im Beisein von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, S. K. H. Prinz Wolfgang von Bayern, Landrat Martin Neumeyer, Festredner Prof. Dr. Hans-Georg Hermann, Professor für Bürgerliches Recht sowie Deutsche, Bayerische und Juristische Zeitschichte an der LMU München, sowie Neustadts Erstem Bürgermeister Thomas Memmel fand im Bürgersaal ein Festakt mit über 250 Gästen aus Vereinen, Politik, Wirtschaft, Kirche und Verwaltung statt.

Söder verwies auf „eine lan-

ge und erfolgreiche Geschichte“ der Jubiläumsstadt. Herzog Ludwig II., genannt der Strenge, habe vor 750 Jahren eine sehr mutige Entscheidung getroffen. Heute verbinde Neustadt an der Donau Hightech und Heimat mit großer Lebensqualität. „Das unterstützen wir als Freistaat gern, etwa mit dem Technologie-Campus der OTH Regensburg“, betonte Söder.

Festredner Prof. Dr. Hans-Georg Hermann hatte neben einer kurzen Reise in die Geschichte von Neustadt an der Donau noch eine besonders interessante Information im Gepäck, die er „der Stadt zum Geschenk“ machte. Denn bisher war die älteste bekannte Abschrift der ursprünglichen Urkunde des Stadtrechts aus dem Jahr 1273 die in einem Kopialbuch von Stadtschreiber Valentin Panckhoyer aus dem Jahr 1587. Bei seinen Recherchen zum Jubiläum fand Prof. Hermann allerdings einen noch älteren und bestätigten Beleg aus dem Jahr 1437.

PS: Entlang des Stadtwalls wurde heuer ein neuer, historisch geprägter Rundweg eröffnet. Auf dem LEADER-geförderten Rundweg „Alte Rechte, alte Wege, alte Gemäuer – Geschichtsweg der Wittelsbacherstadt Neustadt an der Donau“ lässt sich die Geschichte der niederbayerischen Stadt nunmehr an neun Hörspielstationen eindrucksvoll erleben. **DK**

Schwimmen und Laufen im Geomaris:

Sportliches Beispiel

Morgens Schülerinnen und Schüler, abends Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Über 600 Schülerinnen und Schüler nahmen am „Swim & Run“ im Schwimmbad Geomaris in Gerolzhofen teil: das größte Schülerevent dieser Art in ganz Bayern. Abends fand der sportliche Wettkampf mit 27 Teilnehmenden für alle Interessierten statt.

Darunter auch sieben Vertreterinnen und Vertreter aus den Gemeinden der Region. Beim Bürgermeister-Cup galt es, 150 Meter zu schwimmen, anschließend ging es ca 4,1 Kilometer nach Dingolshausen und zurück. Beim abendlichen „Swim & Run für alle“ starteten 23 Teilneh-

mer:innen. Gesamtsiegerin wurde Julia Schwaab, Zweiter wurde Thorsten Wozniak, den dritten Platz sicherte sich Steffen Kübler. Nach Altersklassen und aufgeteilt in Geschlechter ergeben sich weitere Platzierungen, weshalb vor allem der Spaß am Sport im Mittelpunkt stand. **□**



Die Teilnehmenden des Bürgermeister-Cups, v.l.: Manfred Schötz (1. Bürgermeister Markt Oberschwarzach), Sebastian Hauck (1. Bürgermeister Markt Werneck), Thorsten Wozniak (1. Bürgermeister Stadt Gerolzhofen), Martin Förster (Gemeinderat Frankenwinheim), Volker Karb (1. Bürgermeister Gemeinde Schwebheim), Karoline Schramm (3. Bürgermeisterin Gemeinde Sommerach) und Katja Möhring (2. Bürgermeisterin der Gemeinde Schwebheim). **Bild: Andreas Seufert**

Stadt Würzburg:

Gegen das „Wildpinkeln“ – ohne Bierernst

Bierdeckel können für vieles Platz bieten: für Gläser, für Striche oder für aktuelle Produktempfehlungen. Diese in der Gastronomie allgegenwärtige Werbefläche hat nun auch die Stadt für sich entdeckt und sagt via Bierfilz dem sogenannten „Wildpinkeln“ den Kampf an. Mit dem Slogan „Bier rein: 5 €; Bier raus: 55 €“ wird dezent darauf hingewiesen, dass die Höhe des Verwargelds für das Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit inzwischen 55 Euro beträgt und ein Toilettengang in einer Seitenstraße nicht nur die Blase, sondern auch den Geldbeutel schnell entleert. Zudem soll bei den Nachtschwärmern um Verständnis für die Situation der Anwohner geworben werden.

Die Stadt Würzburg führt deshalb in Zusammenarbeit mit Gastronomen und dem Team von „Miteinander leben & feiern – Allparteiliches Konfliktmanagement in Würzburg“ am in der Sanderstraße eine Plakat- und Bierdeckelaktion durch, die auf diese Problematik aufmerksam machen soll.

Hierfür wurden 1000 Bierdeckel an die Gastronomen

zur Verwendung in den laufenden Betrieben verteilt, um die Feiernden nicht nur außen auf der Sanderstraße und den Seitenstraßen, sondern auch in den Lokalen zu erreichen. Das Gebiet wird in den kommenden Monaten weiterhin vom Kommunalen Ordnungsdienst engmaschig bestrift und Verstöße werden unmittelbar mit einem Verwargeld geahndet werden. **□**

#MutZurHilfe

Bäckerhandwerk und Krisendienste Bayern engagieren sich für Soforthilfe in seelischer Not

Es ist eine außergewöhnliche Kooperation: Mit den bayerischen Innungsbäckern und den Krisendiensten Bayern werben zurzeit auch im Bezirk Oberfranken zwei starke Partner für seelische Gesundheit. Unter dem Motto #MutZurHilfe gehen seit 5. Juli bayernweit rund 350.000 Bäcker*innen mit Informationen zu den Hilfeangeboten der Krisendienste Bayern über die Ladentheken. Mit dabei sind knapp 650 Bäckerfilialen – davon 31 in Oberfranken.

Der Landesinnungsverband des bayerischen Bäckerhandwerks setzt mit dieser Aktion ein starkes Zeichen für die Bedeutung von psychischer Gesundheit. Laut Landesinnungsmeister Heinrich Traublinger wurde die Aktion ein Jahr lang vorbereitet. „Täglich besuchen in ganz Bayern unzählige Kundinnen und Kunden die Bäckereien, um ihre Backwaren zu kaufen. Dort begegnen sie anderen Menschen, kennen das Verkaufspersonal, tauschen sich aus“, sagte Traublinger. „Unsere Verkaufsmitarbeiter erfahren im Gespräch mit den Kunden oft sehr viel über deren Leben, Sorgen und Nöte. Deshalb unterstützen die bayerischen Innungsbäcker das Projekt. In unseren Bäckereien erreicht die Aktion #MutZurHilfe die Menschen unmittelbar.“

Initiiert haben die Aktion die Krisendienste Bayern, deren Träger die sieben bayerischen Bezirke sind. Die Aktion läuft über drei Wochen. Auf den Bäcker*innen selbst heißt es: „Seele erschöpft?“... „Hoffnungslos?“... „Wir helfen dir!“ Natürlich fehlt auch das Erkennungszeichen der Krisendienste Bayern nicht – die Wort-Bild-Marke mit der Nummer 0800 / 655 3000 und dem Hinweis: „Wir sind für Sie da.“

Die Krisendienste Bayern sind täglich rund um die Uhr erreichbar, die Anrufe sind kostenfrei und gehen zentral bei der jeweiligen Leitstelle ein. Der Sozialplaner des Bezirks Oberfranken, Norbert Neumüller, sagte: „Es wäre wunderbar, wenn bei seelischen Krisen und Not der Anruf beim Krisendienst so selbstverständlich wäre wie der Brezenkauf! Je früher die betroffenen Menschen sich bei uns melden, desto besser.“

Rufbereitschaft rund um die Uhr

Bei besonders schweren Notlagen kann die Leitstelle mobile Einsätze vor Ort in die Wege leiten. Die mobilen Einsatzteams sind rund um die Uhr in Rufbereitschaft. Martin Schuster ist als Gebietskoordinator des Krisendienstes Oberfranken für die mobilen Einsatzteams zuständig. Schuster erklärte: „Unsere Mitarbeitenden stehen Menschen in seelischen Notlagen zur Seite, sie nehmen Sorgen und Ängste ernst und vermitteln in passende Hilfs- oder Beratungsangebote. Wir wollen Halt geben und unterstützen, gemeinsam gute Wege aus der Krise zu finden. Es

freut uns sehr, dass sich das Bäckerhandwerk für seelische Gesundheit engagiert. Das ist ein wichtiges Signal für Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen und kann helfen, das Gespräch über psychische Gesundheit weiter zu normalisieren.“

Oberfrankens Bezirkstagspräsident Henry Schramm ergänzte: „Die Kooperation mit dem Bäckerhandwerk ist für uns von unschätzbarem Wert. Bäckereien sind auf dem Land wie in der Stadt ein wichtiger sozialer Treffpunkt. Wenn wir Menschen direkt in ihrem sozialen Umfeld erreichen, ist das ein wichtiger Schritt hin zu Normalität. Denn für Menschen in seelischen Notlagen muss es selbstverständlich sein, sich bei den Krisendiensten Bayern beraten zu lassen – genauso wie für Menschen mit somatischen Erkrankungen, die sich an einen Arzt oder eine Ärztin wenden. Für die seelische Gesundheit ist es enorm wichtig, dass alle Menschen die Hilfe erhalten, die sie brauchen.“

Weitere Informationen zu den Krisendiensten Bayern

Der Krisendienst Oberfranken ist Teil des Netzwerks Krisendienste Bayern. 2022 führten die Krisendienste in ganz Bayern 82.473 Telefonate mit Menschen in seelischer Not. Die mobilen Einsatzteams führten 2.973 persönliche Kriseninterventionen durch. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2023
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

„Gütesiegel Heimatdorf 2023“ für 13 Gemeinden

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hat in München 13 kleine Gemeinden mit hoher Lebensqualität und besonderer Heimatverbundenheit ausgezeichnet. Online bewerben konnten sich alle Gemeinden in Bayern mit bis zu 3.000 Einwohnern, die in der Vergangenheit mit mindestens einem Ortsteil am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen haben. Insgesamt wurde ein Preisgeld in Höhe von 690.000 Euro ausgereicht.

Mit dem „Gütesiegel Heimatdorf 2023“ wurde die Gemeinde Iffeldorf im Landkreis Weilheim-Schongau bedacht. Sie wird mit der Prämie einen Bürgergarten im Dorfzentrum mit Verbindung zur Partnergemeinde Chateaubourg einrichten. Geschaffen werden soll ein Veranstaltungsort im Außenbereich und damit ein zentraler Treffpunkt für alle Generationen. Der Markt Kinding im Landkreis Eichstätt beabsichtigt, einen Sinnesgarten an der „Schwarzachwiese“ zu kreieren, unter anderem mit Sitzgelegenheiten, Hochbeeten, Outdoor-Sportgeräten, Sinnesstationen sowie Stegen über die Schwarzach. Das bisher brachliegende Areal soll aufgewertet und damit zu einem barrierefreien Treffpunkt für alle Generationen werden.

Gemeinde Grainet

Die Gemeinde Grainet im Landkreis Freyung-Grafenau plant die Überdachung der Freibühne am Dorfbauer mittels eines Pavillons sowie Granitsitzmöglichkeiten am Dorfbauer, Dorfzentrum und markanten Rastplätzen. Für die gesamte Dorfgemeinschaft ist dies eine sinnvolle Ergänzung am Dorfbauer, der bereits für viele Veranstaltungen der örtlichen Vereine genutzt wird. Den historischen Feng-Shui Kurpark an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen will die Gemeinde Lalling im Landkreis Deggendorf. Unter anderem sind eine Bewässerungssteuerung, klimaresistente Bepflanzung, Regenwassernutzung sowie eine PV-Anlage inklusive Speicher vorgesehen. Zudem sollen die Kinderspielplätze durch neue Bewegungsparcours für Jung und Alt aufgewertet werden.

Gemeinde Kastl

Unter dem Motto „Freizeit gestalten in Kastl“ möchte die im Landkreis Tirschenreuth gelegene Gemeinde das gemeindliche Sport- und Freizeitgelände neugestalten und damit einen attraktiven Treffpunkt für alle Generationen kreieren. In Ergänzung zur Generalisierung des Sportheims sollen unter anderem Outdoor-Fitnessgeräte, eine Pumptrackbahn, ein Pavillon für Konzerte sowie neue Ruheplätze entlang der Haidenaab geschaffen werden. Naturstationen am interkommunalen Radweg von Oberbrach nach Schlammersdorf, unter anderem mit Kräutergarten, Bienenhaus und Obstbaumwiese, plant die Gemeinde Vorbach im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab. Außerdem sollen die Erweiterung des Dorfladens um einen kleinen Wintergarten sowie die Renovierung des Schlachthaus in Oberbrach unterstützt werden.

Gemeinde Feilitzsch

Die Gemeinde Feilitzsch im Landkreis Hof will das ehrenamtliche Engagement ihrer Bürger anerkennen und dem Wunsch nach einem mobilen Holzbackofen, einem mobilen Zubereitungs- und Verzehrswagen inklusive PV-Anlage sowie einer Küche für den bisher leerstehenden Raum im Dorf fladen nachkommen. Die gesamte Dorfbewohner profitiert durch verschiedene Mitmachaktionen und Veranstaltungen. Die Gemeinde Harsdorf im Landkreis Kulmbach möchte die Lebensqualität vor Ort durch die

Anlage eines Bewegungsgartens mit vier Outdoor-Geräten und die Neugestaltung klimafreundlicher und pflegeleichter Grünanlagen verbessern. Außerdem sollen ein barrierefreier Zugang zum Leichenhaus sowie ein ebenfalls barrierefreies Gemeindearchiv im ehemaligen Feuerwehrhaus geschaffen werden.

Gemeinde Alfeld

Die Gemeinde Alfeld im Landkreis Nürnberger-Land sieht vor, das derzeitige Freizeitangebot durch die Anschaffung von drei Outdoor-Fitnessgeräten zu erweitern. Zudem soll in eine abbaubare Überdachung für den bestehenden Bühnenbereich am Dorfplatz inklusive Bestuhlung und Tontechnik investiert werden. Dadurch soll vor allem die Durchführung von Veranstaltungen der örtlichen Vereine erleichtert werden. Ihren Dorfplatz in Schweinsdorf gestalten und erschließen will die Gemeinde Neusitz im Landkreis Ansbach. Hierzu sind unter anderem zehn öffentliche PKW-Stellplätze, E-Ladesäulen und Sitzgelegenheiten geplant. Überdies soll das Dorfgemeinschaftshaus mit dem Dorfplatz verbunden werden.

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Bernhard Resch (Landwähler Offenstetten LWO) hat die Bürgermeisterwahl in Abensberg (Landkreis Kelheim) gewonnen. Mit 55,9 Prozent wurde der 49-Jährige stellvertretende Rathauschef zum Nachfolger des langjährigen Amtsinhabers Dr. Uwe Brandl bestimmt. Für CSU-Kandidat Simon Steber votierten 24,9 Prozent, Harald Hillebrand (Freie Wähler) erzielte 19,2 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,5 Prozent.

Auch in der Marktgemeinde Wallerstein (Landkreis Donau-Ries) ist der Zweite Bürgermeister künftig der Erste: Georg Stoller (PWG Wallerstein) setzte sich mit überragenden 89,2 Prozent der Stimmen gegen Andreas Lemmermeyer (WG Birkhausen) durch, der 10,8 Prozent auf sich vereinte. Die Wahlbeteiligung betrug 36 Prozent. **DK**

Alles verlassen und nun allein

Der Bedarf an Flüchtlingsberatung kann bei weitem nicht mehr gedeckt werden

Sie hocken ganz alleine da und die Probleme wachsen ihnen über den Kopf: Dutzende Flüchtlinge aus Main-Spessart sind nicht mehr an das Beratungsangebot der Caritas angebunden. „Um den Bedarf zu decken, bräuchten wir mindestens zwei weitere Stellen“, sagt Anna-Lena Ludwig von der Flüchtlings- und Integrationsberatung. Fünf auf 2,75 Stellen aufgeteilte Männer und Frauen umfasst das Team: „Pro halbe Stelle kümmern wir uns um 150 Personen.“

Die Crux liegt für Ludwig darin, dass der Bedarf anscheinend gar nicht richtig wahrgenommen wird. Tatsächlich ist er nach Auskunft der Flüchtlingsberaterin riesig: „In Lohr gibt es eine zweite Gemeinschaftsunterkunft mit rund 70 Personen, um die wir uns nicht mehr kümmern können, in Steinbach sind 50 Personen betroffen.“ Auch in Markttheidenfeld können wahrscheinlich mindestens 150 geflüchtete Männer und Frauen keine Beratung von den Caritas-Fachkräften mehr erhalten. Ehrenamtliche, die das Defizit kompensieren, sind rar gesät: „Eine richtige Helferstruktur existiert im Grunde nur noch in Lohr.“

Jeder Geflüchtete hofft, am Ende eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Voraussetzung ist, dass der Asylantrag positiv be-

Die Gemeinde Aidhausen im Landkreis Haßberge beabsichtigt, durch verschiedene Projekte ihre Bürger zu unterstützen und die Angebote vor Ort zu erweitern, etwa mit einem Lebensmittelautomaten für Einkäufe rund um die Uhr und digitale Informationstafeln in Kombination mit einer GemeindeApp. Außerdem sollen die Küche der Mehrgenerationenwerkstatt vergrößert und ein Carsharing-Angebot mit Online-Buchungssystem geschaffen werden. Die Gemeinde Schönau a. d. Brend im Landkreis Rhön-Grabfeld plant den Austausch der nicht regelbaren Pumpen im Schwimmbad gegen regelbare Hocheffizienzpumpen inklusive neuer Computersteuerung. Der Austausch ist für das Schwimmbad, das bereits seit rund 20 Jahren ehrenamtlich betrieben und gepflegt wird, essenziell. Auf diese Weise kann der wichtige Treffpunkt für die gesamte Bevölkerung erhalten werden.

Gemeinde Langenneufnach

Den Austausch zwischen Jung und Alt im Rahmen eines offenen Mittagstisches fördern möchte die Gemeinde Langenneufnach im Landkreis Augsburg. Darüber hinaus sind ein Jugendforum sowie eine „Jugend-Gemeinde-App“ vorgesehen. Zur Stärkung des Miteinanders der Vereine sollen zudem Kurse für „Management Ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit“ angeboten werden. **DK**

GZ
PINOS WELT

Erst kam die Euphorie, dann der Kater (also der sprichwörtliche, nicht einer meiner Artgenossen). Ich spreche von Immobilien. Lange Zeit sah es ja so aus, als könne man bei Immobilien nur eines falsch machen: Den Trend verpassen. Die Baukredite wurden einem geradezu nachgeworfen und schienen wegen der nur knapp über der Wahrnehmbarkeitsgrenze im positiven liegenden Zinsen selbst bei langer Zinsbindung für jeden erschwinglich. Die Preise für Neubauimmobilien lieferten sich einen atemberaubenden Wettlauf mit denen der Bauten im Bestand – natürlich nach oben. Wer heute nicht zugreift, so hieß es noch bis vor kurzem unisono, zahlt im nächsten Jahr einen saten Aufpreis.

Vorbei. Binnen kürzester Zeit gingen die Bauzinsen unvermittelt so steil nach oben wie der Aktienwert der Wohnungsunternehmen berg-



wa 1983. Vor allem spricht für den Immobilienerwerb der ungebremste Anstieg der Mieten, denn im Mieterland Deutschland haben auch in den vergangenen Jahren viel zu viele Leute den Absprung zum eigenen Heim nicht gewagt.

Aber welches Haus bauen? Das klassische Traumhaus der Deutschen wird ja derzeit regelrecht verteuert. Das normale Einfamilienhaus mit Garten ist das Materie gewordene Objekt des Kulturkampfes gegen jede Form von Individualismus. Mancherorts wie in Hamburg, Wiesbaden oder Münster werden konkrete Überlegungen angestellt oder gar verwirklicht, den Bau von Einfamilienhäusern generell oder in einzelnen Stadtteilen nicht mehr zu erlauben. Zu teuer und zu ineffizient wird diese Wohnform genannt, Energieverluste durch vier Außenwände beklagt und natürlich rechnen gerade die Askesegur der verschiedensten Natur- und Ökobbyistengruppen den Deutschen beckmesserisch vor, pro Kopf jedes Jahr mehr Wohnraum für sich zu beanspruchen – statistisch wohl gemerkt, denn tatsächlich müssen sich gerade junge Familien mit Kindern ja immer mehr einschränken. Aber Neid geht halt immer noch vor Argument.

Für mich ist das Einfamilienhaus, die Burg des Mittelstandes, die ursprünglichste Wohnform überhaupt. Ein Haus, das nur man selbst und eigene Familie nutzt, um das man herumgehen kann und man weder Wände noch das Grundstück mit anderen teilen muss. Wie das Bauernhaus oder die Hütte im Wald, aus der sich diese Wohnform entwickelt hat. Ja, das hat alles mit Bürgerlichkeit zu tun, mit Stolz auf das mit Arbeit geschaffene Eigentum und mit einer freizeithilichen Gesellschaft, die Privatheit und Individualität dem Kollektivismus vorzieht.

Gott sei Dank regiert in unserer kleinen Stadt sowohl im Bürgermeisterzimmer als auch in der Stadtratsmehrheit noch Vernunft und Maß. Natürlich werden Neubaugebiete und Einheimischenmodelle auch für den Eigenheimbau zur Verfügung gestellt. Viele Bauherren legen noch in guter Tradition selbst Hand beim Bau oder in der Nachbarschaftshilfe an. Mancher kann wegen der Kosten nicht mehr so groß bauen, wie er wollte, aber da tröstet Goethe: „Wo die Herzen weit sind, ist auch das Haus nicht zu eng“.

Der Katzenjammer mit dem Eigenheim

Ihr Pino

fährliche Flucht wagen? Tausende Menschen stehen derzeit vor diesem Dilemma. „Gerade für Personen aus Afghanistan ist der Leidensdruck enorm“, sagt Ludwig. Hier angekommen, erleben die meisten laut der Flüchtlingsberaterin allerdings einen „großen Realitätscrash“. Das Land, das ihnen wie das Paradies erschien, birgt immenses Frustration. Das Team der Caritas-Beratungsstelle kennt Asylbewerber, denen es psychisch sehr schlecht geht – bis hin zur Suizidalität.

Da ist zum Beispiel der Syrer, der eine irre Angst um seine Familie hat. „Kürzlich erzählte er mir, man wisse in Syrien, dass er hier ist, deshalb sei sein Sohn entführt worden, man wollte Lösegeld erpressen“, berichtet Ludwig. Seit fast einem Jahr versucht der Mann, seine Familie über den Libanon zu ihm nach Main-Spessart zu holen: „Doch er bekommt einfach keinen Termin bei der libanesischen Botschaft.“ Immer wieder erhält die Flüchtlingsberaterin verzweifelte Mails von diesem Klienten. Immer wieder wird sie angefleht, das Verfahren doch bitte zu beschleunigen.

Unüberwindbare Hürden

Die Beraterin hat auch schon in dieser Angelegenheit nachgefasst. Doch vergebens. Sie kann nichts tun: „Was die psychische Situation des Mannes weiter verschlechtert.“ Psychologische Hilfe zu vermitteln, ist schwierig. Selbst die ganz normale medizinische Versorgung stellt das Team der Beratungsstelle seit längerem vor schier unüberwindbare Hürden: „Die

Suche nach einem Arzt ist total schwierig und extrem frustrierend.“ Lohrer Hausärzte nehmen schon seit einer ganzen Weile keine neuen Patienten mehr auf: „Wir telefonieren uns die Finger wund, bis wir einen Arzttermin erhalten.“

Handicap Masernimpfung

Erschwerend hinzukommt, dass Flüchtlinge im Asylverfahren beim Landratsamt im Voraus einen Krankenschein für den Arzt bestellen müssen. „Dieser Schein gilt nur für einen einzigen Arzt und er ist nur für drei Monate gültig“, erklärt Ludwig. Für einen Facharzt wird oft nur ein Tagesschein ausgestellt. Nun kam es unlängst vor, dass der Schein in der Post stecken blieb. Dabei ging es um ein Ehepaar, das dringend eine Masernimpfung gebraucht hatte, denn ohne eine solche Impfung darf man nicht in die Flüchtlingsunterkunft. Die Beraterin bekam von dem Fall mit und setzte alle Hebel in Bewegung, damit die Behandlung dennoch erfolgen konnte.

Es gibt laut der Flüchtlingsberaterin Ideen, wie man die extrem angespannte Situation entkrampfen könnte: „In anderen Bundesländern zum Beispiel erhält jeder bei der Einreise ein Krankenversicherungskärtchen.“ Damit könne man nicht nach Lust und Laune irgendeinen Arzt aufsuchen: „Es gilt nur für Schmerz- und Notfallbehandlungen.“ Möglich wäre es aber auch, Blankoscheine ohne den Namen eines bestimmten Arztes auszugeben. Die aktuellen Abläufe jedenfalls müssten dringend reformiert werden, denn sie halten das ohnehin völ-

lig überforderte Team der Caritas unnötig auf. Dringend notwendig wäre zudem mehr ehrenamtliches Engagement.

Angeht es um die aktuell gigantischen sozialen Probleme ist es für Ludwig nicht akzeptabel, wenn Bürger lediglich alle paar Jahre einmal zur Wahl gehen und pünktlich den festgesetzten Steuerbetrag zahlen. „Jeder muss sich heute fragen, wo er sich, wo er seine Zeit und wo er sein Wissen einbringen kann“, fordert sie. Denn das, was gerade zu bewältigen ist, sei allein mit hauptamtlichen Kräften nicht zu stemmen.

Warum sollte ein Frührentner einen Teil seiner freien Zeit nicht dazu verwenden, sich sozial zu engagieren?, fragt sie sich. Natürlich sei nicht jeder dafür geeignet, in die Flüchtlingsarbeit einzusteigen. Dazu braucht es soziale Kompetenzen und interkulturelle Sensibilität. Allerdings brennt es ja an vielen Ecken und Enden: „Wir müssen dringend weg von der Haltung, dass es genügt, sich auf die eigene Familie und die Rosen im Garten zu konzentrieren.“ Wenig sinnvoll sei es auch, so Ludwig, immer nur auf die Politik zu verweisen.

So viel Zuzug, wie noch nie

Im Jahr 2022 zogen knapp 2,67 Millionen Menschen nach Deutschland. So viele Zuzüge gab es bisher noch nie. Zum Vergleich: 2015 zogen rund 2,1 Millionen Menschen zu. Im Landkreis Main-Spessart befinden sich derzeit (Stand: 1. Juni 2023) 2.271 Flüchtlinge. Rund 1.300 leben nach Auskunft der Regierung von Unterfranken in privaten Wohnungen. **Pat Christ**

Bürgermeisterappell für die kommunale Energiewende:

„Zusammen erfolgreich erneuerbar“

Bürgermeisterin Christiane Meyer, Ebermannstadt und weitere Bürgermeister schließen sich dem Bürgermeisterappell für die kommunale Energiewende in Bayern an.

Die Kreisvorsitzende des Gemeindetages im Landkreis Forchheim hat sich neben weiteren Gemeindeoberhäuptern dem Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“ angeschlossen, um die Bedeutung der erneuerbaren Energien für die lokale Wertschöpfung und den Erfolg der kommunalen Energiewende in Bayern hervorzuheben.

Der Appell richtet sich an die bayerische Staatsregierung und an alle an der Energiewende beteiligten Ministerien sowie den nachgelagerten Behörden und fordert diese dazu auf, die Gemeinden auf ihrem Weg zur Klimaneutralität kraftvoll zu unterstützen und mit allen Mitteln für den beschleunigten Ausbau er-

neuerbarer Heimatenergien, insbesondere von Windenergieanlagen, einzutreten. Der Appell wurde bereits von über 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, davon über 60 aus Oberfranken unterzeichnet und es werden jeden Tag mehr. Meyer freut sich, dass auch Landräte und Oberbürgermeister darunter sind.

Die Stadt Ebermannstadt hat erst kürzlich einen Solarpark auf einer Fläche von knapp 20 Hektar mit 20.000 Kilowattpeak ans Netz genommen. Mit der Nachbargemeinde Eggolsheim ist man dabei einen Windpark auf der langen Meile zu planen. Die Windgeschwindigkeiten auf der Langen Meile mit um die sieben Meter pro Sekunde bei 160 Meter Nabenhöhe sind für die Wirtschaft-

lichkeit solcher Anlagen sehr gute Voraussetzungen. „Der heiße Sommer und die Folgen des Klimawandels erfordern ein konsequentes Handeln beim Ausbau der Erneuerbaren. Das sehen auch immer mehr Kommunalpolitiker so“, sagt Meyer. In Oberfranken haben sich über 70 Prozent der Gemeinden auf den Weg gemacht. Die Potenzialflächen für mögliche Bürgerwindanlagen wurden bereits beim Regionalen Planungsverband eingeholt.

Wichtiges Signal für mehr Tempo

Durch die Mitzeichnung des Bürgermeisterappells senden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein wichtiges Signal an die Staatsregierung für mehr Tempo und politische Unterstützung beim Aufbau einer versorgungssicheren, preisgünstigen und klimaneutralen Energieversorgung und schärfen das Bewusstsein dafür, welche Bedeutung der lokale Ausbau regenerativer Energie-

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH der Sonderdruck „Kommunale Wärmeplanung“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

anlagen für eine sichere Energieversorgung und wirtschaftliche Zukunftschancen der bayerischen Gemeinden hat.

Der Appell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“ zielt darauf ab, die Umstellung auf erneuerbare Energien in den bayerischen Gemeinden durch verlässliche Zielvorgaben, schnelle Verwaltungsverfahren und spürbare Vorteile für Anrainergemeinden und Anwohner zu beschleunigen und den aktuell schleppenden Ausbau von Verteilernetzen voranzutreiben. Dabei werden die Chancen der kommunalen Energiewende für Gemeinden und ihre Menschen in den Fokus gerückt. „Wir und unsere Bürgerinnen und Bürger wollen davon profitieren und schließlich wollen wir

auch den Freistaat Bayern mit seinem Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, unterstützen“ so Meyer. Die Bürgermeisterin ist stolz darauf, Teil dieses landesweiten Netzwerks zu sein und freut sich darauf, von den Erfahrungen anderer Gemeinden zu profitieren. Durch den Austausch bewährter Praktiken und den Einsatz innovativer Technologien will die Stadt Ebermannstadt ihre Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien weiter verbessern und so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Meyer lädt auch andere bayerische Gemeinden ein, sich dem Bürgermeisterappell anzuschließen.

Weitere Informationen zum Appell: <https://erfolgreich-erneuerbar.bayern/> □

Vorschau auf GZ 15-16

In unserer Ausgabe Nr. 15-16/2023, die am 3. August 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser/Abwasser
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Gerontotechnik, Reha
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalerschutz
- Freizeitanlagen, Tourismus

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

**Brunnensanierung /
Brunnenregenerierung**

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Fahnen Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

**Informationssicherheit und
Datenschutz**

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
Sitzungsmanagement / Ratsinformationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. kommune-aktiv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

HIGHSPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW **NetCom BW**

UG Unsere Grüne Glasfaser

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by **Allianz**

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

M71 SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m71-service.de

Kommunale IT

www.akdb.de

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
LÜFTUNGSSERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshausener Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünwäse • lichtschlauch • led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **LED**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

KFB



V. l.: Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung Energie Südbayern, und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben.

Rathaus Gemeinde Merching.

Marktgemeinde Aindling.

Auf dem Weg in die Energiezukunft

Maßgeschneiderter kommunaler Wärmeplan stellt die Weichen für Klimaneutralität

CO₂-Ausstoß senken, Energie sparen und erneuerbare Quellen ausbauen – und dazu dauerhaft Kosten reduzieren: Energie Südbayern (ESB) und energie schwaben unterstützen Kommunen in ihrer Region bei der Planung und Umsetzung von nachhaltigen und zukunftssicheren Wärmekonzepten.

Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist klar, dass wir die Energiewende anpacken müssen. Den Kommunen kommt bei der Umsetzung der Klimaziele eine Schlüsselrolle zu. Denn unabhängig von ihrer Größe haben sie häufig vielfältige Möglichkeiten, CO₂ einzusparen.

Als regionale Energiedienstleister sind ESB und energie schwaben Experten auf dem Gebiet der Energiezukunft und bieten alles aus einer Hand: Von der Bestandsanalyse bis zur Kalkulation und Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Das entlastet die Verwaltungen, aber auch Bürger und Bürgerinnen. Denn mehr Klimaschutz durch eine effiziente Energieversorgung bedeutet auf längere Sicht weniger finanzielle Belastung für alle.

Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung Energie Südbayern, zur Bedeutung der kommunalen Wärmeplanung: „Klimaschutzziele lassen sich am besten im Dialog erreichen. In unseren Partnerkommunen besteht zudem eine große Bereitschaft zur Gestaltung der Energiewende. Wir hören zu, erarbeiten umsetzbare Vorschläge und Innovationen und entwickeln gemeinsam mit den Kommunen die Wärmeplanung, die optimal zur Vor-Ort-Situation passt.“

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, erklärt: „Es gibt ein großes Potenzial, CO₂ in kommunalen Einrichtungen und Privathaushalten einzusparen – auch in den Kommunen in Bayerisch-Schwaben.“

Wir unterstützen unsere Kommunen, ihre Einsparpotenziale effektiv zu heben und ihre Klimaziele zu erreichen.“

Das ermitteln die Teams von Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, und André Schwihel, Leiter der strategischen Unternehmensentwicklung bei ESB, im Rahmen der Vorarbeiten für den kommunalen Wärmeplan.

Fahrplan zur Klimaneutralität – Versorgungssicherheit inklusive

In Baden-Württemberg ist die kommunale Wärmeplanung bereits Pflicht, für bayerische Gemeinden soll sie verbindlich eingeführt werden. Sie ist der Fahrplan einer Kommune zur Klimaneutralität im Wärmesektor bis 2040. Ziel ist, den Gesamtenergiebedarf zu reduzieren und gleichzeitig die Versorgung mit Wärme für Heizung und Warmwasser sowie den industriellen Bedarf sicherzustellen. Die benötigte Energie soll dann aus erneuerbaren Quellen stammen.

Durch eine ganzheitliche und langfristige Konzeption werden Synergien genutzt. Damit spart die strategische Wärmeplanung Zeit und Geld. Straßenbaumaßnahmen zum Beispiel fallen nur einmal an, wenn leitungsgebundene Infrastruktur parallel verlegt wird. Die kommunale Wärmeplanung erlaubt mit Hilfe unterschiedlicher Daten, viele verschiedene Aspekte in der Ortsentwicklung nebeneinanderzulegen und in einem größeren Zusammenhang zu betrachten.

Städte und Gemeinden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Sprechen Sie uns an!



energie schwaben

Dr. Sylke Schlenker-Wambach
Kommunalkundenmanagement

Telefon 0821 9002-367

sylke.schlenker-wambach@energie-schwaben.de



ESB

André Schwihel
Stabsstellenleiter
Strategische Unternehmensentwicklung

Telefon 089 68003-332

Andre.Schwihel@esb.de

Die kommunale Wärmeplanung umfasst mehrere Schritte:

1. Erster Schritt und Grundlage für den Handlungsplan ist die Bestandsanalyse:

Welches Gebäude wird womit beheizt? Wofür wird wie viel Wärme gebraucht – wie wird das Gebäude genutzt? Aktuelle Daten liefern zum Beispiel Katasterämter, Open Source Quellen und Geoinformationssysteme. Vor allem aber ist hier die Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Für jedes einzelne Gebäude sollen Bedarf und Einsparpotenzial ermittelt werden.

2. Darauf folgt die Potenzialanalyse:

Gibt es Biogasanlagen im Umkreis? Welche Flächen eignen sich für Photovoltaik- oder Windenergieanlagen? Gibt es Firmen, deren Abwärme genutzt werden kann? In diesem Schritt ermitteln die Teams von ESB und energie schwaben die möglichen Potenziale und Handlungsfelder der einzelnen Kommune.

3. Aus den Daten der Analysen wird ein Zielszenario entwickelt:

Welche Ergebnisse wollen wir in welchem Zeitraum erreichen? Aufzeigen der Möglichkeiten für eine künftige, regenerative Wärmeversorgung mit Indikationen für Fokusgebiete bezüglich empfohlener Heizstrukturen und ersten wirtschaftlichen und zeitlichen Auswirkungen. Das geschieht stets in enger Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kommune.

4. Schließlich entwickelt die Kommune gemeinsam mit dem Dienstleister eine Wärmewendestrategie, in der geeignete Umsetzungsmaßnahmen bereits festgelegt sind:

Handlungsempfehlungen für Maßnahmen zur Realisierung der Wärmewende, Erstellung eines Maßnahmenkatalogs.

Das Potenzial in der Region ist groß. energie schwaben und ESB unterstützen Kommunen bei der Erstellung ebenso wie bei der Umsetzung der Ziele und Strukturmaßnahmen – die Energiedienstleister gehören damit zu den wenigen Unternehmen, die beim Thema kommunale Wärmeleitplanung alles aus einer Hand anbieten.

Von der Modellierung auf Grundlage einer breiten Datenbasis über das Erstellen von Gesamtkonzepten bis zur Umsetzung konkreter Maßnahmen sind ESB und energie schwaben Partner der Kommunen. ■

Markt Aindling und energie schwaben:

3 Fragen an Bürgermeisterin Gertrud Hitzler

Sichere, saubere und bezahlbare Energie stehen für Kommunen ganz oben. Immer häufiger benötigen sie komplexe Lösungen mit ganzheitlichem Ansatz. Zukunfts-sichere Lösungen erfordern heute individuelle Antworten unter Einbeziehung der Gegebenheiten vor Ort. Gemeinsam mit dem Markt Aindling arbeitet energie schwaben an einem Pilotprojekt für die künftige Wärmestrategie in der Kommune. Aindling liegt im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg und hat knapp 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Gertrud Hitzler ist seit 2020 Erste Bürgermeisterin der Marktgemeinde.



energie schwaben-Team „Kommunale Wärmeplanung“ mit der Ersten Bürgermeisterin Gertrud Hitzler des Markt Aindling (mittig, sitzend). Dahinter v. l.: Reinhard Neff, Assetmanager schwaben netz, Fabian Mayrle-Leithold, Leiter Assetmanagement und technische Dokumentation schwaben netz, Alexander Bissinger, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung & IT energie schwaben, Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, Josef Gamperl, Dritter Bürgermeister in Aindling, und rechts sitzend: Martin Lutterschmid, Senior Manager Neue Geschäftsfelder energie schwaben.

● *Frau Bürgermeisterin Hitzler, Sie pflegen einen sehr direkten Kontakt zu Ihren Bürgerinnen und Bürgern. Was erwarten sie von Ihnen, damit sie die Energiewende aktiv mitgestalten können?*

Die Aindlingerinnen und Aindlinger wollen ihren Beitrag leisten, um unsere schöne Heimat zu erhalten. Das trifft sowohl auf die Alteingesessenen als auch auf die zu, die in den vergangenen Jahren zugezogen sind. Von Bürgermeisterin und Gemeinderat erwarten sie, dass wir vor Ort Lösungsvorschläge erarbeiten, die bezahlbar und praktikabel sind. Und natürlich ist es für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass wir mit Weitblick und auf lange Sicht planen.



Gertrud Hitzler,
Erste Bürgermeisterin
Markt Aindling

● *Die kommunale Wärmeplanung soll für die Kommunen und ihre Bürger und Bürgerinnen unmittelbar nützlich sein. Welche Aspekte sind Ihnen dabei besonders wichtig?*

Ich bin überzeugt, dass auch kleine Kommunen wie Aindling einen großen Nutzen aus der Wärmeplanung ziehen, obwohl sie bei uns in Bayern noch nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Wir können Synergien schaffen, die uns neue Möglichkeiten für die Raumplanung eröffnen und uns bei künftigen Investitionen viel Geld sparen können.

Mit den gemeinsam entwickelten Maßnahmen schützen wir langfristig Klima und Umwelt. Die kommunale Wärmeplanung muss uns konkrete Handlungsfelder aufzeigen, damit wir die Energiewende bewältigen. Wir müssen dabei alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und ihnen die Chance geben, sich einzubringen.

● *Zeichnet sich schon ab, welchen Weg Aindling einschlagen wird, um die Energiewende zu schaffen?*

Wir sind schon seit einiger Zeit dabei, die Potenziale für Solar- und Windenergie auszuloten. Auch Geothermie könnte eine Möglichkeit sein. Das alles kann in den kommunalen Wärmeplan einfließen, sofern sich daraus realistische Chancen für die Energiewende kalkulieren lassen.

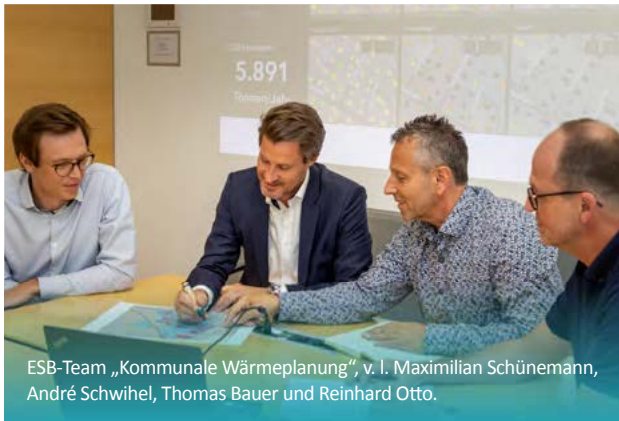
Andererseits haben wir auch landwirtschaftliche Betriebe und einige mittelständische Unternehmen, die – bisher ungenutzte – Abwärme produzieren. Die gilt es in Zukunft zu nutzen. Eine Herausforderung sind die vielen, im Privateigentum befindlichen älteren Gebäude und teilweise aufgelassenen Hofstellen, die zum Beispiel energieeffizient saniert werden müssen. Zudem auch der dicht bebaute Ortskern mit einem denkmalgeschützten Gebäude, für den wir gerade eine Nutzungsperspektive entwickeln, und die anstehende Sanierung der Turn- und Schwimmhalle.

Für all diese Themen sind fundierte Ergebnisse und Daten aus der kommunalen Wärmeplanung die beste Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen, da hier ein großer und umfassender Rahmen gezogen wird und Synergien erkannt werden können. ■

Gemeinde Merching und Energie Südbayern:

3 Fragen an Bürgermeister Helmut Luichtl

Merching und Energie Südbayern starten ein gemeinsames Pilotprojekt zur kommunalen Wärmeplanung. Die Gemeinde mit rund 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern war bisher nicht untätig im Bereich der erneuerbaren Energien. Dennoch gibt es einzelne Siedlungsbereiche, für die es zukunftssichere und umweltfreundliche Wärmelösungen braucht. Anlass genug, sich das gesamte Gemeindegebiet einmal strategisch vorzunehmen. Derzeit werden die relevanten Daten erhoben, um eine geeignete Wärmewendestrategie für Merching zu entwickeln. Wir haben mit Bürgermeister Luichtl gesprochen.



● *Herr Bürgermeister Luichtl, die Gemeinde Merching ist schon sehr aktiv in Sachen Energiewende. Welche einzelnen Projekte konnten bereits umgesetzt werden?*

Wir als Kommune haben bereits vor 20 Jahren mit PV-Stromerzeugung begonnen. Unsere Bürger-PV-Anlage auf dem Schulhausdach war damals im Landkreis die erste ihrer Art. Mittlerweile wurde die Anlage mehrfach erweitert, auch auf den Dächern der Schulturnhalle und des gemeindlichen Bauhofs wird Sonnenstrom erzeugt. Zusätzlich produzieren PV-Anlagen auf dem Wasserhaus und dem Dach des Merchinger Feuerwehrhauses klimaneutralen Strom. Gerade lassen wir überprüfen, ob es möglich und rentabel wäre, auf den Dächern des Gemeindefohnblocks und des Steinacher Feuerwehrhauses eine PV-Anlage zu errichten.

Im letzten Jahr haben wir eine Hackschnitzelheizung in Betrieb genommen, die von der Schule aus die kommunalen Gebäude Gemeindefohnblock, Feuerwehrhaus, Schule und Mehrzweckhalle sowie einige private Anlieger, später auch das Rathaus mit Wärme über ein Fernwärmenetz versorgt.

● *Mit der kommunalen Wärmeplanung soll nun der ganze Ort hinsichtlich Energieverbrauch und möglicher weiterer Energiequellen betrachtet werden. Wo könnten sich aus Ihrer Sicht zusätzliche Lösungsansätze ergeben? Welche Aspekte sind Ihnen bei der Planung besonders wichtig?*



Helmut Luichtl,
Erster Bürgermeister
Gemeinde Merching

Wir möchten insbesondere wissen, in welchen „Quartieren“ eine Häufung von Gas- oder Heizölheizungen, die noch dazu relativ alt sind, vorkommt. Dort wäre es dann eben zu überlegen, ob und in welcher Weise man als Kommune und/oder privater Betreiber eine zentrale Heizung für diese Quartiere errichten kann.

● *Welche Unterstützung erwarten Sie seitens der Politik und öffentlicher Institutionen?*

Zwar ist es politischer Konsens, dass man die Energiewende vorantreibt, aber aktuell fehlt es auf Bundesebene an einer klaren und sozial verträglichen Linie. Es kursieren viele Ideen, die aber meines Erachtens zu sehr auf dem Rücken der Bürger lasten werden. Dieses Problem lässt sich auch durch großzügige Förderungen nicht lösen, die unterm Strich auch wieder über Steuern – und damit von uns allen – finanziert werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Kommunen, aber auch die Bürger haben verstanden, dass man etwas tun muss, aber was jetzt über Jahrzehnte gewachsen ist, kann man auch nicht innerhalb weniger Jahre umkehren. Es braucht kluge Lösungen, angepasst auf die individuellen Gegebenheiten der Kommunen in diesem Land – und keine von oben festgelegte Pauschallösung wie z. B. die Fixierung auf die Wärmepumpe. Deshalb ist die kommunale Wärmeplanung so wichtig.

Gleichzeitig werden wir bei einer kompletten Umkehr von fossilen Energieträgern auf Elektrizität die grüne Stromproduktion deutlich ausweiten müssen. Das wird nur funktionieren, wenn endlich behördliche Hemmschuhe für Windkraftträder und PV-Anlagen abgebaut werden. ■

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Bilder: Nikky Maier (Bilder Aindling, energie schwaben),
Ilona Stelzl (Bilder Merching, Geschäftsführer ESB
und energie schwaben, ESB-Team)
Gestaltung: Britta Eriskat
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Redaktion: Tanja Erb, Christine Paul-Eger
Druck: Creo-Druck, Bamberg
Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de